

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis: 30 Nummern...
Einzeln: 1 Pfennig...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die fortgehendsten Anzeigen...
Kleine Anzeigen...

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 18. Januar 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Montenegro streift die Waffen und bittet um Frieden.

Montenegros Kapitulation.

Graf Tisza hat gestern im ungarischen Abgeordnetenhaus die Mitteilung gemacht, daß König Nikita und seine Regierung um die Einleitung von Friedensverhandlungen gebeten haben.

Mit der Annahme dieser Forderung scheidet Montenegro aus der Reihe der kämpfenden Staaten aus. Was in den letzten Wochen gerüchweise verlautete, ist nun zur Tatsache geworden: König Nikita kapituliert vor den Zentralmächten, um aus dem militärischen Zusammenbruch seines Landes zu retten, was zu retten ist.

Wohl in Voraussicht dieser Möglichkeit hat die Presse der Entente die Nachricht von der Erstürmung des Lovcen mit großer Bestürzung hingenommen. Namentlich die italienische Presse schrieb in Anbetracht der drohenden Verschärfungen an der Ostküste der Adria, die die italienischen Operationen in Albanien gefährden, dem Zusammenbruch Montenegros eine ernste Bedeutung bei.

Es ist zurzeit müßig, sich in Betrachtungen über die Zukunft Montenegros zu ergängen, das seit Jahrzehnten auf dem Balkan eine Rolle gespielt hat, die seinem Umfang nicht im geringsten entsprach.

Diese Lage gestattete aber auch den Herrschern Montenegros, eine von den benachbarten Serben oft abweichende selbständige Politik zu treiben, und verleitete namentlich den früheren Fürsten und jetzigen König Nikita zu gefährlichen politischen Experimenten.

Die günstige Lage auf schwer einnehmbarer Felsen befähigte die Montenegriner lange Zeit den Mittelpunkt des Widerstandes gegen die türkischen Eroberer zu bilden und in den Bestrebungen der Balkanvölker in den ersten Reihen der Kämpfer zu stehen.

Die montenegrinische Regierung hat gestern die von uns gestellte Forderung bedingungsloser Waffenstreckung angenommen.

Das ungarische Abgeordnetenhaus zur Unterwerfung Montenegros. Budapest, 17. Januar. (W. Z. V.) Im Abgeordnetenhaus erhob sich nach der Annahme eines Paragraphen der Vorlage betreffend eine Finanzzentrale Ministerpräsident Graf Tisza und sagte: Ich bitte um die Erlaubnis, die Verhandlung auf einen Augenblick mit der Mitteilung unterbrechen zu dürfen, daß der König und die Regierung von Montenegro um die Einleitung von Friedensverhandlungen gebeten haben.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 17. Januar 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse. In der Stadt Lens wurden durch das feindliche Artilleriefeuer 16 Bewohner getötet und verwundet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Schneestürme behinderten auf dem größten Teile der Front die Gefechtsstätigkeit. Es fanden nur an einzelnen Stellen Patrouillenkämpfe statt.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues. Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 17. Januar. (W. Z. V.) Amtlich wird veröffentlicht: Wien, 17. Januar 1916.

Russischer Kriegsschauplatz.

Die an der kaspischen und ostgalizischen Front angetroffenen russischen Armeen haben auch gestern eine Wiederholung ihrer Angriffe unterlassen. Es herrschte im allgemeinen Ruhe. Nur im Raume östlich von Karanage vertrieben unsere Truppen unter heftigen Kämpfen den Feind aus einer vorgeschobenen Stellung, schütteten seine Gräben zu und spannten Drahtgitternetze aus.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Gefechtskämpfe an einzelnen Punkten der lästlichen und der Tiroler Front dauern fort. Der Kirchentiden von Desawija wurde von unseren Truppen wegen des dorthin verlegten feindlichen Artilleriefeuers wieder geräumt. Im Gdrzischen zwangen unsere Flieger mehrere italienische Fesselballons zum Niedergehen und bewarfen feindliche Lager mit Bomben.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Der König von Montenegro und die montenegrinische Regierung haben am 13. Januar um Einstellung der Feindseligkeiten und Beginn der Friedensverhandlungen gebeten. Wir antworteten, daß dieser Bitte nur nach bedingungsloser Waffenstreckung des montenegrinischen Heeres entsprochen werden könne.

Die montenegrinische Regierung hat gestern die von uns gestellte Forderung bedingungsloser Waffenstreckung angenommen.

von Hofer, Feldmarschallleutnant.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:

haltender Beifall. (Ejnenrufe im ganzen Hause.) Infolgedessen werden nach Durchführung der Kapitulation die Friedensverhandlungen beginnen können. (Ejnenrufe.) Ohne die Bedeutung dieses Ereignisses zu überschätzen, glaube ich dasselbe jedenfalls als wichtiges und erfreuliches Ereignis bezeichnen zu können, in welchem die Monarchie und die ungarische Nation die erste Frucht ihres bisherigen Ausdauerens und ihres Heldennutes erntet. (Lang anhaltender Beifall. Ejnenrufe im ganzen Hause. Die Sitzung wurde auf fünf Minuten unterbrochen.)

Budapest, 17. Januar. (W. Z. V.) „Es“ teilt die Ansicht politischer Persönlichkeiten über das Friedensgebot Montenegros mit. Graf A. H. Hedenbarj sagte, dies sei das erste konkrete Zeichen des endgiltigen Sieges des Vierbundes. Er ist der Ansicht, daß Montenegro diesen Schritt ohne Zustimmung Russlands unternommen habe, hingegen sei wahrscheinlich, daß Montenegro im vorhergehenden Einvernehmen mit Italien gehandelt habe. Derselben Ansicht ist auch Andraffy, er fügte hinzu: Wohl ist Montenegro unser schwächster Feind, allein König Nikita ist ein sehr wohlorientierter Politiker, und wenn er den Kampf aufgegeben hat, so wird dieser Entschluß auch diejenigen unserer Feinde nachdenklich machen, die heute noch großen Optimismus zur Schau tragen. Der ehemalige Unterrichtsminister und gewesene Präsident des Abgeordnetenhauses Berzeviczy sagte: Die Bedeutung des Friedensgebotes liegt darin, daß Italien aller Wahrscheinlichkeit nach die notgedrungenste Zustimmung gegeben hat.

Unbeantwortete Schicksalsfragen im Abgeordnetenhaus.

Im Mittelpunkt der Etatsdebatte des preussischen Abgeordnetenhauses, die die Montagssitzung ausfüllte, standen drei gewichtige Fragen: die Steuerfrage, die Wahlrechtsfrage und die Frage des Friedens. Keine der Fragen wurde klar beantwortet. Ja, man kann sagen, daß nicht einmal einige Folten des verhängenden Schleiers gelüftet wurden.

Die drei Fragen stehen in innigem Zusammenhange. Wie sich die Steuerverhältnisse für Preußen gestalten, hängt von der Dauer und dem Ausgang des Krieges ab. Wie lange der Krieg noch währt, wenn die Völker nicht zur Vernunft kommen, ist aller Berechnung entzogen. Herr von Seydewitz sprach von der Möglichkeit, daß der Krieg noch „eine Reihe von Jahren“ fortgeführt werden könne. Wie allerdings dann die Welt im allgemeinen und Europa im besonderen aussehen möchte, wollen wir uns lieber nicht ausmalen versuchen! Aber immerhin, von der Kriegsdauer und der durch sie beeinflussten Gestaltung der Reichsfinanzen hängt auch das Schicksal der preussischen Steuern ab.

Wie der Finanzminister in seiner Rede am Donnerstag voriger Woche mitteilte, ist das Defizit des Jahres 1914 durch einen kräftigen Griff in den damals noch vollgestellten Ausgleichsfonds aus der Welt geschafft worden. Welches Ergebnis die Etats für 1915 und 1916 bringen werden, sieht noch völlig dahin. Immerhin liegen die Dinge so, daß Preußen zu einer Erhöhung der Steuerzuschläge für Einkommen- und Vermögenssteuer in Höhe von 110 Millionen Mark schreiten muß, um auch nur die Verzinsung der durch den Krieg verursachten Staatsanleihen sicherzustellen. Der preussische Finanzminister räumt nach seiner Rede selbst nach Friedensschluß mit einer weiteren Folge von Defizitjahren.

Dauert der Krieg noch länger und erhöht sich die enorme Schuldenlast des Reiches in den entsprechenden kolossalen Dimensionen, so verhält es sich von selbst, daß dadurch alle Grenzen zwischen Reichs- und Staatssteuern verwischt werden müssen, so sehr sich auch die Schwärmer für eine Reservierung der direkten Steuern für die einzelnen Staaten dagegen mit Gänden und Fühen sträuben werden. Daß sich die Herren Seydewitz, Redlich usw. mit allem Nachdruck dagegen verwahrten, daß die direkten Steuern zur Reichssache gemacht und eine von Grund auf umgestaltete Steuererhebung für Reich und Staat eingeführt werde, versteht sich von selbst. Ob aber dieser Widerstand, so nachdrücklich er gemeint sein mag, nicht durch den Zwang der Not einfach hinweggeräumt werden würde, ist eine andere Frage. Denn wenn schon jetzt ein süddeutsches bürgerliches Blatt, wie der „Vorwärts“ bereits mitteilte, die Zinsenraten für die Reichskriegsschulden, die aus dem Kriege entspringen, und die sonstigen Reichsverpflichtungen auf rund 4 Milliarden bezifferte, so kann man sich ja ausrechnen, welche Ansprüche an den Reichsfiskus gestellt werden würden, wenn der Krieg zwar nicht, wie Herr von Seydewitz meinte, eine „Reihe von Jahren“, sondern nur noch ein einziges Jahr andauert. Der sozialdemokratische Redner, Genosse Paul Hirsch, widmete deshalb naturgemäß dem preussischen Steuerhystem eine eingehende Würdigung.

Die zweite Schicksalsfrage betraf das Wahlrecht. Die Thronrede hatte davon in wahrhaft pathetisch dunklen Wendungen gesprochen. Aber selbst diese vieldeutigen Worte, von denen Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ die Worte gebraucht hatte: „Mein Sohn, es ist ein Rebelstreif...“ hatten es bereits Herrn von Seydewitz und Herrn von Redlich angetan. Diese beiden so einflussreichen Männer des preussischen Parlaments, deren Fraktionseinfluß weit hinausreicht in die Reihen der benachbarten Zentrums- und freikonserverbilen Parteien, wollten von einer Wahlreform gar nichts wissen. Was nicht minder verständlich ist, als die Abneigung derselben Parteien gegenüber der Uebertragung der direkten Steuern auf das Reich. Denn die Herren wissen ja ganz genau, daß mit der schlechten Finanzgestaltung des Reichs und Preußens auch die ganzen politischen Kämpfe eine entsprechende Verschärfung erfahren werden und daß es deshalb doch geratener ist, wenn die bürgerlichen Kreise sich die Bestimmung des Maßes der Besteuerung selbst vorbehalten.

Herr von Seydewitz allerdings erklärte, daß die Besteuerung des Besitzes bis zu 20 und selbst 25 Proz. zwar sehr hoch sei, aber immerhin ertragen werden müsse, wenn das der Krieg und der Siegeswille Deutschlands erforderten. Nur hat aber Herr Gothein bereits von einer möglichen Besteuerung des Besitzes von 30-40 Proz. gesprochen. In Eng-

land war sogar schon von einer Besteuerung bis zu 80 Proz. die Rede. Und so phantastisch diese Zahlen auch klingen mögen, so könnten sie leicht bittere Notwendigkeit werden, wenn es nicht dennoch gelingt, dem Krieg durch eine vernünftige Verständigung der Nationen ein möglichst frühes Ende zu bereiten.

Wie bei dem Ausblick auf das künftige Wahlrecht und die Gestaltung des preussischen Steuerwesens alles in der Luft schwebte, so bewegten sich auch in der Frage des Friedens die Erklärungen der bürgerlichen Parteien und auch des preussischen Ministers des Innern von Voebell, der dazu das Wort ergriff, in völlig nebelhaften Formen. Herr von Voebell glaubte seiner Aufgabe genügt zu haben, wenn er einfach die Worte wiederholte, die Herr v. Bethmann-Hollweg an anderer Stelle bereits ausgesprochen hat. Was man sich bei diesen Worten zu denken hat, wie man sie im Inn- und Ausland verstehen soll, darauf blieb er trotz lebhaftester Zurufe aus den Reihen der Sozialdemokraten jede Antwort schuldig. So wenig er dem Gehege seiner Ränge irgendwelche nähere Auskunft über die Wahlrechtsabsichten der Regierung entlocken ließ, so wenig Greifbares wußte er über die Absichten der Regierung in bezug auf den Krieg zu sagen. Deutlicher wurden nur die Vertreter der bürgerlichen Parteien, namentlich die Herren von Heydebrand und Seditz, als sie wiederum die Forderung betonten, daß Deutschland den „vollen Sieg“ erringen und auf Grund dieses vollen Sieges „Sicherungen“ seiner Existenz erkämpfen müsse, die einen nochmaligen Ueberfall Deutschlands durch das Ausland zu verhindern geeignet seien. Was die Herren im einzelnen damit meinten, entzieht sich jeder Beurteilung. Nur das freilich muß gesagt werden, daß dem Tone und Wortlaut nach kein Mensch im Ausland solche Reden als das zu deuten vermögen wird, was gewisse Ausleger der letzten Friedensrede des Reichskanzlers darunter verstehen zu dürfen glaubten.

So war es ein besonderes Verdienst der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit, daß sie wenigstens mit ungewandelter Klarheit die Bedingungen eines Friedens skizzierte, wie sie ihn für einzig möglich und im wirklichen Interesse Deutschlands wie Europas liegend erachtete. Daß diese durch den Mund des Genossen Girsch abgegebene Erklärung den Widerspruch der bürgerlichen Parteien fand, ist erklärlich. Daß dabei, und leider auch durch den Mund des Herrn von Voebell, des preussischen Ministers des Innern, auch dem Bedenken Ausdruck gegeben wurde, diese sozialdemokratische Erklärung sei geeignet, „den Krieg zu verlängern und die Widerstandslust unserer Gegner zu härten“, ist sehr zu bedauern, da sie ein völliges Mißverstehen der ganzen Verhältnisse verraten.

Unter solchen Umständen wäre es doppelt wünschenswert gewesen, wenn dem zweiten sozialdemokratischen Fraktionsredner die Möglichkeit gegeben worden wäre, diesen Mißdeutungen und diesem Verkennen der ganzen internationalen Lage durch ausführliche Darlegung des sozialdemokratischen Standpunktes entgegenzutreten. Aber das wußte den Herren wieder einmal nicht. Sie ließen einfach die ganze zweite Serie der Rednerliste von der Bildfläche verschwinden, nur um dem einen Sozialdemokraten das Wort abzuschneiden. Denn hätten sie wirklich etwas zu sagen gehabt, diese einflussreichen Vertreter der Parteien, die Fraktionsführer Wappenheim, Wiemer usw., die noch auf der Rednerliste standen, so würden doch unmöglich sämtliche bürgerlichen Parteien dem Schlussantrag zugestimmt haben! Daß das auf besonders kommando des noch als Redner gemeldeten Herrn von Wappenheim geschah, verliert der Affäre ihre besondere Würde.

Der stragulierte sozialdemokratische Redner, Genosse Sträbel, nagelte die Illoyalität dieses Verfahrens mit den schärfsten Worten fest; er bezeichnete das Vorgehen als Gradmesser des vielgepriesenen Burgfriedens und zuverlässigen Witterungsanzeigers für die zukünftigen innerpolitischen Zustände Preußens.

Drei Schlüsselfragen von ungeheurer Tragweite, von unbeschreiblicher Bedeutung für Wohl und Wehe nicht nur des preussischen oder auch des deutschen Volkes, sondern für das Los des ganzen künftigen Europa standen diesmal zur Erörterung. In der Sitzung eines einzigen Tages wurden sie abgehandelt. Auf keine der Fragen wurde eine auch nur halbwegs befriedigende Antwort gegeben. Alles blieb im Dunkeln, und jeder Versuch, die Schleiher zu lüften, wurde durch den berüchtigten Geschäftsordnungsantrag unterbunden.

Zunächst, in knappen, aber fest unmissenden Sätzen liegt dem deutschen Volke die Auffassung der Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion vor. Das Volk selbst kann die Worte prüfen und wägen. Welche Stellung es dazu nimmt — trotz der Erklärung der preussischen Landeskommission und des Genossen Haenisch —, erscheint uns nicht zweifelhaft!

## Griechenland verlangt den Abzug der Ententetruppen.

Bien, 17. Januar. (B. Z. V.) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Sofia: Griechenland werde morgen in einer Note von der Entente die Räumung des griechischen Territoriums fordern.

„Alro“ zufolge habe die Bezeichnung von Wale-ron in Athen Panik, ungeheure Entrüstung und Kundgebungen gegen die Ententevertreter erregt. Durch das rechtzeitige Einschreiten der Behörden sei ein Angriff des Volkes auf die französische und die englische Gesandtschaft verhindert worden.

## Die Besetzung Korfus.

Athen, 16. Januar. (B. Z. V.) Meldung des Reuterischen Bureaus. Offiziös wird berichtet, daß der österreichisch-ungarische Konjul und der Vertreter des österreichischen Botschafters in Korfu verhaftet wurden. Der Präsekt von Korfu meldet der Regierung, daß ohne Erlaubnis der französischen Militärbehörden keine Schiffe in die Straße von Korfu einfahren oder dieselbe verlassen dürfen. Der Präsekt von Korfu berichtet weiter, daß heute serbische Truppen aus Albanien angekommen sind. Die Behörden von Korfu beschloßen in Uebereinstimmung mit dem Kommandanten der Verbände, diese Truppen nach der Korfu gegenüberliegenden Insel Rhodja zu bringen. Auch der Kronprinz von Serbien mit den Offizieren des Generalstabs ist aus Skutari in Korfu angekommen. König Peter kam gestern abend an Bord eines französischen Zerstörers in Epidjos an.

## Die Vorgänge in Griechenland.

Athen, 17. Januar. (B. Z. V.) Meldung des Agence Havas. Die Kammer wird ihre Arbeiten am Montag, den

24. Januar 1916, wieder aufnehmen. Man weiß noch nicht, ob der König der Eröffnung der Session persönlich beiwohnen wird. Es scheint sicher, daß Unterrichtsminister Michelidakis alleiniger Kandidat für die Präsidentschaft der Kammer sein wird. Wie einige Blätter melden, soll demnächst der Belagerungsstand erklärt werden.

Paris, 16. Januar. (B. Z. V.) „Temps“ meldet aus Athen: Der Polizeipräsident wurde abgesetzt. Sein Nachfolger ist Oberst Palamiro.

Die französischen Behörden in Korfu haben mehrere Personen wegen Spionage verhaften lassen.

## General Sarrail Oberkommandierender in Mazedonien.

Mailand, 17. Januar. (B. Z. V.) „Corriere della Sera“ meldet aus Saloniki: General Sarrail erhielt aus Paris und London die amtliche Nachricht von seiner Ernennung zum Oberkommandierenden der französischen und englischen Truppen in Mazedonien. General Sarrail übernimmt den Oberbefehl heute.

## Eine Anfrage über Italiens Balkanpolitik.

Rom, 16. Januar. (B. Z. V.) Abgeordneter Raimondo hat dem Kammerpräsidenten eine Anfrage an den Minister des Innern, an den Kriegsminister und an den Marineminister überreicht. Er will wissen, ob zur Zeit der Unterzeichnung des Londoner Vertrages die Eroberung Montenegros vorausgesehen worden sei, ferner, worin die Untätigkeit Italiens ihre Gründe habe und ob Regierung und Militärbehörden sich mit der Lage Nordalbanien befah hätten.

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 17. Januar. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Sonntagmittag: Die Nacht ist ruhig verlaufen. Neues ist nicht zu melden.

Paris, 17. Januar. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Sonntagabend: In Belgien verursachte unsere Artillerie in Verbindung mit der englischen Artillerie schwere Schäden an den feindlichen Schützengräben in der Gegend von Het Sas und rief zwei starke Explosionen in den deutschen Linien hervor. Unsere Batterien haben mit Erfolg die Zugänge zu der Straße nach Lille südlich Tielus bombardiert und ein Munitionsdepot zum Aufsteigen gebracht. Bei Cote 119 nördlich von Reubise-Saint Baast zerstörte eine unserer Minen einen kleinen deutschen Posten. In den Argonnen in der Gegend von Vouquois Kampf mit Minen und Handgranaten. In Lothringen nahmen wir eine feindliche Ansammlung südlich Brementil nordöstlich Badonviller unter Feuer.

Belgischer Bericht: Schwache Artillerietätigkeit auf der Front der belgischen Armee.

## Die englische Meldung.

London, 16. Januar. (B. Z. V.) Bericht aus dem britischen Hauptquartier. Wir beschossen die feindlichen Laufgräben bei Givendy heftig und fügten den Verschanzungen schweren Schaden zu. Bei Kemmel und Hagel 60 beiderseits Artillerietätigkeit.

## Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 17. Januar. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Sonntag.

Westfront: Keine Veränderung.

Kaukasusfront: Im Laufe der Kämpfe am 14. Januar nahmen wir 20 türkische Offiziere und 400 Soldaten gefangen und erbeuteten 6 Kanonen, darunter eine schwere, 8 Maschinengewehre, eine Menge Artilleriemunition, Lebensmittel- und Pioniervorräte.

Persien: Im Gefecht bei Kengaver, auf der Mitte des Weges Hamadan-Kermanshab wurden weitere Gefangene gemacht. Der Gegner ließ eine Menge Toter auf dem Gefechtsfeld. Unsere Verluste sind unbedeutend. Südöstlich von Hamadan warfen wir eine Abteilung, bestehend aus Deutschen und Türken, auf Dobsatabad zurück.

## Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 17. Januar. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Sonntag: Im dem Abschnitt zwischen der Sorca und der Esch versuchte am 16. Januar eine feindliche Abteilung nach kräftiger Artillerievorbereitung an unsere Stellungen am Ausgange des Grottales heranzukommen, wurde aber zurückgeschlagen. Eine unserer Abteilungen besetzte das Inselchen im Loriosee. Wohlgezielte Schüsse unserer Artillerie verursachten am selben Tage die Explosion eines feindlichen Munitionslagers in der Gegend von Ombratta am Oberlauf des Flusses Avio und zerprengten eine feindliche Kolonne, welche die Straße nach Raibl im Serbachtale hinaufmarschierte. Auf den Höhen nordwestlich von Görz folgte auf die heftige Bezeichnung am 14. in der Nacht ein feindlicher Angriff mit bedeutenden Kräften gegen unsere Stellungen im Abschnitt zwischen Pevnica und Dslabija. Der Feind wurde beim ersten Angriff zurückgeschlagen, ging aber mit verstärkten Kräften wieder vor und konnte in einige unserer Schützengräben im Abschnitt zwischen Cote 188 und Dslabija eindringen. Morgens jedoch warfen unsere Truppen mit einem heftigen Gegenangriff den Feind jenseits von Dslabija zurück und nahmen die Schützengräben östlich vom Dorfe wieder fest in ihren Besitz. Wir erbeuteten Waffen und Munition und machten einige Gefangene. Feindliche Flieger warfen Bomben auf Feltre und Cervignano. Es wurde niemand verletzt, der Schaden ist gering.

## Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 17. Januar. (B. Z. V.) Das Hauptquartier teilt mit:

An der Front hält der aussehende Artilleriekampf bei Klut el Amara an.

An der Kaukasusfront setzte der Feind auch gestern seine Angriffe gegen unsere Stellungen nördlich und südlich vom Arasflusse fort. Er erlitt ganz bedeutende Verluste, besonders während des heftigen Kampfes zwischen dem Arasflusse und dem Tale Jd. In diesem Abschnitt mußten unsere Truppen, die seit einer Woche die beträchtlichen Kräfte des feindlichen Flügels in der Nähe des Tales Jd aufgehalten hatten, aus ihren vorgeschobenen Stellungen um einige Kilometer zurückgehen. Südlich vom Aras brachten wir dem Feinde in Nahkämpfen in den vorgeschobenen Stellungen große Verluste bei und erbeuteten eine Menge Waffen.

Von den Dardanellen ist nichts zu melden.

## Die Kämpfe in Mesopotamien.

London, 16. Januar. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht aus Mesopotamien. General Ahmer lieferte den Türken, die sich auf die Stellungen bei Oran zu beiden Seiten des Tigris 25 Meilen östlich von Klut el Amara zurückgezogen hatten, eine Schlacht. Der heftige Kampf dauerte am 13. Januar bis zum Einbruch der

Nacht. Dann begannen die Türken sich zurückzuziehen und setzten ihren Rückzug auch in der Nacht zum 14. fort. Eine britische Kolonne übte auf den Feind von Osten und Norden einen energischen Druck aus.

## Die englische Regierung gegen Lohn-erhöhungen.

Aus Amsterdam wird uns in Ergänzung einer vor einigen Tagen mitgeteilten Wolff-Meldung geschrieben:

Die englische Regierung hat bekanntgegeben, daß sie aus Gründen „nationaler Defonomie“ in keine Lohn-erhöhung mehr einwilligen werde. In dem Bescheid, den der Regierungsausschuß für Produktion den verschiedenen interessierten Fachverbänden zugestellt hat, wird auf die finanzielle Lage des Landes, die steigenden Kriegsbedürfnisse und die Notwendigkeit der Sparsamkeit in allen Ausgaben, sowohl im privaten Konsum wie in öffentlichen Aufwendungen hingewiesen. Die Erklärung hebt dann die seit dem Beginn des Krieges bewilligten Lohnerhöhungen und die Maßregeln zur Besteuerung oder Einschränkung des Unternehmerprofits hervor und schließt damit, daß im Hinblick auf die dringende Not keine anderen Lohnerhöhungen (mit Ausnahme der automatisch aus den bestehenden Bedingungen folgenden) stattfinden sollen als solche, die aus besonderen lokalen Verhältnissen folgen. Die Regierung will diesen Beschluß streng durchführen.

## Die englischen Eisenbahner gegen das Wehrpflichtgesetz.

London, 16. Januar. (B. Z. V.) Der ausführende Ausschuß des Eisenbahner-Verbandes hat gegen die Dienstpflichtbill einen Beschlusantrag angenommen, in dem es heißt, die Bill begründe eine „Konfiskation“ des Lebens der Bürger, ließe aber die materiellen Hilfsquellen der Nation in den Händen der privilegierten Klasse und müsse daher von der gesamten Arbeiterschaft bekämpft werden. Die Vertreter des Zwangsprinzips seien offenbar von anderen Beweggründen geleitet, als dem, den Sieg der Allierten zu sichern. Das Versprechen des Premierministers beträfe einen Grundsatz, welcher der Wählerschaft der Nation nicht vorgelegen habe, und widerspreche den nationalen Ueberlieferungen der letzten fünfzig Jahre. Dieses Versprechen hätte überhaupt nicht gegeben werden dürfen, und könne die Nation nicht binden. Der Beschlusantrag schließt: Wenn die Regierung nicht zunächst jede Art von Kapital konfisziert, werden wir mit allen Mitteln die Konfiszierung der Männer, deren einziges Kapital die Arbeitskraft ist, bekämpfen.

Der ausführende Ausschuß des Gewerksverbandes der Lokomotivführer und Heizer hat ebenfalls einen Beschlusantrag angenommen, der jede Art militärischer Dienstpflicht bekämpft.

## Englischer Hurrapöbel gegen Friedensfreunde und Wehrpflichtgegner.

London, 16. Januar. (B. Z. V.) Meldung des Reuterischen Bureaus. In einer Kirche von Kingsland im Norden von London, wo Sonntag nachmittag eine Kundgebung zu Gunsten der Beendigung des Krieges stattfand, kam es zu aufgeregten Szenen. Die Friedensfreunde wurden für Verräter erklärt und mit roter Farbe beworfen. Sie mußten schließlich durch die Polizei in Sicherheit gebracht werden. Die Demonstranten sangen „Rule Britannia“ und nahmen eine Entschliebung an, in der gefordert wird, daß der Krieg energisch fortgesetzt werde, bis Deutschland geschlagen sei.

London, 16. Januar. (B. Z. V.) Meldung des Reuterischen Bureaus. Anderson (Arbeiterpartei) wollte gestern in Sheffield eine Rede gegen die Dienstpflicht halten, konnte sich aber infolge von lärmenden Kundgebungen kein Gehör verschaffen.

## Das schwedische Budget.

Stockholm, 17. Januar. (B. Z. V.) Der heute von der Regierung dem Parlament vorgelegte Vorschlag des Budgets balanciert mit 414 254 000 Kronen. Für das Heer werden 66 102 800 Kronen und für die Marine 80 880 800 Kronen gefordert. Die Kosten für Aufrechterhaltung der Neutralität von 58 Millionen Kronen werden durch eine innere Anleihe von 27 Millionen und durch andere Staatseinnahmen in Höhe von 26 Millionen Kronen gedeckt werden. Zur Förderung produktiver Zwecke soll außerdem noch eine Anleihe von 56 Millionen Kronen abgeschlossen werden. Zur Ueberwindung der verteuerten Lebenshaltung sind für gewisse Staatsbeamte 3,5 Millionen im Etat vorgesehen.

Stockholm, 17. Januar. (B. Z. V.) Die vom König bei der heutigen Eröffnung des Reichstages im Reichssaal des königlichen Schlosses vorgelegte

### Thronrede

befriedigt erstens den immer umfangreicher werdenden Kampf, dessen Ergebnis über die Zukunft der Völker entscheiden werde. Die Regierung hoffe lebhaft die Neutralität, die sie zu Beginn des Krieges erklärt habe, auch in Zukunft beobachten zu können. Die Rede sagt ferner: Die Zweck Aufrechterhaltung der Neutralität und des Selbstbestimmungsrechts Schwedens vermehrten Streitkräfte zu Lande und zu Wasser müssen sich stets bereit halten. Das schwedische Volk hat im verfloßenen Jahre in mannigfaltiger Weise unter den Wirkungen des Krieges gelitten. Die Kriegführenden vernachlässigten immer mehr die Grundzüge des Völkerrechts und ihren Zweck, die Bestimmung der neutralen und die Begrenzung der gewaltsamen Handlungen des Krieges gegenüber dem friedlichen Verkehr. Schweden, dessen glorreicher Anteil an der Schöpfung dieser Grundzüge bekannt sei, habe teilweise zusammen mit den Regierungen der beiden anderen skandinavischen Länder Maßnahmen zur Aufrechterhaltung dieser anerkannten internationalen Grundzüge ergriffen. Die Haltung der Kriegführenden hätte verursacht dem schwedischen Volke erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Regierung habe mehrere Male gegen Versuche, den schwedischen Handel unter fremde Aufsicht zu stellen, eingeschritten müssen. Die Arbeit für die Stärkung der Landesverteidigung müsse ohne Verzug fortgesetzt werden. Trotz großer Sparsamkeit im Budget würden Entwürfe zu einer neuen Steuer vorgelegt. Die Thronrede bemerkt, die Regierung habe die Absicht, dem Reichstage vorzuschlagen, besondere Abgeordnete auszuwählen, die mit der Regierung geheime Fragen überlegen sollen, wie dies zum Beispiel im Herbst 1914 bereits der Fall gewesen sei.

# Das Beschwerderecht der Soldaten.

Von D. Stücken, M. d. R.

Den Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind im Laufe des Krieges aus dem Feld und aus der Heimat massenhaft Beschwerden über alle möglichen Dinge zugegangen, mit der Bitte, sie im Reichstag vorzubringen. Dieser Weg ist gewiß etwas ungewöhnlich; daß er eingeschlagen worden ist, erklärt sich aber daraus, daß ein erheblicher Teil der zum Heeresdienst eingezogenen Mannschaften ältere Parteigenossen sind, die den Weg der militärischen Beschwerde nicht beschreiten wollen. Ueber das Beschwerderecht des Soldaten ist schon viel geredet und geschrieben worden, es genügt hier einmal den wesentlichen Teil dieses Rechtes wiederzugeben.

Jedem Soldaten, welcher glaubt, daß ihm durch unwürdige Behandlung, durch Vorenthaltung geldwerter Gehaltsanteile oder aus einem anderen Grunde von Vorgesetzten oder Kameraden Unrecht zugefügt sei, ist es gestattet, sich zu beschweren. Jede Beschwerde ist dem Kompaniechef unmittelbar und mündlich vorzutragen. Der Soldat darf niemals während oder unmittelbar nach Beendigung des Dienstes, sondern erst am folgenden Tage seine Beschwerde anbringen. Nichtet sich die Beschwerde gegen eine über den Soldaten verhängte Disziplinarstrafe, so darf er sich erst nach deren Verbüßung beschweren. Jede Beschwerde muß innerhalb einer Frist von fünf Tagen angebracht werden. Gemeinschaftliche Beschwerden mehrerer Soldaten sind unstatthaft. Wer leichtfertig oder wider besseres Wissen eine auf unwahre Behauptungen gestützte Beschwerde anbringt, wird streng bestraft. Ueber die Abänderungsbedürftigkeit dieser Vorschriften soll heute nicht gesprochen werden, auch nicht darüber, ob es wirklich nicht möglich sein sollte, sie noch während des Krieges abzuändern. Soviel aber muß doch gesagt werden, daß der Begriff der Leichtfertigkeit bei Erhebung einer Beschwerde viel zu flüchtig ist, als daß er eine Garantie gegen Ungerechtigkeiten bieten könnte. Die Situation verbessert sich nicht dadurch, daß der Vorgesetzte, der die Beschwerde als leichtfertig erachtet, auch gleich die Strafe für diese Leichtfertigkeit festsetzen kann. Daß die Beschwerde nur zulässig ist, wenn die verhängte Strafe verbüßt ist, sei nur der Vollständigkeit halber hinzugefügt. Dazu kommt dann noch, daß Leute, die sich beschweren, leicht von den Unteroffizieren scheel angesehen werden, und im militärischen Leben bietet sich tausendfacher Gelegenheit, einem solch unbequemen Menschen fühlen zu lassen, daß er sich unangenehm bemerkbar gemacht hat, ohne daß es möglich ist, haarscharf zu beweisen, daß hier eine Schikane vorliegt.

Was ist nun aber die Folge dieses unbefriedigenden Zustandes? Die Leute wenden sich an einen Abgeordneten mit der Bitte, ihre Beschwerden im Reichstag vorzubringen. Der Abgeordnete ist nun allerdings keine Sammelstelle für Beschwerden, er kann sich aber auch der Aufgabe nicht entziehen, den Beschwerden, die aus dem Kreise seiner zum Heere eingezogenen Wähler kommen, Ausdruck zu verleihen. Damit erfüllt er nur eine selbstverständliche Pflicht. Das hat jetzt aber dazu geführt, daß im Haushaltsausschuß des Reichstags tagelang über Beschwerden dieser Art verhandelt wird. Einzelne Abgeordnete, von denen bekannt ist, daß sie sich vorzugsweise mit militärischen Angelegenheiten befassen, werden mit Zuschriften ganz besonders bedacht. Selbstverständlich werden alle diese Briefe kritisch gesichtet und zunächst alles ausgeschieden, was irgendwie unwahrscheinlich erscheint. Trotzdem bleibt noch eine Fülle unanfechtbarer Materials. Aber auch daraus können nur einzelne Fälle zur Begründung unserer genugsam bekannten Forderungen herangezogen werden.

In den letzten Monaten ist nun der Weg eingeschlagen worden, die geeignet erscheinenden Fälle einfach dem Kriegsministerium schriftlich mitzuteilen. In allen Fällen sind sofort Erhebungen eingeleitet worden, nur kam dabei in der Regel nichts heraus. Den Beschwerdeführer kann man aus nothwendigen Gründen nicht nennen. Es bleibt also weiter nichts übrig, als bei dem Truppenteil Umfrage zu halten. Vielfach ergibt sich dann, daß die Mannschaften, die den der Beschwerde zugrunde liegenden Vorfall bekunden könnten, nicht mehr da sind und prompt erfolgt die Antwort, daß von dem behaupteten Vorfall nichts bekannt sei. Ein klassisches Beispiel: Einem Abgeordneten wird mitgeteilt, daß bei einem Erjäh-Truppenteil den Mannschaften der Urlaub verweigert wurde, weil sie Freifahrt verlangten. Der Abgeordnete teilt das dem Kriegsministerium mit. Die Mannschaften müssen antreten und werden befragt, keiner weiß etwas — später wird dem Abgeordneten auf nochmalige Rückfrage von seinem Gewährsmann mitgeteilt, daß die betreffenden Mannschaften mittlerweile ins Feld geschickt worden sind, bei der Verfassung des Truppenteils also gar nicht mehr da waren. Womöglich noch komplizierter und noch aussichtsloser ist die Sache, wenn Zeugen angegeben werden. Diese Zeugen sind unterdessen vielleicht auch ins Feld gezogen, der eine steckt in Rußland, der andere in Serbien, ein dritter ist vielleicht inzwischen schon gefallen. Nun setzt eine endlose Schreiberei ein, aber ein positives Resultat wird fast nie erzielt.

So also geht die Sache nicht — darüber war man sich auch im Haushaltsausschuß des Reichstags völlig klar und schließlich empfahl der Kriegsminister den Abgeordneten, in jedem einzelnen Fall den Briefschreiber den Rat zu erteilen, sich auf dem vorgeschriebenen Dienstweg zu beschweren. Praktisch ist dieser Vorschlag natürlich gar nicht durchführbar, weil die Beschwerdefrist von fünf Tagen in der Regel längst verstrichen sein wird, ehe dieser briefliche Vorschlag in die Hände des Mannes gelangt, der sich an einen Abgeordneten gewandt hat. Ein fortschrittlicher Abgeordneter, der selbst als Offizier im Felde steht, empfahl deshalb folgenden Weg: Der Mann, der Anlaß zu einer Beschwerde hat, soll lieber, ohne formell Beschwerde zu führen, seinem Hauptmann — als Mensch zum Menschen — sein Anliegen vortragen. Dieser Ausweg ist in der Tat sehr sympathisch — der Versuch kann mindestens gemacht werden, und wenn der Hauptmann ein Vorgesetzter ist, der Verständnis für das hat, was seine Untergebenen in dieser schweren Zeit bewegt, dann können Unstimmigkeiten rasch beseitigt werden, ohne daß erst ein umständlicher Apparat mit allen seinen Fährlichkeiten in Bewegung gesetzt zu werden braucht. Welcher Geist in der

Kompagnie herrscht, das hängt ohnehin in der Hauptsache ganz vom Kompagnieführer ab; ist er auf dem Posten, verfiert er es, die Fische der Mannschaften zu erfassen, dann dürfte der Anlaß zu Beschwerden gering sein. Leider scheinen aber nicht wenige Kompagnieführer dieser Seite ihrer Aufgabe nicht gewachsen zu sein. Vor allen Dingen aber möge man daran festhalten: Der stellvertretende Kriegsminister hat in der Haushaltskommission des Reichstags auf die Erklärung eines Abgeordneten hin, der so verfährt, daß er den sich an ihn wendenden Beschwerdeführer jedesmal erst fragt: „Haben sie sich schon an Ihren Vorgesetzten gewandt?“ dieses Verfahren allen Abgeordneten empfohlen. Dieser Wunsch des Kriegsministers verdient wirklich in den weitesten Kreisen bekannt zu werden, vielleicht werden auf diesem Wege doch manche Uebelstände rasch abgestellt werden können. Den Beschwerdeführern steht es ja dann noch immer frei, den Männern ihres Vertrauens Kenntnis von dem Erfolg der Beschwerden zu geben und die Erfahrungen mitzuteilen, die sie mit dieser Methode gemacht haben.

Daran ist nicht zu zweifeln, die höheren Kommandostellen wünschen, daß die Mannschaften keinen Grund zu Beschwerden haben. Diesem sind es eben Unteroffiziere, denen die ihnen eingeräumte Machtbefugnis in den Kopf gestiegen ist und die nun meinen, daß sie den Mannschaften alles Mögliche zumuten dürfen. Wenn wir hier die Mahnung des Kriegsministers weitergeben, so ist aber auf der anderen Seite das Kriegsministerium verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Hauptleute und Rittmeister schleunigst informiert werden, damit sie nicht, falls jetzt mehr Beschwerden an sie gelangen, etwa gar den Geist der Widerständigkeit in diesem Umstand erblicken, den sie dann mit Disziplinarstrafen glauben unterdrücken zu sollen. Sollte der letztere Fall eintreten, dann würde sich freilich gerade das Gegenteil dessen ergeben, was der Kriegsminister mit seiner Mahnung beabsichtigt hat. Jedenfalls aber ist es Pflicht, auf den empfohlenen Weg hinzuweisen; der Erfolg bleibt abzuwarten.

## Politische Uebersicht.

### Seeresfragen.

Der Reichstag behandelte am Montag im Anschluß an mehrere Resolutionen des Haushaltsausschusses verschiedene Seeresfragen. Genosse Schöpflin klagte über unzureichende Urlaubsgewährung, schlechte Behandlung bei den Erjähbataillonen, Mängel in der Verpflegung und unnötigen Drill. Nach dem nächsten Redner, dem Nationalliberalen Dr. von Colker, gibt es im Heere keinerlei überflüssigen Drill; auch die „Kleinigkeiten“ des Gamaschendienstes seien zur Durchführung der Disziplin notwendig. Dr. Haas (Fortchr. Volksp.) schloß sich zum Teil den Klagen Schöpflins an. Der stellvertretende Kriegsminister v. Wandel sagte die Berücksichtigung der vorgebrachten Beschwerden zu und versprach insbesondere die möglichste Ausrottung vorchriftswidriger Behandlung der Mannschaften. Genosse David-John, der selbst seit langer Zeit im Felde steht, erläuterte nochmals an Einzelfällen die Notwendigkeit, den Soldaten alle unnötigen Schikanen zu ersparen. Da Genosse Vieblnecht sich zu Worte gemeldet hatte, machte ein Schlußantrag der Debatte ein Ende. Die Genossen Vieblnecht und Ledebour erhielten zunächst nicht einmal das Wort zur Geschäftsordnung. Es gelang ihnen indessen schließlich doch, gegen den Schluß der Debatte zu protestieren, wobei sie sich von Präsidenten Ordnungsrufe einholten. Der von Ledebour gestellte Antrag auf Wiederaufnahme der Debatte wurde indessen unter Zustimmung eines Teils der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt.

Nach einer kurzen Debatte über die Herabsetzung der Gebühr für Soldatenpakete wurde ein entsprechender Antrag einstimmig angenommen.

Darauf begann die Beratung der Resolutionen über die Zensur. Nach einleitenden Bemerkungen des Berichterstatters wurde die Debatte darüber auf Dienstag, 10 Uhr früh, vertagt.

### Vertagung des Reichstages.

Dem Reichstag ist vom Stellvertreter des Reichskanzlers ein Antrag auf Zustimmung zur Vertagung des Reichstages bis zum 15. März vorgelegt worden.

### Oldenburg-Januschau im Herrenhause.

Der ehemalige konservative Reichstags- und Landtagsabgeordnete Kammerherr v. Oldenburg-Januschau ist als Vertreter des alten und des bestfügigen Grundbesitzes im Landschaftsbezirk Oberland (Möhningen) für das Herrenhaus präsentiert worden.

### Ablieferung von Seringen.

Am 17. Jan. Berlin, 17. Januar. (W. T. B.) Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung eine Verordnung beschlossen, nach der derjenige, der Salzheringe einführt, verpflichtet ist, diese an die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin unter gewissen Voraussetzungen abzuliefern. Der Reichskanzler wird die hierfür nötigen Ausführungsbestimmungen treffen.

### Die Ankündigung.

Die „Kreuz-Zeitung“ veröffentlichte am Sonntag unter der Ueberschrift „Eine Frage an die Regierung“ eine Zuschrift „aus Kreisen des Herrenhauses“, in der es u. a. heißt:

„Der Geist gegenseitigen Vernehmens und Vertrauens soll endlich in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften lebendigen Ausdruck finden.“ Man könnte aus dem strikten Wortlaut den Schluß ziehen, daß gegenseitiges Vernehmen und Vertrauen dahin führen sollte, daß überall anerkannt wird, wie ein Volk, welches so Großes leistet, wie das untrüge, einsehen werde, daß die Grundlagen der Verfassung gute sind, und daß jede Änderung an demselben ein gewagtes Experiment sei. Sollte indes dem Gedanken Ausdruck gegeben werden, welchen die liberale Presse den Worten gibt, „daß eine Wahlrechtsreform angestrebt werde“, so hätte doch besser der Ausdruck „Umgestaltung“ statt „Gestaltung“ gewählt werden sollen.

Der Text der Rede enthält in dieser Beziehung ein „dunkles Wort“, welches der Aufklärung dringend bedarf. Die Regierung wird auf Anfragen in den gesetzgebenden Körperschaften nicht umhin können, klare Antwort zu geben, was sie mit jenen Worten gemeint hat. Ein Ausweichen der bestimmten Erklärung hierüber wird sich keine Partei gefallen lassen.

Die Rede des Abg. v. Seydewitz im Abgeordnetenhaus enthält uns eines Kommentars zu dieser Ankündigung.

### Verschiebung der Reichstagswahlen.

Für den Fall, daß wir auch noch einen dritten Kriegswinter erleben müssen, beschäftigen sich bereits jetzt politische Kreise mit der Möglichkeit einer Verschiebung der im Januar 1917 fälligen nächsten Reichstagswahlen. So behandelt im „Deutscher Tageblat“ der nationalliberale Reichstagsabgeordnete für Leipzig, Geh. Justizrat Dr. Jund, diese Frage. Er schreibt u. a.:

„Die Amtsdauer des jetzt lebenden Reichstags endet nach der richtigen Meinung am 12. Januar 1917, als an dem Tage der letzten allgemeinen Wahlen. Selbstverständlich gibt es vereinzelte Stimmen in der Wissenschaft des Staatsrechts, die anders rechnen. Sie wollen die Legislaturperiode — das Fremdwort steht in der Reichsverfassung — jeweils mit dem ersten Zusammentreten des neugewählten Reichstags beginnen lassen. Allein diese Ansicht kann als überwunden gelten. Sie tut hier auch nichts zur Sache, da es sich dann nur um eine Verschiebung um wenige Wochen handeln würde.

Daß die Verlängerung der Amtsdauer eines einzelnen Reichstages — nur dies steht in Frage — über die geltenden 5 Jahre hinaus möglich, verfassungswidrig zulässig ist, darf ebenfalls als feststehend angenommen werden. War doch der Reichstag im Jahre 1870 in ganz gleicher Lage. Sein normales Leben wäre am 31. August 1870 abgelaufen gewesen. Man verlängerte es durch Bundesgesetz vom 21. Juli 1870, und zwar für die Dauer des gegenwärtigen Krieges mit Frankreich, jedoch nicht über den 31. Dezember 1870 hinaus“.

Zur Sache selbst sind wir der Ansicht: in keinem Falle dürfen die Wahlen zum neuen Reichstage stattfinden, solange Millionen von Wählern im Felde stehen. Das wäre zunächst ungerecht ihnen gegenüber. Sie haben erhöhten Anspruch darauf, mitzustimmen — dazu dient das Wahlrecht —, wie es in dem Vaterlande, für das sie ihr Leben eingesetzt, dereinst auszuüben soll. Wir gehen, indem wir dies sagen, allerdings davon aus, daß vieles anders werden kann und soll. Darüber später. Schlechtin unmöglich ist es für uns, auch nur daran zu denken, diese Mitbestimmung ganz allein denen zu überlassen, die unterdessen im Lande gewiß auch manches entbehren und tragen mußten, aber alles dies nicht ererbt vergleichen dürfen mit dem, was jene erduldeten. Wir schlagen damit übrigens nur Gedankengänge an, die schon früher zur „Erstreckung“ anderer parlamentarischer Vertretungskörper geführt haben.

Wir fügen aber hinzu: nicht nur das Gefühl der Gerechtigkeit entscheidet, sondern auch das — bereits kurz erwähnte — Ziel einer Erneuerung unseres politischen Lebens, oder wie der Kanzler sagte: der Neuorientierung unserer inneren Politik. Die Amtsdauer des Reichstages muß verlängert werden, sobald feststeht, daß der Weltkrieg noch so lange währt, daß etwaige Neuwahlen unter Ausschluß unserer Volksgenossen im Felde stattfinden müßten.

Mit aller Entschiedenheit lehnen wir — persönlich — den Gedanken ab, der Reichstag solle auf jeden Fall verlängert werden, da es unerträglich sein würde, wenn etwa gleich oder bald nach dem Frieden Wahlen nötig wären. Gewiß wohlmeinend wird gesagt, man möchte doch dem deutschen Volke die Verklüftung und Verbitterung eines Wahllampes in der beginnenden goldenen Friedenszeit ersparen. Wir halten das für grundfalsch. Politisches Leben im Volke ist kein Uebel! Ganz im Gegenteil wünschen wir unserem Volke recht bald das reinigende Bad eines Wahllampes, von dem wir freilich gerade zufolge der Teilnahme unserer Krieger einen etwas größeren Zug, weniger Kleinlichkeit als früher, erhoffen. . . .

### Calwer für höhere Zuckerpriese.

Der frühere Sozialdemokrat Richard Calwer hat sich während des Krieges wiederholt gegen die Festsetzung von Höchstpreisen ausgesprochen. In Konsequenz dieser Anschauung tritt er jetzt Arm in Arm mit den Zuckerinteressenten für die Erhöhung des Rüben- und Zuckerpriese ein. Wenn man den Profit als einzigen Motor der Produktion anerkennt, ist es allerdings schwer, den Interessen der Konsumenten gerecht zu werden. Es wirkt aber immerhin komisch, daß Calwer nun den Konsumenten zumutet, sich einfach den Wünschen der Produzenten bedingungslos zu fügen; er schreibt:

„Das Mißverhältnis der Preise für Zuckerrüben und andere Feldfrüchte ist so stark, daß ein anderer Anbau sich besser lohnt als der mit Zuckerrüben. Gegen dieses Mißverhältnis der Preise ist nicht anders anzukämpfen als dadurch, daß man den Preis für die Zuckerrüben entsprechend erhöht und so wieder einen Anreiz bietet, Zuckerrüben anzubauen. Man sollte annehmen, daß für die Lösung des Zuckerproblems auf diese Weise auch in den Kreisen Verständnis vorhanden sein sollte, die an sich gegen höhere Zuckerpriese sind, nicht weil ihnen etwa eine Verteuerung des Zuckers gleichgültig sein sollte, sondern weil es eben unter den heutigen Verhältnissen keinen anderen Weg zur Lösung der so wichtigen Frage gibt. Es zeigt sich hier wieder ganz deutlich, daß eine Stabilisierung der Preise ein Ding der Unmöglichkeit ist.“

Es ist richtig, daß die heutigen wirtschaftlichen Kriegsnöte noch andere Ursachen haben als unrichtige Verteilung der vorhandenen Borräte. Aber die Mißverhältnisse, von denen Calwer ausgeht, können und müssen gelöst werden durch Eingriffe in die Produktion.

### Deutsch-österreich-ungarischer Wirtschaftsband.

Der ständige Ausschuß des deutschen Landwirtschaftsrates hat kürzlich über das wirtschaftspolitische Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reich verhandelt und hierzu folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Ereignisse des gegenwärtigen Weltkrieges haben eine Neugestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse Europas bewirkt, welche für die künftige Volkswirtschaft der mitteleuropäischen Staaten von größter Bedeutung ist. Während die wirtschaftlichen Verhältnisse von Landwirtschaft, Industrie und Handel bisher durch internationale Beziehungen geregelt wurden, sind die verbündeten europäischen Zentralmächte hinsichtlich Erzeugung und Absatz nunmehr auf ihr eigenes Gebiet beschränkt. Obgleich mit dem Friedensschluß hierin eine Besserung eintreten dürfte, so muß doch auf längere Zeit mit einer fortgesetzten feindseligen Stimmung unserer jetzigen Gegner gerechnet werden, wofür deutlich erkennbare Anzeichen wahrnehmbar sind. Daraus ergibt sich für uns die Notwendigkeit, für ein Wirtschaftsgebiet von größerem Umfang zu sorgen. Zur Anbahnung dieses Zweckes ist zunächst ein engeres wirtschaftspolitisches Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ins Auge zu fassen.“

Die Resolution des Landwirtschaftsrates ist sehr vorsichtig gefaßt. Bekanntlich hat sich die konservativ-agrarische Presse bisher gegen ein Zollbündnis ausgesprochen. Der Passus über die Notwendigkeit eines engeren wirtschaftspolitischen „Verhältnisses“ braucht also keineswegs die Zustimmung zu einem Zollbündnis zu bedeuten.

Wie Fleischmeister „kalkulieren“. In den in unserer Sonntagsnummer vorstehendem Titel veröffentlichten Artikel hat sich ein Schreibfehler eingeschlichen, den wir hiermit richtigstellen. Es muß in der Kalkulation unseres Mitarbeiters nicht heißen: 28 Pfund Sped 54,40 M., sondern 50,40 M. Dadurch ermäßigt sich auch der Erlös aus dem geschlachteten Schwein um 4 M. und ebenso der Verdienst, der nun nicht rund 17 M., sondern 13 M. beträgt. An dem Ergebnis, das durch die beiden gegenübergestellten Kalkulationen dargestellt wird, ist jedoch wesentlich nichts geändert.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Maschinenarbeiter vom Flugplatz in Johannistal beklagen sich in einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung über die lang ausgedehnte und ungerade Arbeitszeit. Nach Angabe der Redner liegt dies aber zumeist an gewissen Arbeitern, die nicht genug herauszuwickeln können und somit die anderen nötigen, auch unerbötlich lange Arbeitsperioden mitzumachen. So hat ein Maschinenarbeiter 21 Stunden hintereinander gearbeitet, ein anderer in der Woche 90 Stunden und mehr. Es wurde aus der Versammlung erklärt, daß solche Arbeitszeiten nicht zu sein brauchen, zumal auf dem Nachweis Arbeiter zu haben seien.

Auch werden zumeist ungerade Arbeiter an den Maschinen beschäftigt, was nicht ungefährlich ist. Solange es noch arbeitslose gelernte Maschinenarbeiter gibt, sollte das nicht vorkommen. Fendel führte aus, daß es im Flugzeugbau anders zugehe als in einem Betriebe, wo Ausstattungen oder Bauteile hergestellt werden. Hier handelt es sich meist um einige Arbeiten, die oft sogar fotografisch bestellt würden. Soweit Ueberstunden zu umgehen sind, hat dies zu geschehen nach dem Beschlusse, daß die Arbeitszeit von 51 Stunden nicht überschritten werden soll, es sei denn, daß es sich um dringende Lieferungen handelt. Es ist ferner bestimmt, daß Ueberstunden nur mit vorhergehender Besprechung der betreffenden Arbeiter gemacht werden sollen. Die Ueberarbeitsfrage ist also schon geregelt. Wenn dennoch sich Mißstände herausgebildet haben, so liegt es an den Arbeitern selbst, die nicht genügend Selbstzucht üben. Wer keinen Auftrieb hat, länger zu bleiben, der gebe eben nach Hause, unbestimmt darum, was der Nachbar macht. Solange noch geeignete Arbeitskräfte vorhanden sind, sollten allerdings zuerst diese eingestellt werden, ehe Ueberarbeit gemacht wird. Wenn dies aber nicht zutrifft, so werden Ueberstunden nicht immer zu umgehen sein, um so mehr, als auch die Betriebe nicht jeweilig beliebig, sondern nur in bedingter Weise erweitert werden können. Der Eigenart eines Betriebes muß schließlich auch Rechnung getragen werden.

Ein Redner widersprach Fendel in einigen Punkten. Es seien noch Arbeiter vorhanden, die könnten erst eingestellt werden und die Betriebe zu vergrößern sei sehr wohl möglich. Ueberstunden und Nachschicht seien abzuschaffen. Ebenso die Sonntagsarbeit. Der nächste Redner stimmte Fendel auch nicht in allem zu, war aber auch der Meinung, daß in einer so außergewöhnlichen Zeit außergewöhnliche Maßnahmen zu verstehen seien. Der Antrag des Vorredners in der gestellten Form sei unannehmbar. Im übrigen wurde noch gesagt, jeder möge den bestehenden Vertrag respektieren.

Es wurde auch gewünscht, daß die Ueberstunden von der Betriebsleitung am Abend vorher angesagt werden und nicht erst kurz vor Feierabend des betreffenden Tages damit zu kommen. Die Versammlung beschloß schließlich, die Vertreter zu beauftragen, dafür zu sorgen, daß in allerhöchster Zeit eine Versammlung aller auf dem Flugplatz beschäftigten Holzarbeiter einberufen wird, um das jetzt herrschende Ueberstundenunwesen abzuschaffen.

## Keine Tariffündigung der Wöttcher.

Die Wöttcher Berlin und Umgegend, soweit sie dem Verbandsangehörigen, hielten Sonntag eine stark besuchte Versammlung ab, um sich mit der Kündigung der Verträge zu beschäftigen. Die Klappschuß ausführte, bestehen neun Einzelverträge, von denen acht gekündigt werden müßten. In den Fabriken bezü. Werkstätten würden mehr oder minder gute Kriegszulagen gezahlt. Ob die Tarife zu kündigen oder tariflos zu arbeiten sei, das sei die Frage. Bereits in der letzten Versammlung habe er erklärt, daß der Stundenlohn um 50 Proz. auf 1 Mk. erhöht werden muß oder erhöhte Kriegszulagen zu fordern seien. Er könne in Anbe-

tracht der ganzen Sachlage eine Kündigung nicht empfehlen. Es würden annehmbare Löhne gezahlt. Eine Fabrik zahlte einen Wochenlohn von 51 Mk. ohne Abzug. Eine ganze Anzahl 46 Mk. Viele Werkstätten entlohnten weit über den Tarif. In der Diskussion wurde verlangt, daß die Kollegen in denjenigen Werkstätten, wo niedrige Löhne gezahlt würden, selbständig vorgehen müßten, um Lohnerhöhungen, wenn nicht anders, durch Arbeitsniederlegung zu erreichen. Nach weiterer Aussprache wurde einstimmig beschlossen, die Tarife nicht zu kündigen und ein Jahr weiterzuarbeiten zu lassen, jedoch überall erhöhte Kriegszulagen zu fordern. — Schließlich teilte Klappschuß mit, daß der „Verein der Brauereien“ die bisherige Steuerzulage von 10 auf 15 Mk. monatlich erhöht habe, was bis 1. April 1916 Geltung haben sollte. Die „ringfreien Brauereien“ sowie die Genossenschaftsbrauerei Friedrichshagen würden sich diesem Vorgehen anschließen.

## Julius Saube.

Einen herben Verlust hat der Verband der Kupferschmiede Deutschlands durch den Tod seines ersten Vorsitzenden und Redakteurs des Fachorgans „Der Kupferschmied“ erlitten.

Als Mitglied der Gefellenbrüderschaft in Hamburg hat der Verstorbene in den achtziger Jahren es verstanden, alle damals noch vorhandenen Bruderschaften zu einem 1885 stattgefundenen Kongress in Leipzig zusammenzubringen, wo dann die Gründung der Organisation der Kupferschmiede beschlossen wurde. Welche außerordentlichen Verdienste der Verstorbene sich um die Organisation der Kupferschmiede erworben hat, geht am besten daraus hervor, daß diese ihn 1907 zu ihrem ersten Vorsitzenden und Redakteur bestimmte. In dieser Eigenschaft hat er zum 25. Verbandsjubiläum eine Geschichte des Verbandes verfaßt, die auch sein Wirken für die Organisation der Kupferschmiede widerspiegelt. Politisch ist der Verstorbene weniger hervorgetreten, er hat aber lange Jahre der Partei als stilles Mitglied angehört.

In Hamburg und später in Magdeburg hat er alle Prüfungen eines in der Arbeiterbewegung stehenden Mannes durchlaufen müssen. Aus Hamburg ausgewiesen, verschloß sich ihm auch bald in Magdeburg ein Arbeitsplatz nach dem anderen, so daß er sein Brot sich kümmerlich als Reisender suchen mußte, bis ihn die Organisation an ihre Spitze rief. Nach Berlin übergestellt, hat er es verstanden, sich allgemeines Vertrauen zu erwerben. Seine unermüdbare Arbeitskraft ist von großem Einfluß auf die Entwicklung des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands gewesen.

## Deutsches Reich.

### Kriegsgefangene Schuhmacher.

Wie das „Schuhmacher-Fachblatt“ aus Virmasens berichtet, kamen dort etwa 40 Kriegsgefangene, meist Russen und einige Franzosen aus einem päpstlichen Gefangenlager an, um in der Schuhindustrie beschäftigt zu werden. Sämtliche Gefangene sind gelernte Schuhmacher und wurden der Schuhindustrie zu den üblichen Tarifforderungen für Kriegsgefangene zur Verfügung gestellt. Es ist anzunehmen, daß wenn der erste Versuch ein gutes Ergebnis bringt, in vergrößertem Maße mit Verwendung von Kriegsgefangenen in Virmasens zu rechnen sein wird. — Selbstverständlich sollen nicht etwa gleichzeitig dortige Arbeiter arbeitslos sein.

## Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 431 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:  
Infanterie uho.: Grenadier- bsm. Infanterie- bsm. Jäger-Regimenter Nr. 11, 17, 23, 83, 85, 41 bis einschl. 49, 51, 53, 54, 56,

67, 69, 70, 76, 77, 79, 83, 84, 86, 88, 90 (f. auch Feldfliegertruppe), 93, 94, 99, 111; 112, 113, 116 (f. auch Feldfliegertruppe), 118, 129, 132, 135, 137, 142, 143, 145, 147, 148, 149, 151, 153, 160, 161, 166 bis einschl. 169, 173 bis einschl. 176, 188, 189, 229, 330, 331, 333, 345, 346, 347, 350 (v. Sturmtruppe). Zusammengefaßtes Infanterie-Regiment Eid. Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 17, 22, 23, 31, 35, 39, 48, 55, 67, 69, 76, 79, 83, 93, 98, 130, 201, 206, 207, 211, 214, 216, 223, 224, 226, 227, 238, 249 bis einschl. 257, 258, 260, 262, 265, 267. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 17, 22, 35, 45, 49, 51, 68, 75, 76, 78, 83, 93, 109, 116. Feld-Ersatz-Bataillon Nr. 1 des 7. Armeekorps. Ueberplanmäßige Landwehr-Infanterie-Bataillone Fischerleben und Witterfeld. Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 78 (f. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 51). 3. Banditurn-Infanterie-Bataillon Liognik. Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillone: 2. des 7. Armeekorps (Eisen) und 4. Goarbriden. Jäger-Regiment Nr. 8. Schneeschuh-Bataillon Nr. 2. Feld-Maschinengewehr-Zug Nr. 186 (f. Jäg.-Regt. Nr. 33). Unteroffizierschule in Weidburg (f. Feldfliegertruppe).

Kavallerie: Kürassiere Nr. 2; Dragoner Nr. 7 und 11; Husaren Nr. 14 und 17; Ulanen Nr. 8 (f. auch Feldfliegertruppe) und 14. Feldartillerie: Regiment Nr. 46; Reserve-Regiment Nr. 239; Landwehr-Abteilung des 1. Armeekorps.

Fußartillerie: Regiment Nr. 2, 8, 13, 14, 15, 16; Reserve-Regimenter Nr. 2, 5, 15, 16, 20. Fußartillerie-Bataillon Nr. 22; Ersatz-Bataillon Nr. 26. Fußartillerie-Batterien Nr. 263, 274, 316 (f. auch Fußart.-Regt. Nr. 8), 345, 404, 451, 567. Mörser-Batterie Nr. 210.

Miniere: Regiment Nr. 23 und 25. Feld-Scheinwerferzug Nr. 263.

Verkehrsgruppen: Eisenbahn-Regiment Nr. 1. Telegraphen-Bataillon Nr. 5. Feldluftschiffer- und Feldfliegertruppe.

Train: Train-Abteilungen Nr. 4 und 11. Ersatz-Abteilung der Train-Abteilung Nr. 3.

Armierungs-Bataillone Nr. 4 und 70.

Kriegsbeleidigungsamt des 11. Armeekorps.

Regimentskommando Colmar i. E.

Ergänzung zur preussischen Verlustliste Nr. 431.

Die jährliche Verlustliste Nr. 245 veröffentlichte Liste IV über die aus französischer Gefangenschaft zurückgeführten sächsischen Deeresangehörigen; Liste III über die aus englischer Gefangenschaft zurückgeführten sächsischen Deeresangehörigen; Liste II über die aus russischer Gefangenschaft zurückgeführten sächsischen Deeresangehörigen. Außerdem werden die Verluste der Infanterie-Regimenter Nr. 107, 108, 177, 181; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 104, 106, 107, 244; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 103, 106, 133; Bandit.-Inf.-Regt. Nr. 19. Pioneer-Bataillone Nr. 12, 22; Landw.-Pionier-Komp. 19. Armeekorps; Landw.-Pionier-Ersatz-Komp. Nr. 12; Scheinwerferzug, 2. Bataillon Nr. 22.

Die württembergischen Verlustlisten Nr. 331 und 332 enthalten Verluste der Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 51, 53; Grenadier-, Reserve- und Landw.-Inf.-Regt. Nr. 119; Inf.-Regt. Nr. 120; Infanterie- und Ref.-Inf.-Regt. Nr. 121; Füsilier-Regt. Nr. 122; Grenadier-Regt. Nr. 123; Infanterie- und Landwehr-Inf.-Regt. Nr. 124; Inf.- und Landw.-Inf.-Regt. Nr. 126; Inf.-Regt. Nr. 150. Feldartillerie-Regt. Nr. 13; Pionier-Komp. Nr. 116. Verzeichnis Nr. 2 der aus England zurückgeführten Auslandsüberwundenen, zugleich Berichtigungen der früheren Verlustlisten.

Ersatz-Inf.-Regt. Nr. 52; Grenadier-Regt. Nr. 119; Landw.-Inf.-Regt. Nr. 120; Inf.-Regt. Nr. 121; Landw.-Inf.-Regt. Nr. 123; Inf.-Regimenter Nr. 125, 126. Ulanen-Regt. Nr. 13. Ref.-Feldartillerie-Regt. Nr. 26; Feldart.-Regt. Nr. 49; 1. Landw.-Pionier-Komp. Verluste durch Krankheiten, Berichtigungen früherer Verlustlisten.

**Deutsches Theater.**  
Direktion: Max Reinhardt.  
7 1/2 Uhr: **Der Biberpelz.**  
Mittwoch: Ein Sommernachtstraum  
(In der Neuestudierstube).  
**Kammerspiele.**  
8 Uhr: **Der Weibsteufler.**  
Mittwoch: **Der Weibsteufler.**  
**Volkstheater.** Theater a. B. Löwpl.  
8 1/2 Uhr: **Wallensteins Tod.**  
Mittwoch: **Wallensteins Tod.**

**Lessing-Theater.**  
Direktion: Victor Barnowsky.  
**Peer Gynt**  
von Ibsen. Musik von Grieg.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Deutsches Künstler-Theater.**  
Allabendlich 8 Uhr:  
**Die seltsame Exzellenz.**

Dr. Meinhard-Bernauer.  
**Theater in der Königgrätzerstr.**  
8 Uhr: **Der Vater.**  
**Komödienhaus**  
8 1/2 Uhr: **Die rätselhafte Frau**  
**Berliner Theat.**  
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

**URANIA**  
Taubenstr. 48/49.  
8 Uhr:  
Generalmajor a. D. Bahn und  
Prof. Dr. Donath:  
**Der Luftkrieg.**

**Theater für Dienstag, den 18. Januar.**  
Deutsches Opernhaus Charlottbg.  
8 Uhr: **Die Entführung a. d. Serail.**  
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.  
8 Uhr: **Der pflichtige Kadett.** (Donna Juanita).

**Montis Operetten-Theater**  
8 Uhr: **Der Weltenbummler.**  
**Residenz-Theater**  
8 1/2 Uhr: **Die Prinzessin vom Nil.**  
**Schiller-Theater O.**  
8 Uhr: **Jungbrunnen.**

Gedr. **Herrfeld-Theater.**  
8 Uhr: **Sokrates und Perimutter.**  
**Kleines Theater.**  
8 Uhr: **Henriette Jacoby.**  
**Komische Oper.**  
8 Uhr: **Jung muß man sein.**  
**Lastspielhaus.**  
8 1/2 Uhr: **Alles aus Gefälligkeit.**

**Theater am Nollendorfpf.**  
8 1/2 Uhr: **Dr. Klaus.**  
8 1/2 Uhr: **Immer feste druff!**  
**Theater des Westens**  
8 Uhr: **D. Fräulein v. Amt**  
mit Guido Theischer.

**Metropol-Theater**  
8 Uhr: **Die Kaiserin** (Maria Theresia).

**Trianon-Theater.**  
8 1/2 Uhr: **Verheiratete Junggesellen.**

**Luisen-Theater.**  
Tägl. abends 8.15, Sonntags 8 Uhr:  
**Bettelstudenten.**  
Erläuterung 4 Uhr: Kindervorst.  
20, 30 Pf. u. s. w.  
**Struwelpeter.**

**Voigt-Theater.**  
Badstr. 58. Badstr. 58.  
Morgen Mittwoch, 19. Januar:  
„Die Gelehrerin von St. Tropez.“  
Erscheinung in 5 Aufzügen  
von Unizet-Courgeol.  
(Dienstag geschlossen.)  
Raffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

**Berliner Konzerthaus.**  
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.  
Heute  
**Großes Konzert.**  
Berliner Konzerthaus-Orchester. Leiter: Komponist Franz v. Blon.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.  
Freitag, den 21. Januar: **Gr. Fest-Konzert**  
zum Besten des Königin-Augusta-Garda-Grenadier-Regts. Nr. 4 im Felde.  
Berantw. Redakt.: Alfred Dieleky, Neuföln. Inseratenteil beamt. Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Bismarck-Druck u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. Dierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

**Dritter Wahlkreis.**  
Sonntag, den 23. Januar 1916,  
**25. Stiftungsfest**  
Im Gewerkschaftshause, Engelaer 15. 300/2  
**Konzert**  
ausgeführt von Zivilberufsmusikern, unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins „Typographia“.  
Rezitationen: Fräulein Wally Kussel. Humoristische Vorträge von Mitgliedern des „Berliner Uk-Trio“.  
Anfang 6 Uhr. Billetts 30 Pf. Programme gratis.  
Rege Beteiligung der Mitglieder erwartet.

**Rose-Theater.**  
8 1/2 Uhr: **Hans mein Schöfför.**  
Sonntags 4 Uhr: **Rosfärbchen.**  
**Walhalla-Theater.**  
8 Uhr: **Preziosa.**  
Morgen 4 Uhr: 1001 Nacht.

**WINTERGARTEN**  
Die schöne Komödiantin.  
Operette in 1 Akt  
v. Eugen Burg u. Louis Taubstein.  
Musik von **Leo Ascher.**  
Tänze von Ferry Sigmund.  
Mitwirkende:  
Elsa Berna — Lotte Werkmeister  
v. Thalia-Theat. a. G.  
Gustav Matzner — Heinrich Peer  
Julius Spielmann.  
Außerdem:  
u. a.  
Robert Belling, kom. Dressurakt.  
Hun Ganos Chinesentruppe.  
Georg Bauer, Improvisator.  
**Der erfolgreiche Spielplan!**

**Charlottenburger Liedertafel**  
Berliner Sängerehor  
Mitglied des D. A. S. B. — Chormeister Franz Botha.  
Sonntag, den 23. Januar,  
in Volkshaus Charlottenburg, Rosinenstr. 4:  
**Lieder-Abend**  
unter gefl. Mitwirkung des  
Konzertsängers **Carl Raché (Bariton)**  
Anfang 7 Uhr. 57/5 Eintritt 50 Pf.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Zum Schluß:  
**Die von der Emden**  
Anfang 8 Uhr.  
Für Brillenträger  
sowie Personen  
mit schlechtem  
Hörvermögen  
freier Zutritt zu  
d. Stett. Sängern.

**Palast**  
Anfang 8 Uhr.  
**Wieder-Auftreten**  
Wanda **Treumann**  
**Larsen**  
in „Paragraph 80, Absatz 2“  
von W. Kahn.  
Dazu das neue  
Januar-Programm.

**Circus Busch**  
Tägl. 8. Sonntags u. Sonnt.  
8 1/2 u. 8 Uhr das so beliebte  
**Prunk-**  
**Ausstatt-**  
**Stück**  
Ein  
**Winter-**  
**märchen**  
Sonder d. arthart. Januar-Prgr.  
D. weit. ungestörten Anbanges  
wegen  
abermals  
Sonnt. 22. Januar, nachm. 8 1/2 u. 11:  
Gr. Sonder-Jugend-Vorstell.  
mit  
Unge-  
fährlich  
1 Kind frei (außer Gallerie!)  
Sonnf. a. 1 Nachm. tägl. ab 10 Uhr.

**Apollo**  
THEATER  
Direktion Adolf Vogel  
Telef.: Lützow 7541  
Zu dem bisherigen  
**großen**  
Januar - Spielplan  
noch verschiedene  
**neue**  
**Kunstkräfte!**  
insgesamt  
**14 wirkliche**  
**Schlager!**  
Anfang 8 Uhr.  
Billetverkauf 11—1 a. d. Kasse  
sowie Wertheim u. Invalident.

**Admiralspalast**  
**Eis-Arena**  
Großes  
**Eis-Ballett.**  
8 1/2 Uhr.  
Preise 2, 3 und 4 Mark.  
Vorzügliche Küche.  
**Münzen**  
faust Ball,  
Kängensbandlung,  
Schillingstr. 46/47

# Die Wahlrechtsfrage im Abgeordnetenhaus.

2. Sitzung vom Montag, den 17. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Loebell, Lenze, Schorlemer u. a.  
Nachdem das Haus das Andenken der seit der letzten Tagung gestorbenen Mitglieder geehrt hat, wird das bisherige Präsidium wiedergewählt.

## Die erste Lesung des Etats.

Abg. Dr. von Heydebrand (L.)

Beginnt mit einem Dank an die tapferen Truppen draußen. (Bravo!) Das Vaterland hat sich unbestreitbar gezeigt. Redner beurteilt dann den Etat. Die angeforderten Steuererhöhungen sind uns ja allen nicht sehr sympathisch, aber wir glauben, daß es nicht anders geht. Schulden dürfen nicht mit neuen Schulden bezahlt werden. (Zustimmung.) Der Finanzminister hat die Kriegssteuern ein Kolossal für die Dauer des Krieges mit den Großmächtigen genannt. Wir halten das nicht für richtig. Wir müssen uns die Entscheidung über diese gewaltige Belastung von Etat zu Etat vorbehalten. Auch das Reich wird hohe Anforderungen an unsere finanzielle Kraft stellen. Da müssen wir wissen, wie sich die preussische Regierung zu der Frage der Belastung von Vermögen und Einkommen durch direkte Reichssteuern stellt. Mein Vertrauen zur Regierung ist in diesem Punkte nicht unbedingt. Wir haben schon früher durch die Reichsbesitzsteuer wichtige Rechte der einzelstaatlichen Steuererhebung in Frage gestellt worden sind. (Zustimmung rechts.) Das kann nicht so weitergehen. Die Belastung des einzelnen durch direkte Steuern hat seine Grenzen. Sonst muß

### die Auspothierung aller Besitzenden

die Folge sein. (Sehr richtig! rechts.) Geht es auf diesem Wege weiter, wird auch die Selbständigkeit der Einzelstaaten gefährdet. (Lebhafte Zustimmung rechts; linke links.) Wir wissen, was wir am Reich haben, aber wir brauchen auch die Einzelstaaten. Sonst werden die Grundpfeiler unseres Volkstums gefährdet. (Bravo! rechts.)

Mit Freude hat uns das Lob der preussischen Art in der Thronrede erfüllt. Es versteht sich aber von selbst, daß, wenn vom preussischen Volk gesagt werden konnte, daß es sich den größten Anforderungen gewachsen gezeigt hat, sich gerade dieses preussische Volkstum auf Einrichtungen aufbauen muß, die diese Anerkennung verdienen. (Sehr richtig! rechts.) Abg. Dr. Liebknecht ruft: Doch das Dreiklassenwahlrecht! Die Thronrede stellt dem preussischen Volke und den preussischen Einrichtungen ein geradezu glänzendes Zeugnis aus. Eine Regierung, die diese Worte in so feierlicher Form ausgesprochen hat, darf an eine Aenderung der Grundlagen unseres Staatswesens nicht herangehen. (Sehr richtig! rechts.) (Hört! hört! links.) In diesem schrecklichsten Krieg, den die Geschichte kennt, tut jeder seine Pflicht, vom ersten bis zum letzten Mann. Wir wissen auch, was wir im besonderen an unseren Offizieren haben. Es ist herrlich, zu sehen, wie unsere braven Offiziere im Feuer vorangehen sind. Der Soldat tritt für den Offizier ein, aber ebenso auch der Offizier für den Soldaten. (Bravo! rechts.) Wer will es da wagen, gegen diesen Geist der Kameradschaftlichkeit, der kein Geist der Gleichheit, sondern ein

Geist der Erbauung, der Autorität und der Aristokratie ist, auch nur ein Wort zu reden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) (Zustimmung links.) Ich muß nun eine Stelle in der Thronrede so auffassen, daß eine Aenderung unseres Wahlrechts geplant ist. (Zuruf links: Das wäre ja entsetzlich!) und daß man damit die Wünsche entgegenkommen will, die auf der Linken mit einer gewissen Einseitigkeit alle Jahre geäußert werden.

Es ist mir zweifelhaft, ob dieses Entgegenkommen als ausreichend anerkannt werden wird. Den Herren von der Linken muß ich aber sagen, daß es kaum einen Zeitpunkt gibt, der unglücklicher für diese Forderung gewählt wäre als es ein Krieg ist. (Sehr richtig! rechts.) Während eines Krieges ist es das erste Erfordernis, daß unser Volk in Einheit zusammensteht und daß der Bürgerfrieden erhalten bleibt. Da muß alles zurücktreten, was die Einmütigkeit in unserem Volk und in unserem Parteilichen stören würde. (Lebhafte Zustimmung rechts, große Unruhe links; Abg. Dr. Liebknecht: Das ist eine Verhöhnung des Volkes! — Große Unruhe rechts.) Es ist gar keine Frage, daß von einigen Schönheitsfleckern abgesehen, die Gestaltung unserer preussischen Volksvertretung eine den Bedürfnissen des Landes, wie ich behaupte,

### geradezu ideal

entsprechende ist. (Lebhafte Zustimmung links, Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist der Geist der Kameradschaftlichkeit! — Aufse rechts: Ruhe!) — Redner verweist eine das preussische Wahlrecht lobende Aeußerung des früheren Ministers des Innern v. Dallwitz. Die Thronrede sagt nichts darüber, in welcher Weise das Wahlrecht geändert werden soll. Wir gehen bei voller Anerkennung der Vortrefflichkeit der Grundlagen unseres Wahlrechts zu, daß gewisse Schwächen vorhanden sind. Wir wollen daran mitarbeiten, diese Schwächen zu verbessern, wie wir das immer getan haben. Es würde aber den Interessen des Landes direkt widersprechen, wenn man etwa glauben sollte, daß die Erledigung dieser Wahlrechtsfragen wichtiger sei als die Erledigung all der anderen Fragen, die mit dem Kriege zusammenhängen. Glauben Sie denn, daß ein Haus, gegen das von allen Seiten angeführt wird, schnell wieder hergestellt werden kann, wenn nicht alle einig sind beim Wiederaufbau. (Wiederholte Zurufe des Abg. Dr. Liebknecht, die auf der Tribüne nicht verstanden werden.) Herr Liebknecht, wollen Sie denn das System der Keimfragen, so wie Sie es im Reichstag jetzt bestehen, auch hier einführen? (Seitens der Linken: Ja, der Abg. Dr. Liebknecht: Geben Sie Antwort! Geben Sie Antwort! Lebhafte Zustimmung rechts; Ruhe!) Der Präsident ersucht den Abg. Liebknecht, die Unterbrechungen zu unterlassen, da ein Redner seiner Partei nachher zu Worte kommt.) Bei aller Bedeutung, die die Wahlrechtsfrage hat, ist doch nicht zu verkennen, daß es andere Dinge sind, die jetzt unser Herz bewegen. Ein jeder fragt im Stillen, wann wird dieser furchtbare Krieg enden. Leider ist darauf nur zu antworten:

### ein Ende dieses Krieges ist noch gar nicht abzusehen.

Es führt zu nichts, zweifelhafte Wünsche auszusprechen. Ruhen kann in solchen Stunden nur feste Entschlossenheit. (Bravo! rechts, Auf bei den Sozialdemokraten: Entschlossenheit zur Vernunft und Verantwortlichkeit!) Das Gefühl, daß wir an den Grenzen unschuldig sind, ist ein herrliches Gefühl. Die Verantwortung unserer schlimmsten Feinde, zu denen man ja wohl auch Amerika rechnen kann, das diesen Krieg um mindestens ein Jahr verlängert hat, möchte ich nicht tragen. (Erneute Zwischenrufe des Abg. Liebknecht, der vom Präsidenten wiederholt zur Ruhe verwiesen wird.) Unsere Feinde sind trotz aller ihrer Niederlagen noch zum weiteren Kriegsführen entschlossen, sie glauben eben nicht, daß Deutschland einig werden wird. Das ist die furchtbare Verantwortung, die diejenigen übernehmen haben (nach links gewendet), die an dieser Einigkeit zu rütteln beginnen. Aber das Ausland täuscht sich. Im deutschen Volke sind die Kräfte noch lebendig, die uns durchhalten lassen werden, auch wenn wir hungern sollten. (Abg. Hoffmann (Soz.): Sie werden ja nicht hungern!) Wir müssen, wir können und wir wollen auch durchhalten. Wir wollen den Brüdern, die draußen in Schnee und Eis liegen, die schwere Burden für ihr Leben davongetragen

haben, sagen dürfen: Ihr habt unser Vaterland gerettet, aber auch wir haben für unser Vaterland getan, was wir nur tun konnten. (Beifall rechts.)

### Abg. Dr. Fahncke (Sp.):

Die Konservativen wünschten diese Ansprache, um ihrer Unzufriedenheit mit der Thronrede Ausdruck zu geben. Herr v. Heydebrand spielt den früheren Minister v. Dallwitz gegen den Ministerpräsidenten aus und mag das preussische Wahlrecht ein Verlies zu nennen. Es ist jetzt nicht die Zeit, seine Mängel im einzelnen darzustellen; aber ein Wahlrecht, das von 7 1/2 Millionen mehr als 6 Millionen in die dritte Klasse verweist und den größten Teil der Wähler überhaupt vom Wählen absperrt, muß beseitigt werden. Pflicht der Regierung ist es, voranzugehen und sich nicht führen zu lassen, auch nicht von Herrn v. Heydebrand. (Zustimmung links.) Jetzt liegen nicht mehr Verprechungen einzelner Minister vor, sondern die Krone hat gesprochen und ihre Autorität für die Verbesserung des Wahlrechts eingesetzt. Das Volk hat sich politisch reif gezeigt und muß auch entsprechend staatsrechtlich gewertet werden. Gerade die großen Heerführer geben in edler Bescheidenheit den Dank stets an die Truppen weiter. Auch wenn die Leute aus dem Felde heimkehren, wollen sie Vollbürger sein. (Sehr richtig! links.) Man kann unseren Helden nicht Kränze um die Stirne winden und gleichzeitig Rechte vorenthalten. (Sehr wahr! links.) Das Reichstagswahlrecht hat sich national bewährt und die Feuerprobe des Krieges glänzend bestanden, wie es ja auch eine Schöpfung des Krieges ist. Widmark befahl die nötige staatsmännische Anpassungsfähigkeit und das nötige Augenmaß für Menschen und Dinge. (Sehr richtig! links.) Mögen die Herren rechts beweisen, daß sie seines Geistes einen Hauch verspüren. (Sehr gut! links.) Einer Annäherung und Angleichung der konstitutionellen Grundzüge im Reich und in Preußen sollten die am wenigsten Widerstreben, die eine ruhige Entwicklung wünscheln. Herr v. Heydebrand bemängelt den jetzigen Zeitpunkt als geeignet für die Wahlreform. Nach unserer Meinung muß sie

### nach vor den nächsten allgemeinen Wahlen

kommen. (Beifall links.) Das Parlament soll nicht der Ausdruck der Willensmeinung einer Minderheit, sondern der Willensmeinung der Mehrheit sein. (Sehr richtig! links.) Hier und da zweifelt man an der Erfüllung des Versprechens der Thronrede. Es wäre eine nicht wieder gutzumachende Minderung des Ansehens und eine Erschütterung der Autorität der Regierung, wenn das in der Stunde des Unglücks dem Volke gegebene Versprechen in der Stunde des Glücks vergessen würde. (Sehr gut! links.)

Am einige Worte zum Etat. Die Fehlbeträge müssen gedeckt werden. Eine organische Neuordnung des gesamten Steuerwesens wird nach dem Kriege kommen, und die Reichsfinanzreform wird einen sozialen Zug enthalten müssen.

Der Forderung auf Aufhebung der Zensur und des Lagerungsstandes stimmen wir nicht zu, doch verlangen wir, daß Mißbräuche nach Möglichkeit vermieden werden. Bezüglich des Prekerlasses des Ministers v. Loebell ist ja eine Abschwächung und ein Rückzug erfolgt, doch ist soviel noch bestehen geblieben, daß wir verlangen müssen, die Regierung muß auf solche Mittel verzichten. (Sehr richtig! links.) Mit dem Verbot der Erörterung der Kriegsziele sind wir einverstanden. — Herr v. Heydebrand hat die Selbständigkeit der Einzelstaaten stark betont. Demgegenüber muß ich hervorheben, daß das Ganze über dem Teil steht, aber Preußen steht das Reich. (Lebh. Beifall links.)

### Abg. Herold (Z.):

Ueber die Kriegsziele brauchen wir nur zu sagen, daß der Friede und ein Ausgleich für die furchtbaren Opfer des Krieges

### auch durch angemessene Gebietsveränderungen

bringen muß. (Zustimmung im Zentrum.) Für die in der Thronrede angebotene Verbesserung des Wahlrechts ist meine Partei immer eingetreten, vor allem für die Einführung der geheimen Stimmabgabe. Freilich müssen wir befürchten, daß bei der Beratung der Vorlage, der wir entgegenstehen, die Parteigegensätze wieder hervortreten werden. — Im Reichstag wurde vorgeschrieben der einmütigen Entschließung aller Parteien über die beim Sarajewo-Fall verübten Schandthaten Ausdruck gegeben. Ich bin überzeugt, daß alle Mitglieder dieses Hauses dieselbe Empörung empfinden. (Beifall.)

### Abg. Dirich - Berlin (Soz.):

Der gewaltige Einfluß des Krieges auf das gesamte Wirtschaftsleben hat wohl niemand von uns übersehen. Er spiegelt sich vor allem in den Ergebnissen des Rechnungsjahres 1914. Wir sind mit dem Finanzminister der Meinung, daß es unter den heutigen Verhältnissen unmöglich ist, das Defizit des Jahres 1914 auf eine Anleihe zu übernehmen. Deshalb halten wir den Weg neuer Steuern für richtig, wenn wir auch in Einzelfällen von den Vorschlägen der Regierung abweichen. Zweifelhaft erscheint es uns, ob die für das Jahr 1915 veranschlagten Einnahmen auskommen werden. Auch der Etat für 1916 beruht ja nur auf Schätzungen. Wir wollen hoffen, daß der Krieg nicht mehr allzu lange dauert und bald wieder normale Verhältnisse eintreten. Der Abg. v. Heydebrand meinte betreffs der Kriegslage, es führe zu nichts, zu jammern, zu Klagen, Wünsche auszusprechen. Gewiß, aber vielerlei führt es doch zum Ziel, wenn wir einmal die ruhige und nächste Ueberlegung Platz greifen lassen. Als wir im vorigen Sommer auseinandergingen, gaben wir uns der Hoffnung hin, daß wir in diesem Frühjahr unsere Arbeiten im Zeichen des Friedens würden erledigen können. Diese Hoffnung ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Der Krieg hat vielmehr an Ausdehnung zugenommen und noch immer ist sein Ende nicht abzusehen. Mein Freund Braun hat bereits in der letzten Tagung auf das Entschiedenste

### gegen Annexionsbestrebungen aller Art,

gegen eine Eroberungspolitik, die den Keim zu neuen Kriegen in sich trägt und die Erreichung des Friedens noch weiter hinauschiebt, protestiert. Er hat damit der einkimmigen Anschauung meiner Parteifreunde Ausdruck gegeben. Der Vizepräsident des Staatsministeriums hat sich damals gegen meinen Freund Braun gewendet und gesagt, im Kriege dürfe nur der eine Gedanke maßgebend sein, den Krieg so zu beendigen, daß man nicht noch einmal einen solchen Krieg zu führen hat. Das ist auch unsere Meinung. Nur glaube ich, daß über den Weg, der zu diesem Ziele führt, unsere Ansichten sich von denen der anderen Parteien weit unterscheiden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Besetzt von dem Wunsche, alles zu tun, um den Frieden herbeizuführen, haben sich meine Freunde noch einmal sehr eingehend mit der Frage beschäftigt. Sie haben gegen eine Minderheit ihre Wünsche in einer

### Erklärung

niedergelegt und mich beauftragt, diese Erklärung zu verlesen. „Die Regierung keines Landes hat bisher ihrem Friedenswillen öffentlich in einer Form Ausdruck verliehen, die es den

Regierungen anderer Kriegführenden Länder oder einer neutralen Regierung ermöglicht, amlich Friedensverhandlungen anzuknüpfen. Der deutsche Reichskanzler hat am 9. Dezember 1915 im Reichstage erklärt: „Konnen uns unsere Feinde mit Friedensangeboten, die der Würde und Sicherheit Deutschlands entsprechen, so sind wir alle Zeit bereit, sie zu diskutieren. In dem vollen Bewußtsein der großen, von uns erstrittenen und unerschütterlich bestehenden Waffenerfolge lehnen wir jede Verantwortung für die Fortsetzung des Kriegs ab, das Europa und die Welt erfüllt. Es soll nicht heißen, wir wollten den Krieg auch nur um einen Tag unnötig verlängern, weil wir noch dieses oder jenes Hauspfand erobern wollten.“ Diese Worte sprechen ebenso wenig wie ähnliche Regierungskundgebungen der anderen Kriegführenden eine Friedensbereitschaft aus, die zu Friedensverhandlungen führen könnte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie betunden allerdings die Bereitschaft zu einem Frieden, aber nur auf Grundlage des eigenen Sieges und seiner Anerkennung durch Unterwerfung des Gegners. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen, daß der Reichskanzler, der öffentlich kein Wort des Widerspruchs gegen die ungeheuerliche Annexionspolitik wichtiger wirtschaftlicher Verbände und anderer höchst einflussreicher Kreise gefunden hat, nicht nur diese Pläne entschieden zurückweist, sondern sich

### von jeder Annexionspolitik löst.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), die das entscheidende Hindernis für jeden Friedensschluß ist und die Entschlossenheit der Feinde zum Widerstande bis aufs äußerste steigern. Die Drohung des Reichskanzlers: je länger und beherrschter die Feinde den Krieg gegen uns führen, um so mehr würden die von ihnen an die Neutralmächte zu leistenden Garantien wachsen, muß die Erbitterung noch vermehren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Fortsetzung dieser imperialistischen Weltpolitik muß notwendig dazu führen, den Frieden in unabhöhbare Ferne zu rücken und die europäische Bevölkerung und Kultur in dem immer wahnwitzigeren Erschöpfungstamps zu vernichten, in dem es

### keinen Sieger, nur Besiegte

geben wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Selbstverständlich darf auch nach sozialdemokratischen Grundgesätzen kein Mensch Deutschland einen Frieden zumuten, der unsere politische und wirtschaftliche Selbständigkeit antastet, schon deshalb nicht, weil der unterliegende Teil, nicht zuletzt die Arbeiterklasse, die Folgen eines solchen Friedens als unerbötlich empfinden und weil damit nur die Wiederholung der jetzigen Völkerschächterei heraufbeschworen werden würde. Unsere Existenzmöglichkeiten eröüden wir nicht in der Schaffung eines imperialistischen Groß-Deutschlands oder Mitteleuropas, sondern in politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Völker zueinander, wie sie durch den

### Ausbau der Demokratie, die Beseitigung der Geheimdiplomatie

und die auf freier Vereinbarung beruhende Aufhebung der Zollbarriere herbeizuführen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Umgekehrt können wir als internationale Sozialdemokraten, getreu unseren programmatischen Grundgesätzen und unserer ganzen Weltanschauung, auch niemals die Hand dazu bieten, daß andere Völker unterjocht werden und ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und Selbständigkeit angetastet wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denn wir empfinden die Leiden der Proletarier der uns heute feindlich gegenüberstehenden Länder genau so, wie die Leiden unserer eigenen Volksgenossen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Feinde werden nur dann zu einem Frieden geneigt sein, wenn ihnen die gleiche Sicherung und Wahrung ihrer nationalen Rechte und Interessen gewährleistet wird, wie wir Sozialdemokraten sie für Deutschland beanspruchen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Insbesondere verlangen wir, daß

### die völlige Unabhängigkeit und Selbständigkeit Belgiens

wiederhergestellt und das diesem Lande zugehörige und selbst vom Reichskanzler am 4. August 1914 eingestandene Urecht in vollem Umfange wieder gutgemacht wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Lachen rechts.) Nach dem Kräfteverhältnis der verschiedenen Staaten muß jeder nächste Richter als eine Utopie betrachten, daß die eine oder die andere Seite einen Sieg erringen könnte, so gewaltig, um dem Gegner die Friedensbedingungen zu diktiert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In keinem Lande hat das Volk den Krieg gewollt. Ueberall heißen die Massen immer ungestüm, daß dem entsetzlichen Untergange ein Ende gemacht und der Zerrüttung des Volkswohlfandes Einhalt geboten wird. Unübersehbar sind schon jetzt die Opfer. Jeder Tag läßt das Meer von Blut und Tränen anschwellen. Sind sich diejenigen, die den Krieg heraufbeschworen haben, die das furchtbare Maß der Schuld gegenüber dem eigenen Volke wie gegenüber der gesamten Menschheit tragen, ihrer Verantwortung bewußt? Geugt ihnen nicht vor dem Anwachsen der Erbitterung, zu der die Verlängerung des Krieges die Massen aufpeitschen muß? (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Regierungen der kriegführenden Länder heute noch nichts von einem Frieden wissen wollen, so sehen sie sich damit aufs neue in schärfsten Widerspruch zu der großen Masse der Bevölkerung, die nichts so heftiger herbeiwünscht, als sich wieder friedlicher Kulturarbeit widmen zu können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Millionen blühender Menschenleben sind vernichtet worden, weitere Millionen sind vertriebelt oder mit schleichendem Elend behaftet; zahllose Existenzen sind zerstört worden. In wenigen Monaten wurde die Kultur eines Jahresrückes zerrüttet. Dieser Jahresrückes wird es bedürfen, um das Zerfallene wieder aufzubauen. Die Regierung, die auch jetzt noch nicht die Hand zum Frieden bietet, häuft das Maß der Schuld gegenüber der gesamten Menschheit wie gegenüber dem eigenen Volke. Wir fordern, daß die deutsche Regierung den Regierungen anderer Länder voran-

### ihre Eroberungspläne aufgibt,

damit die Bahn für den dem Wohle der Menschheit dienenden Frieden geebnet wird. Der Ausdruck und der Verlauf des Krieges hat vor aller Welt das imperialistische Gewaltsystem gebrandmarkt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nicht durch die Macht der Wajonette, nicht durch Eroberungen und Vergewaltigungen, nicht durch das Aufwerfen neuer Volkwerke in Gestalt von Gebietsveränderungen kann Frieden und Kultur gesichert werden, sondern nur durch die bewußte Opfer- und kampfbereite Interessensolidarität der Proletarier aller Länder.“ (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Eine Frage, die uns hauptsächlich bewegt, ist die Lebensmittelfrage. Für die Masse derer, die unter der

### Leuerung

Leiden, ist es nur ein schwacher Trost, daß es dem Auslande vielleicht noch schlechter geht. Keine Freunde haben von Anfang an die Notwendigkeit eines gesetzlichen Eingreifens anerkannt und immer wieder versucht, die Regierung auf den richtigen Weg zu bringen. Man hat die meisten dieser Ratsschlüsse zurückgewiesen, sie als unbrauchbar bezeichnet, obwohl man später selbst zu einigen dieser Mittel gegriffen hat. Soweit Preissteigerungen die unabwendbare Folge des Krieges sind, werden wir uns damit abfinden müssen. Aber darüber hinaus sind durch verkehrte Maßnahmen der Regierung, durch zu gar tiefe Rücksichtnahme auf die Produzenten, durch Spekulationen von Händlern die Preise der Waren in die Höhe getrieben oder auch Waren künstlich zurückgehalten worden. Selbst heute wird noch teilweise ein schamloser Wucher mit Lebensmitteln getrieben. Der Redner nimmt wiederum auf frühere Äußerungen seines Parteifreundes Braun gegen den Lebensmittelwucher Bezug. Braun hat es als eine Ehrenpflicht bezeichnet, diesen gefährlichen inneren Feind mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Pastor Göbe aus Dortmund schreibt in Nr. 48 der „Christlichen Freiheit“: „Als England uns auslängern wollte, da haben sich alle freudig beschränkt und trotz viel Verlust, damit der Plan mißlinge und das Vaterland gerettet werde. Heute liegt es anders. Ob auch manches fehlt, was sonst das Leben schmückte, so ist dem Lande genug gewachsen, daß der Krieger Frauen nicht zu darben brauchen und ihre Kinder nicht verkommen mühen. Aber heute sind es Deutsche, die ihr eigenes Volk entbehren lassen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Feinde der eigenen Nation, Vaterlandslose Gesellen in der ganzen Schwere dieses Wortes. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie wagen wir da noch zu schelten auf den Krämergeist des Inselvolkes! Wohl weiß ein jeder, daß der Krieg die Preise steigert. Aber was hier geschieht, ist Vaterlandsverrat. . . . Daß das Volk bei allem tausendfachen bewiesenen Opfermut niedriger Ausbeutung preisgegeben sein soll, das wird es nie verzeihen. Was der Ernst des Krieges uns an Segen brachte für die deutsche Einheit, das wird freventlich zerstört. Gleich Sturmwinden sollen jetzt die Stimmen aller gutgesinnten Hilfe fordernd an den Stufen der Regierung branden, daß man es dort merkt: Es ist höchste Zeit!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Finanzminister meinte allerdings, nicht Wucher und Habgier der Landwirtschaft und des Handels, sondern Futtermangel und Leuerung seien die Ursache für das Steigen der Preise vieler Lebensmittel. Man kann selbstverständlich den Vortour des Wuchers und der Habgier nicht gegen die Landwirtschaft in dieser Allgemeinheit erheben. Das haben auch wir niemals getan. Ueble Auswüchse sind eben die Folge unserer Wirtschaftsordnung. Der Finanzminister fragte, ob wir gegenüber den fruchtbareren Gegenden unserer Truppen nicht einmal es vermöchten, ohne Rurren und ohne Klagen unsere Lebensbedürfnisse zu verändern. Ja, wenn es nur darauf ankäme, dann wäre es wunderbar, um uns bestellt. Wer viel hat, kann sich manches verlagern, ohne darben zu müssen. Wie sieht es aber mit den breiten Massen des Volkes aus?

**Die Regierung kennt die Not des Volkes und seine wahre Stimmung nicht.**

Heute sind weite Kreise des Volkes zweifellos unterernährt. Ist es nicht die vornehmste väterländische Pflicht, für die Gesundheit der kommenden Generation zu sorgen? Die bisherigen Untersuchungen zeigen, daß die Schuljugend im Wachstum zurückgeblieben ist und an Körpergewicht abgenommen hat. Alles, was bisher zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und der Tuberkulose geschehen ist, die Früchte jahrzehntelanger Tätigkeit gehen verloren, wenn hier nicht energisch zugegriffen wird. Leider scheint der Einfluß Preußens, vor allem des preussischen Landwirtschaftsministeriums, so manche notwendige Maßnahme der Reichsregierung zu verhindern aus allzu großer Rücksichtnahme auf die Interessen der Landwirtschaft.

Daß die Fühlung zwischen Volk und Regierung fehlt, ist kein Wunder; hindert doch

### die Zensur,

die bei uns mindestens ebenso scharf gehandhabt wird wie im Auslande, das auszusprechen, was ist. Dadurch wird nicht nur das Volk im Unklaren gehalten, sondern auch die Regierung kann sich nicht belehren. Je länger der Krieg dauert, desto schlimmer sind die Verhältnisse der Zensur geworden. Auch der Belagerungsstand wird weit rigoros gehandhabt als zu Beginn des Krieges. Das Vereins- und Versammlungsrecht ist neuerdings völlig illusorisch gemacht. Man stellt an die Redner Anforderungen, die sie absolut nicht erfüllen können, man verlangt Anmeldungen von Versammlungen 48 Stunden vorher, man verlangt die Einreichung des Manuskripts — kurz, von einem eigentlichen Vereins- und Versammlungsrecht ist heute gar keine Rede. In der Budgetkommission wird hierüber sowie über den bekannten Erlaß durch den Minister des Innern zu reden sein. Mit dem Zensurwesen erreicht man nichts.

### Kriegsfürsorge.

Es findet unsere volle Anerkennung, daß die Regierung weitere 110 Millionen zu Verfügung für Gemeinden und Gemeindeverbände fordert. Wir erkennen an, daß die zahlreichen Erlasse des Ministers des Innern auf dem Gebiet der Kriegsfürsorge von Wohlwollen diktiert sind und einen sozialen Geist atmen. Sie werden aber in der Praxis von den untergeordneten Behörden vielfach nicht befolgt. Immer noch gelten an vielen Orten für die Kriegsfürsorge armenrechtliche Grundsätze, obwohl der Minister das ausdrücklich als ungesetzlich erklärt hat; immer noch wird in zahllosen Fällen die Unterbringung zu Unrecht verweigert; allerdings hat der Minister, wo er davon Kenntnis erhielt, Wandel eintreten lassen, und wenn zu Unrecht verfahren war, für Remedur gesorgt. Aber viele Gemeinden unterliegen aus Mangel an Mitteln oder an der nötigen Einsicht die Familien der Kriegsteilnehmer nicht ausreichend. Zahlreiche Gemeinden, namentlich die großen, haben hier viel geleistet. Aber auch hier sind einmal erschöpft, sie können nicht ins Blaue hineinwirtschaften. Wenn heute die Kriegsfürsorge vielfach noch zu wünschen übrig läßt, so liegt das in der Hauptache an dem Mangel des Geldes, das nicht auf einen so langen Krieg ausgereicht ist. Das haben die preussische und die Reichsregierung durch die verschiedenen Änderungen des Gesetzes anerkannt. Der Kreis der unterstützungsberechtigten Personen ist ausgedehnt, die Mindestsätze sind erhöht worden; allerdings reichen wir auch jetzt noch nicht aus. Die Erhöhung beträgt 25 Proz., die Lebensmittel sind aber teilweise um 100 und mehr Prozent gestiegen. Zahlreiche Krieger ohne Angehörige, Junggesellen u. dergl., keine Handwerker, keine Geschäftsleute mühten ihr Geschick zu schlichten und ins Feld ziehen. Für sie geschieht auf Grund des Gesetzes absolut nichts. Wenn diese aus dem Felde zurückkehren, sind nicht nur ihre kleinen Ersparnisse verzehrt, die Mittel, die sie ins Geschäft hineingesteckt haben, verpulvert, sondern ist vielleicht ihre Existenz vollkommen vernichtet und sie müssen wieder von vorne anfangen. Wir freuen uns, daß die Regierung für die aus dem Felde heimkehrenden Krieger des Mittelstandes durch Notkreditdarlehen sorgen wird, vielleicht wären nicht zurückzahlbare Darlehen besser. Noch richtiger wäre es, nicht erst zu warten, bis sie aus dem Felde zurückkehren, sondern schon jetzt Mittel auszuwerfen, um ihre wirtschaftliche Existenz noch Möglichkeit aufrechtzuerhalten. Unsere volle Anerkennung finden die Aufwendungen für *Opfer*, dagegen bedauern wir lebhaft, daß Preußen immer noch nichts für die Väterung der

### Rollage der Textilarbeiter

geman hat. Die Textilindustrie ist größtenteils durch die verschiedenen Maßnahmen der Seeresverwaltung in eine sehr prekäre Lage gekommen. Das gilt nicht nur für Beschlagnahmen, Aus- und Durchfuhrverbote, sondern trotz Vorliegens zahlreicher Privataufträge ist die Produktion durch eine ganze Reihe von Herstellungsverböten direkt unmöglich gemacht. Zahlreiche Textilarbeiter und -arbeiterinnen befinden sich durch Arbeitslosigkeit in einer Kollage. Der Bundesrat hat nun zur besonderen Unter-

stützung der Textilarbeiter außerordentliche Mittel bereitgestellt. Eine ganze Reihe von Bundesstaaten hat infolge dessen für die Textilarbeiter besondere Unterstüzungssätze festgesetzt, nur nicht Preußen. Hier ist noch nichts geschehen.

Neben den Aufwendungen des Staats und der Gemeinden und der Arbeitgeber können sich auch die Aufwendungen der gewerkschaftlichen Organisationen selbst durchaus sehen lassen.

Ueber die Gestaltung des Wohnungsmarktes nach dem Kriege haben wir uns schon im vorigen Jahre in der Budgetkommission unterhalten. Leider ist bisher noch nichts veranlaßt. Die private Bautätigkeit wird auf dem Wohnungsmarkt verfallen. Kleine Wohnungen werden namentlich in den Industriezentren immer stärker begehrt sein. Erfahrungsgemäß schwillt auch nach jedem Kriege die Zahl der Eheschließungen an. Auch das trägt zur Verstärkung der Wohnungsnot bei. Die Regierung wird wohl am besten durch Gewährung von Darlehen zu mäßigem Zinsfuß an die Hersteller kleiner Wohnungen dem Wohnungselend steuern können. Ueberhaupt wird nach dem Kriege die Regelung des Arbeitsnachweises durch Gesetz notwendig sein.

Wir sind mit dem Grundgedanken der

### Kriegsteuer

einkerkanden. Besser wäre allerdings eine organische Regelung des Steuerwesens gewesen. Die Reform ist seit an der Steuerreform der Westenden gescheitert. Aber diese Gegner sind jetzt so patriotisch gesinnt, daß sie der Regierung ihre Mitarbeit zu diesem Reformwerk unmöglich versagen können. Auch das Kommunalsteuerrecht muß neu geregelt werden. Die Regierung will die Einkommensteuergesetze bei Einkommen unter 2400 Mk. unverändert lassen. Diese Grenze erscheint uns allerdings zu niedrig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Grenze für das steuerfreie Existenzminimum müßte von 900 Mk. wesentlich heraufgesetzt werden, weil der Wert des Geldes erheblich gesunken ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unverständlich ist es mir, warum die Vermögenssteuer nicht stärker angepaßt wird. Sie ist doch wahrlich niedrig genug bei uns in Preußen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ein Entgegenkommen gegen die Agrarier. Graf Mirbach hat doch kürzlich in „Tag“ gefordert, das Vermögen von der Ergänzungsteuer möglichst zu verschonen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In der Presse und in den Ausführungen des Herrn v. Scheidebrand kommt deutlich der Widerstand gegen eine Reichseinkommensteuer zum Ausdruck. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir widersprechen entschieden dem Grundgedanken, daß die direkten Steuern der Einzelstaaten vorbehalten bleiben sollen, da sonst die Minderbemittelten durch das Reich noch mehr belastet werden mühten als es ohnehin vorausichtlich schon der Fall sein wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Bei der Verwaltung ist während des Krieges manches besser geworden. Die Regierung hat die Politik der Radeltische ausgegeben. Sie hat sogar

### sozialdemokratische Stadträte

bestätigt. Allerdings hat man manchen nur dann bestätigen wollen, wenn man sich zur Mehrheit der Reichstagsfraktion bekennen würde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber hier scheint wenig Uebereinstimmung zwischen den einzelnen Ressortministern zu herrschen. So sollte die Wahl von zwei sozialdemokratischen Stadtratsmitgliedern zur Schuldeputation in einem Berliner Vorort nur dann bestätigt werden, wenn sie sich schriftlich verpflichteten, während der Dauer ihrer Mitgliedschaft in der Schuldeputation erjenseits die Pflichten, welche der allgemeine Staatsdiener einem Schulbeamten auferlegt, zu beachten (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). — haben Sie auch eine solche Anfrage bekommen? —, zweitens sich jeder Befähigung der bestehenden Staatsordnung zu enthalten und ihre Stellung nicht zur Förderung von Parteizwecken zu mißbrauchen, drittens die üblichen Ehrenbezeugungen gegen den Landesherren, z. B. bei Schulfeiern usw., nicht durch ihr Verhalten zu stören. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In diesem Schreiben kommt doch deutlich zum Ausdruck, daß man diese Herren nicht als gleichberechtigte Staatsbürger ansieht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Allerdings ist die Befähigung nachher ohne weiteres erfolgt, da die Herren selbstverständlich solche beleidigenden Zumutungen ablehnen.

Auch im Ressort des Ministers der öffentlichen Arbeiten ist es besser geworden. Man macht jetzt auch der Organisation der Eisenbahner keine Schwierigkeiten mehr. Wie wird es aber nach dem Kriege werden? Öffentlich nimmt man den Arbeitern dann nicht wieder ihre Rechte. Die unbedingte Sicherung der Ausübung aller Staatsbürgerrechte ist nach wie vor grundsätzlich für die in staatlichen Verkehrranstalten beschäftigten Arbeiter zu fordern. Auch mit der Gefindeforderung sollte in Preußen endlich einmal aufgeräumt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

### Die

### Polen- und Dänenpolitik

muß endlich aufgegeben werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts der Worte in der Thronrede von dem ungeheuren Erleben dieses Krieges ist es unbegreiflich, daß man immer noch Staatsbürger unter Ausnahmegefehe stellt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch sonst sind großartige Reformen in unserer inneren Verwaltung notwendig. Die wichtigste Reform betrifft das Wahlrecht. Aber schon diese wenigen Worte, die wirklich inhaltslos genug sind, haben Herrn v. Scheidebrand so aufgeregt, daß er hier eine Rede gehalten hat, die wirklich nicht zur Wahrung und Förderung des Burgfriedens beitragen wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben schon lange vor dem Kriege nicht nur die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, sondern das

### allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht

für alle großjährigen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts verlangt und halten an dieser Forderung fest. Gerade die heutige Zeit ist geeignet, dem Dreiklassenwahlrecht ein Ende zu machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Scheidebrand betrachtet das Dreiklassenwahlrecht als ein Ideal und will nach der Beendigung des Krieges vor der Wahlreform noch eine ganze Reihe anderer Fragen lösen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann werden wir allerdings heftige Kämpfe haben. Wir werden dem Volk immer wieder vor Augen führen, daß man ihm neue Opfer und neue Pflichten auferlegt, ihm aber keine neue Rechte vorenthält. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Versprechungen allein genügen nicht mehr. 1908 ist in viel präzisere Form aus dem Munde des Königs selbst, nicht durch den Ministerpräsidenten, eine Wahlreform verheißen worden, es hat lange gedauert, bis die Vorlage an den Reichstag gekommen ist. Ihr Schicksal ist Ihnen bekannt. Die Spuren schreien. Wir müssen leider fürchten, daß die Rechte der kommenden Wahlrechtsvorlage einen noch schärferen Widerstand als der Vorlage 1910 entgegensetzt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir wissen heute noch nicht, wann die Vorlage kommt und wie sie aussieht. Öffentlich gibt der Minister den dunklen Anregungen der Thronrede einen Kommentar. Der Finanzminister hat in warmen Worten die Verdienste der Frau in der jetzigen Zeit anerkannt, seine Worte werden wir uns merken, wenn wir wieder das Frauenwahlrecht fordern. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Wahlrechtsforderungen haben sich nicht geändert. Wir fordern das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht nicht nur für das Abgeordnetenhaus, sondern auch für die Gemeindevertretungen. Das ist keine Belohnung, sondern ein Naturrecht, das man dem Volk gewaltig vorenthalten hat. Wenn die Regierung jetzt im Kriege keine Wahlreform bringen will, so mag sie sich auf die Punkte beschränken, für die hier im Hause eine Mehrheit vorhanden ist. Das ist das geheime und direkte Wahlrecht.

Das geheime Wahlrecht wird ganz besonders notwendig, weil das Reich neue Monopole schaffen will und die Zahl der abhängigen Wähler dadurch immer größer wird. Wird das geheime und direkte Wahlrecht eingeführt, dann würde wenigstens das Wahlgeheimnis gewahrt. Die richtige Stimmung der Bevölkerung läme ja auch dann noch nicht zum Ausdruck, weil alle die anderen Schön-

heiten des Dreiklassenwahlrechts fortbestehen. So wird es wahrscheinlich dahin kommen, daß wir auch 1918 wieder ein Haus bekommen, das man als wirkliche Vertretung der Anschauungen des Volkes nicht bezeichnen kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Würde die Regierung das geheime Wahlrecht einführen, dann könnte sie mit viel größerem Nachdruck die Befestigung des Dreiklassenwahlrechts vom Landtage fordern. Unserer Unterstützung wird sie dabei sicher sein. Vor allem muß die Regierung aber endlich die Grundlage ihrer Reform, nicht nur des Wahlrechts, sondern auch der

### Neuorientierung ihrer Politik

anderten und es nicht bei allgemeinen Redewendungen belassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nur zum Schluß! Auch wir wissen, welchen Dank wir allen denen schuldig sind, die vor dem Feinde unter ungeheuren Strapazen und Entbehrungen tagtäglich dem Tod ins Auge schauen; wir wissen auch, welchen Dank wir denen schuldig sind, die daheim unter Hintanhaltung ihrer persönlichen Interessen dazu beitragen, die Not des Volkes zu lindern und das Wirtschaftsleben aufrechtzuerhalten. Auch wir gedenken dankerfüllt aller derer, die fern von ihrer Familie in fremder Erde ruhen oder sich oder verkrüppelt in die Heimat zurückgekehrt sind. Aber nicht durch Worte, sondern durch Taten wollen wir ihnen unseren Dank abtrotzen, durch Taten, indem wir in ausreichendem Maße für sie und ihre Familien sorgen, indem wir helfen, ihnen nach der Rückkehr aus dem Felde wieder eine Existenz zu schaffen, und endlich, indem wir mitarbeiten an der Schaffung eines neuen Preußen, eines Preußen, in welchem das Wort der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz endlich zur Wahrheit werde. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

### Minister des Innern v. Voelckel:

Wir wollen einen ruhmvollen Frieden, der uns unsere Zukunft gewährleistet, der es unmöglich macht, daß wir noch einmal durch einen konzentrischen Angriff überfallen und von allen Seiten überfallen werden. Immer schwerer wird der Krieg, immer zahlreicher werden die Wunden, die er schlägt. Aber es muß alles getragen werden, bis das Ziel erreicht ist. Ein Geist, ein Wille, ein Herz erfüllt das Volk. (Zuruf der Sozialdemokraten.) Sagen Sie (zu den Sozialdemokraten) Ihre Ansichten näher, wenn wir Ihre Reden anhören müssen. (Zustimmung.) Es ist bedauerlich, daß in diesem Hause eine Erklärung abgegeben worden ist, die ihrem ganzen Inhalt nach der Ueberzeugung und dem Willen des deutschen Volkes widerspricht (Sehr wahr!), die nur im feindlichen Auslande Gefallen und Beifall finden wird. (Zustimmung und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Das deutsche Volk hat für Geist und Sinn dieser Erklärung kein Verständnis. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Woher wissen Sie das!) Diese Erklärung steht nicht im Einklang mit dem wahren Volksgeist dieser Zeit und wird vor allem nicht verstanden werden von denen, die für uns kämpfen. Wenn die Wahrheit den Zugang zu den feindlichen Ländern noch nicht ganz verloren hat, so wird man dort verziehen, was die Kundgebungen der Vertreter der anderen Parteien zu bedeuten haben. Das Deutsche Reich muß sich mit Blut und Eisen seinen Weg bahnen zur Erfüllung seiner weltpolitischen Bestimmung. Deutlicher als alles hat die Belastungsprobe des Weltkrieges bewiesen, wie leistungsfähig und anpassungsfähig die Organisation des preussischen Staates ist. Die Lösung der Ernährungsfragen wäre nicht möglich gewesen ohne die Leistungen der deutschen Landwirtschaft, die gegenwärtig die erste in der Welt ist, und ohne die unermüdete pflichttreue Arbeit der Verwaltung. Wir hatten wohl Sorgen, aber wir haben

### keine Not.

Jeder Deutsche weiß und muß wissen, daß, solange die Waffen nicht ruhen, die Aufgaben des öffentlichen Lebens der Friedenszeit nur unter Ausschluß der Männer, die draußen vor dem Feinde stehen, in Angriff genommen werden könnten. Diese Männer aber sollen und wollen daran teilnehmen. Bis Deutschlands Krieger wieder heimkehren, müssen sich diejenigen gedulden, die Wünsche für die Lösung großer nationaler Aufgaben haben. Heute, wo das gesamte deutsche Volk die Hoffnung auf die bisher unerreichbare oder unerfüllbare Gewährung des einen oder anderen Wunsches noch hinausgeschoben muß, heute halten auch die Parteien zusammen im Wunsch nach siegreicher Beendigung des Krieges. Die Regierung wird das Ihre tun, um diese Einmütigkeit weiter zu bewahren. Aber Sie wissen ebenso wie die Regierung, daß es nicht die extremen Forderungen sind, die die Parteien zusammenzuführen vermögen. Die Regierung hat die Pflicht, darüber zu wachen, daß der preussische Staat mit seiner historisch gerechtfertigten Eigenart und Gestalt erhalten bleibt, denn sie fühlt sich für diese Aufrechterhaltung vor der Weltgeschichte verantwortlich. Es ist daher ganz selbstverständlich, daß die Regierung über der Verwältigung der dringenden Kriegesarbeit nach dem Maße begrenzter Kräfte und sehr begrenzter Zeit auch Aufgaben ins Auge faßt für die kommende glückliche Friedenszeit. Die volle Summe dieser Aufgaben wird erst übersehen und angemessen werden können, wenn die Wirkungen des Krieges auf politischem, wirtschaftlichem und geistigem Gebiet sich übersehen lassen, wenn die Grenzen des Vaterlandes feststehen. Denn dieser Krieg bedeutet einen so gewaltigen und tiefen Eingriff in das Leben von Volk und Staat, daß man nicht im einzelnen schon jetzt Änderungen auf dem Gebiete der Politik und Verwaltung, die dem Kriege nachfolgen sollen, bestimmen kann. Das würde bedeuten, die geschichtliche Entwicklung überholen. Es muß da abgewartet werden, bis auch Preußen in der Lage ist, die sich dann ergebenden Forderungen der Zeit aufzunehmen, ohne sich von ihnen fortziehen zu lassen. Zu den Forderungen und Aufgaben, die die Regierung für die Zeit nach dem Kriege in Aussicht genommen, gehört, wie ich ausdrücklich betone, eine

### Änderung der für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

Jetzt kann eine endgültige Lösung dieser vor dem Kriege in Angriff genommenen, aber nicht beendeten Frage nicht erfolgen. Sollte der Gedanke aufkommen sein, als bedeute die Lösung dieser Frage so etwas wie ein politisches Entgelt für die patriotische Pflichterfüllung auch der politischen Kreise, denen die Frage besondere Herzenssache war, so weise ich diesen Gedanken ganz entschieden zurück. Die Pflichterfüllung gegenüber dem Vaterlande trägt ihren Lohn in der Verteidigung des eigenen Pflichtbewußtseins. Politische Belohnungen für Vaterlandsliebe gibt es nicht. Es sind Kriegserfahrungen an anderer Art, die die Regierung bestimmen. Sie erkennen in dem Geist gegenseitigen Vertrauens und Vertrauens, der sich im Kriege so festhaft bewährt hat, die Sicherheiten, die die politischen Voraussetzungen für das Gelingen des wichtigsten gesetzgeberischen Werkes sind, und die in den vergangenen Friedenszeiten gefehlt haben. Die Regierung weiß, wie diese unstrittene Frage jahrelang die Parteien voneinander geschieden hat. Sie sieht in der in der jetzigen ersten Zeit gewonnenen Einmütigkeit der Parteien einen zu kostbaren Gewinn der Kriegszeit, als daß sie nicht alles tun wird, ihn zu erhalten. Die Regierung ist deshalb auch entschlossen, wenn die Waffen ruhen und das politische Leben in Preußen und Deutschland wieder eingezogen sein wird,

### es von dieser unstrittenen Frage dauernd zu entlasten.

(Bravo!) Die Regierung hofft und erwartet, daß sie alle Parteien an ihrer Seite finden wird, wenn sie dem Abgeordnetenhaus für seine Beratungen die gesetzgeberischen Unterlagen unterbreitet. Das wird nach dem Kriege der Fall sein. Daß uns diese innerpolitischen Sorgen nicht zur nationalen Not werden, das hofft die Regierung, das ist auch ein deutsches Kriegsziel.

Ein Gegenstand weiterer Prüfung nach dem Kriege ist die Lösung der hart umstrittenen Gesetzgebungs- und Verwaltungspraxis gegenüber den

### preussischen Staatsangehörigen polnischer Abstammung.

Etwas Endgültiges kann auch hier mitten im Kriege nicht geschehen, um so weniger angesichts der Tatsache, als möglicherweise die Verhältnisse jenseits der preussischen Grenze nach dem Kriege

nach der einen oder anderen Seite eine geänderte Gestaltung finden werden. Die Preußen polnischer Abkunft mögen sich mit der Gewissheit begnügen, daß die Prüfung ihrer Interessen mit all der Objektivität und dem Wohlwollen erfolgen wird, auf das die Haltung der preussischen Polen in diesem deutschen Existenzkampf Anspruch hat. Bis dahin müssen sich die Polen mit dem guten Willen und mit einer entgegenkommenden Handhabung der geltenden Gesetze begnügen.

Auch Anhänger der sozialdemokratischen Partei gegenüber hat die Regierung der Tatsache Rechnung getragen, daß die Gegenseite der Parteien aufgegangen sind in der großen Pflicht, das Vaterland zu verteidigen, den heimischen Boden gegen feindliche Angriffe zu schützen. Das Kaiserwort, daß es keine Parteien in diesem Kriege gibt, war für die Regierung maßgebend. Die Regierung hofft, daß die große Mehrheit der sozialdemokratischen Partei auch im Frieden den Weg weiter gehen wird, den sie bei Kriegsausbruch zum Segen Deutschlands beschritten hat. Die Regierung wird das Ihre tun, um der Sozialdemokratie diesen Weg nicht schwer zu machen. Die Fülle der Gegenseite läßt sich ganz gewiß nicht ausgleichen. Das wird niemand erwarten und niemand verlangen. Aber an der Hoffnung wollen wir festhalten, daß, wie im Kriege, so auch in der Friedenszeit in großen Fragen, vor allem in nationalen Lebensfragen, die Mehrheit der sozialdemokratischen Partei ihren Platz auf dem Boden des Staatsgedankens an der Seite der anderen Parteien suchen und finden wird. Die schweren Monate des Krieges haben uns viel genommen, aber auch viel gegeben. Wir wußten gar nicht, wie stark wir waren. Jetzt wissen wir es und wollen es nie vergessen. (Abg. Adolf Hoffmann (Soz.) ruft: Weisfall auf seiner Seite! — Heiterkeit.)

#### Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Auch im Frieden wollen wir nicht vergessen, wenn die Gegenseite der Parteien zum Kampfe führen, daß wir alle Söhne eines Volkes sind. (Lebhafte Weisfall.) Dem Verlangen des Abg. Hirsch, sich in aller Form gegen Annexionen auszusprechen, kann der Reichskanzler gar nicht nachkommen, angesichts der Tendenzen nach nationaler Ausdehnung in den feindlichen Ländern. Ich kann den radikalen sozialdemokratischen Standpunkt begreifen, der sagt: Wir internationale organisierte Arbeiter lehnen den Krieg ab, wir widersehen uns ihm mit allen Kräften und werden dafür sorgen, daß er ein Ende nimmt. Aber von der konsequenter Innehaltung dieses Standpunktes ist ja niemandes die Rede. (Lebhafte Weisfall.) Die ganze internationale Arbeiterschaft stimmt ja mit Jubel in den Ruf ein: Deutschland muß vernichtet werden. (Allgemeines sehr richtig!) Wo ist denn in England ein Sozialdemokrat, der nicht damit übereinstimmt, daß Deutschland wirtschaftlich und politisch total heruntergebracht werden muß. (Auf links: „total unrichtig!“) Präsident Graf von Schwerin-Löwitz bittet die Zwischenrufe zu unterlassen. Abg. Hoffmann (Soz.) ruft: Sie wollen uns ja keine Gelegenheit zur Antwort mehr geben.) Der Abg. Hirsch wünscht, daß Belgien's politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit wieder hergestellt würde. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß Belgien keineswegs das neutrale Land gewesen ist, als das es uns am 4. August 1914 erschien. Warum hat der Abg. Hirsch denn nicht von der Vergewaltigung Griechenlands gesprochen? (Lebhafte Zustimmung.) Wir verlangen von Belgien nur freien Durchzug, Griechenland aber will man vergewaltigen, damit es sich unseren Feinden anschließt. Wir alle wünschen den Frieden, aber die Ausführungen des Abg. Hirsch werden nur das Ausland ermutigen. (Sehr richtig!) In der Wahlrechtsfrage sind wir mit der Regierung einig, daß sie während der Kriegsdauer nicht gemacht werden kann. Bei der Zensur verlangen auch wir eine gleichmäßige und gerechte Handhabung. Mit seinen Presseerlassen hat Minister v. Voelckel seinen eigenen Absichten einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Er will die Wahlen beeinflussen, aber die Regierung soll über den Parteien stehen. England will Deutschland auch nach dem Kriege wirtschaftlich verkommen und verarmen lassen, wir aber werden siegreich unseren Platz behaupten und nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich und kulturell der Sieger sein. (Lebhafte Weisfall.)

#### Präsident v. Schwerin-Löwitz

macht Mitteilung von der Kapitulation Montenegro und fügt hinzu: Vivat sequens und den Leuten heißen die Hunde! (Heiterer Weisfall.)

#### Finanzminister Dr. Lentze

wendet sich gegen eine Äußerung des Abg. Dr. Friedberg bezüglich des Hebelbetrags der Eisenbahnen; die Steuerumlage sei notwendig wegen des Hebelbetrags von 116 Millionen bei den Einnahmen der allgemeinen Staatsverwaltung.

#### Abg. Frhr. v. Hedlich (ff.):

Erörterungen über die Finanzierung der Eisenbahnen haben in der gegenwärtigen Kriegszeit wohl nur theoretischen Wert. Die Steuerleistung muß der Steuerkraft angepaßt werden. Das Reich darf aber nicht in das Gebiet der Einkommen- und Ergänzungsteuer eingreifen, der frühere Eingriff muß rückgängig gemacht werden. — In der allgemeinen Politik müssen wir nüchternen Wirklichkeitskenntnis bekunden. In die neue Chronikrede ist auch schon alles Mögliche hineingelesen worden, ja man sagt, es sei direkt die Einführung des Reichsstaatsanwalts in Preußen darin verprochen. So darf die Chronikrede sicher nicht gedeutet werden. (Sehr richtig! rechts.) In der Wahlrechtsfrage sind die Parteien keineswegs einig und deshalb darf sie jetzt nicht aufgeworfen werden, das Herz unseres Volkes ist nicht bei der Wahlrechtsfrage, sondern bei unseren Fahnen im Schlachtfeld. (Abg. Hoffmann (Soz.): Sie kennen das Herz des Volkes noch lange nicht! — Inruhe rechts.) Wir wollen in Einigkeit zusammenstehen bis zu einem Frieden, der uns Sicherheit und Erweiterung unserer Grenzen bringt. (Lebhafte Weisfall rechts.)

Ein Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

#### Abg. Ströbel (Soz., zur Geschäftsordnung):

Ich habe es für ausgeschlossen gehalten, daß in dieser Zeit nach solchen Mißverständnissen und falschen Auslegungen, wie sie in den Reden der Sprecher aus dem Hause und in der Rede des Ministers des Innern hervorgetreten sind, ein Schlußantrag angenommen werden konnte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn in dieser Situation ein solcher Schlußantrag angenommen werden kann, so ist das mit dem Geist des „Burgfriedens“ nicht in Einklang zu bringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Inruhe.) Gewiß, auch Ihren Rednern ist das Wort abgeschrieben worden. Aber Sie haben sich doch nur zum Worte gemeldet, um eine Kulisse zu haben, um damit zu verschleiern, daß es Ihnen nur darauf angekommen ist, dem Redner der Sozialdemokratie das Wort abzuschneiden und ihm eine Erwidderung unmöglich zu machen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lärm.) Wenn Sie das Bedürfnis zum Reden wirklich gehabt hätten, dann würden Sie nicht ausnahmslos von den Konservativen bis zu den Freisinnigen für den Schlußantrag gestimmt haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Zurufe: Zur Geschäftsordnung!) Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten, bei meinen Ausführungen eine gewisse Latitüde walten zu lassen. Sie wissen ganz genau, daß infolge der

#### vollständigen Anhebung der Redefreiheit

durch die Zensur es für die sozialdemokratische Partei außerhalb des Hauses keine Stelle gibt, an der sie ihrer Meinung Ausdruck geben kann. Sie wissen auch ganz genau, daß, wenn Sie uns jetzt das Wort abschneiden, wir auf Wochen hinaus keine Möglichkeit haben, unsere Meinung in der Öffentlichkeit zu sagen. (Lärmende Zurufe: Zur Geschäftsordnung!)

#### Präsident Graf Schwerin-Löwitz:

Ihre Ausführungen gehören wirklich nicht mehr zur Geschäftsordnung.

#### Abg. Ströbel:

Ich bedauere, daß dem Redner der sozialdemokratischen Partei zur Zerstreung von Mißverständnissen, die nach Ihrer Ansicht unheilvoll auf das Ausland wirken und zur Verlängerung des Krieges führen müssen, die Möglichkeit genommen ist, diese Irrtümer und unzulässigen Entstellungen zurückzuweisen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Großer Lärm im Hause.)

Präsident Graf Schwerin-Löwitz: Wegen dieses Ausdrucks rufe ich Sie zur Ordnung. (Weisfall.)

#### Abg. Ströbel:

Aus Ihrem Verhalten spricht eben die schlotternde Angst vor der Wahrheit. Sie wollen die Wahrheit nicht hören. Was wir hier erleben, ist ein guter Vorgehensmaß für die Art des „Burgfriedens“, die wir nach dem Kriege erleben werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Lärm und Schlußrufe im Hause. — Glocke des Präsidenten.) Ihr Verhalten ist ein Beweis dafür, wie die ungeheuren Opfer an Gut und Blut des Volkes durch Sie belohnt werden. (Lärm und Schlußrufe bei der Mehrheit. — Abg. Adolf Hoffmann: Preussische Helden im Schreien! — Glocke des Präsidenten.)

#### Präsident Graf Schwerin-Löwitz:

Zunächst scheint Ihnen (zum Abg. Ströbel) nicht bekannt zu sein, daß, wenn die Glocke des Präsidenten ertönt, jeder Redner unbedingt schweigen muß. (Sehr wahr!) Ich mache weiter darauf aufmerksam, daß die Herren Stenographen, sobald die Glocke ertönt, die noch weiter gesprochenen Worte nicht aufzunehmen haben. (Stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Ströbel:

Das bedeutet ja ein vollständiges Novum in unserer Geschäftsführung. Eine Vorschrift, daß, wenn die Glocke ertönt, die weiteren Ausführungen eines Redners nicht ins Stenogramm aufgenommen werden dürfen, existiert nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wäre ja eigentlich, wenn in dieser Zeit zu allen anderen Ausnahmeständen wir uns auch noch ein neues Ausnahmegesetz zur Geschäftsordnung ausfotografieren lassen müßten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das kann es nicht geben. Wenn die Herren Stenographen meine Worte nicht gehört haben, bin ich gern bereit, sie zu wiederholen. (Heiterkeit.) Die Anordnung des Herrn Präsidenten läuft nur darauf hinaus, zu verhindern, daß meine Ausführungen in das Stenogramm und dadurch in die Presse hineinkommen. (Lärm.)

#### Präsident Graf Schwerin-Löwitz:

Zunächst einmal bitte ich, meine Geschäftsführung nicht zu kritisieren. Die große Mehrheit des Hauses ist dahin einig, daß jeder Redner zu schweigen hat, wenn der Präsident mit der Glocke läutet. (Zustimmung bei der Mehrheit.)

#### Abg. Frhr. v. Hedlich (ff.):

Der sozialdemokratische Redner zur Geschäftsordnung hat seinen Protest gegen den Schlußantrag damit begründet, daß es notwendig sei, die Rede des Abg. Hirsch vor Mißverständnissen zu bewahren. Ein Redner, der mißverstanden ist, ist nach der Geschäftsordnung in der Lage, dieses Mißverständnis in der Form einer persönlichen Bemerkung richtig zu stellen. Herr Hirsch konnte also Mißverständnisse berichtigten. Deshalb brauchen wir nicht noch eine zweite Garnitur von Rednern zuzulassen und die ganz erschöpfte Verhandlung noch weiter zu führen. Die Klagen der Herren sind also sachlich nicht begründet. Die Form zu beurteilen überlasse ich dem hohen Hause. (Weisfall bei der Mehrheit.)

#### Abg. Ad. Hoffmann (Soz.):

Es ist nicht von Mißverständnissen die Rede, sondern von Entstellungen und Verzerrungen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn bei der heutigen Debatte die sonst übliche Reihenfolge nach der Größe der Fraktionen beobachtet worden wäre, dann wäre unser Redner als letzter zum Wort gekommen, und dann hätten wir keine Veranlassung gehabt, nochmals das Wort zu erbiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie aber haben unseren Redner vorangestellt und Schluß gemacht, nachdem Sie die Dinge auf den Kopf gestellt haben. Dagegen müssen wir allerdings protestieren, daß wir auf die gegen uns geschleuberten Angriffe nicht mehr antworten können. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist selbstverständlich richtig, daß, wenn die Glocke des Präsidenten ertönt, der Redner schweigen muß. Aber daß dann auch nichts mehr in das Stenogramm hineingeschrieben werden soll, das ist eine Neuerung, gegen die wir protestieren müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Hirsch-Berlin (Soz.):

Der Abg. Frhr. v. Hedlich hat gemeint, ich hätte das Mißverständnis in einer persönlichen Bemerkung richtigstellen können. Ich habe das unterlassen, weil das schlimmste Mißverständnis bereits durch einen Zuruf richtiggestellt worden ist. Damit aber keine Meinungsverdrehungen aufkommen kann, betone ich ausdrücklich, was auch aus dem Wortlaut meiner Erklärung hervorgeht, daß es mir nicht im Traum eingefallen ist, das Verlangen aufzustellen, jetzt Belgien zu räumen.

Der Etat wird der verstärkten Budgetkommission überwiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr (Aenderung des Kriegsnappschäftsgehees und kleinere Vorlagen).

Schluß 5 1/2 Uhr.

## Reichstag.

31. Sitzung, Montag, den 17. Januar 1916, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Wandel.

Es werden zunächst weitere Resolutionen der Kommission zu dem Reichshaushaltsetat betreffend sozialpolitische, wirtschaftliche und ähnliche Fragen verhandelt.

#### Abg. Schöppin (Soz.):

Schon in der Kommission ist betont worden, welche große Bedeutung einer wohlwollenden Regelung der Urlaubfrage zukommt. Wir geben zu, daß diese Frage im Kriege sehr schwer zu regeln ist. Aber es sollte doch auf keinen Fall vorkommen, daß ein ganzes Jahr lang Urlaub nicht gewährt wird, was tatsächlich in einer Masse von Fällen geschehen ist. Aus vielen mir zugegangenen Klagen scheint hervorzugehen, daß bei verschiedenen Truppenteilen in dem Moment eine Beschränkung der Urlaubsgewährung eingeführt wurde, als der Reichstag die Freifahrt der Urlauber beschlossen hatte. Der Reichstag wollte natürlich mit seinem Beschluß das Gegenteil erreichen. Ferner wird auch für Soldaten in der Heimat vielfach jährlich nur zweimal Urlaub mit Freifahrt gewährt. Wenn diese zweimalige Gewährung eines Urlaubs für die Truppen in der Front zweifellos eine Verbesserung ist, so bedeutet die Beschränkung auf einen nur einmaligen Urlaub mit Freifahrt für die verbeirateten Leute in der Heimat eine ganz ungerechtfertigte Härte. Höchstens könnte man sich damit abfinden, daß den sogenannten Sonntagsurlaubern nicht ständig Freifahrt gewährt wird, obwohl auch diese Forderung prinzipiell zu erheben ist. Ganz besondere Mißstimmung hat es hervorgeufen, daß die alte militärische Unsitte, wegen Vergehen einzelner ganzer Truppenteile Urlaub zu verweigern, auch in der Kriegszeit noch geübt wird. Das ist eine unbillige Härte, die insbesondere draußen im Felde sehr bitternd wirken muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch von einer solchen Urlaubsbeschränkung bei den Offizieren doch keine Rede ist. — Ferner wird mir in einer ganzen Anzahl von Fällen berichtet, daß trotz des Erlasses des Kriegsministers noch immer die Auszahlung der Verpflegungsgelder für Urlaubstage verweigert worden ist. Ich bitte den Kriegs-

minister, die Urlaubfrage in Zukunft wohlwollender zu behandeln, als das anscheinend jetzt geschieht. — Bei der Verpflegung der Truppen

muß sehr sorgsam befohlen werden, wir dürfen nicht vergessen, daß unter den Truppen viele Leute sind, die seit Jahren nicht mehr an das Essen in der Kaserne gewöhnt sind. Die Mannschaften eines immobilen Bataillons in Feindesland führen Klage, daß ihre Verpflegung nicht so gut ist, wie die der russischen Gefangenen. Es kommen auch fortgesetzt Klagen über die Kantinen und improvisierten Kasernen. Teilweise liegt das sicher an der Zerstörung, teilweise aber scheint es doch, daß manche Kantinenwirte sich einen Extraprofit verschaffen wollen. Auch darüber wird geklagt, daß so manche für die Front bestimmte Liebesgaben sich verflüchtigen, ehe sie an ihren Bestimmungsort gelangt.

Die deutschen Lazarette sind durchweg gut eingerichtet und ausreichend mit Arzneien versehen, aber die Verpflegung ist nicht immer so, wie sie sein sollte; sind doch Aufrufe an die Bevölkerung erschienen, Nahrungsmittel für die Lazarette zu spenden, um die unzureichende Kost der Verwundeten aufzubessern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch der Ausgang der Lazarettsinsassen sollte nicht so erschwert werden, wie es manömal geschieht. Für die Tüchtigkeit der Ärzte ist die große Zahl der Geheilten ein Beweis. Das sollte den Herren auch genügen und sie sollten nicht danach geizen, auch noch den schändlichen militärischen Vorgehensweisen heranzuführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine weitere Klage ist, daß die von den Ärzten für dauernd untauglich erklärten noch monatelang in der Kaserne zurückgehalten werden. Auch über die Genesungsabteilungen liegen Klagen vor, auch dort wird wieder auf Drill gesehen. In bedenklicher Weise haben sich auch die Klagen über

#### unangemessene Behandlung der Leute

gemehrt. Leute, die schon Monate im Felde waren, werden dort in ihrer Ruhezeit mit der Erfüllung von Ehrenbezeugungen gequält. Schlimmer noch sind die Klagen aus den Garnisonen. Mit welchen Kleinlichkeiten die Leute gequält werden, zeigt z. B. ein Garnisonsbefehl aus Karlsruhe, wonach die Mannschaften und Unteroffiziere bei der Ehrenbezeugung vom Bürgersteig herunterzutreten haben, in Thron ist ihnen überhaupt verboten, auf den Bürgersteigen zu stehen. Verboten ist das Einhalten in den Arm von Begleitern, unzulässig ist auch das Rauchverbot in bestimmten Straßen Berlins, das heute immer noch besteht. Der Kommandant von Köln hat mit Vorschriften über die Straßendisziplin zwei volgedruckte Seiten angefüllt, er regt sich darüber auf, daß bei der Ehrenbezeugung der Daumen und der kleine Finger ja nicht zu sehr gespreizt werden. (Große Heiterkeit.) In einer anderen Stelle sagt er: Jeder Soldat ist verpflichtet, den Vorgesetzten zu leben (Heiterkeit), und droht Verstrafung für den Fall des Nichtsehens an. Um der Gerechtigkeit willen muß ich aber doch hinzufügen, daß im Auslande die Mannschaften ganz ähnlich gequält werden, wie wir aus Klagen in der „Humanität“ erfahren. Jedenfalls sollten solche Kommandanturbefehle, die böses Blut bei der Bürgerschaft und den Mannschaften erregen müssen, unterbleiben. (Zustimmung bei den Soziald.) Auch müßte das Ausbildungspersonal darauf Rücksicht nehmen, daß die älteren auszubildenden Leute nicht mehr so bild- und schamlos sind wie die jüngeren; wenn sie nach zwei bis drei Monaten Ausbildung ins Feld rücken, sollen sie nicht bittere Erinnerungen über unangemessene Behandlung mitnehmen. Es muß alles getan werden, um der unangemessenen Behandlung in den Garnisonen entgegenzutreten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auf die sonst von der Kommission beschlossenen Resolutionen will ich im einzelnen nicht eingehen, ich will nur das eine besonders betonen, daß alles geschehen muß, um den Verwundeten und den Hinterbliebenen von Gefallen das zu geben, was wir ihnen schuldig sind! (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Dr. v. Celler (natl.)

heißt aus seinen Erfahrungen hervor, daß die Transporte des roten Kreuzes namentlich im Anfang häufig sehr langsam gegangen seien. Auch sei es vielfach praktischer, wenn Liebesgaben direkt durch die Ertragruppententeile an bestimmte Truppenteile befördert würden. — Dem Vorredner möchte ich sagen: nach meiner Überzeugung gibt es für die militärische Disziplin keine Kleinigkeiten. Nur dadurch, daß bei uns die Disziplin auf die Spitze getrieben worden ist, haben wir den Geist im Felde, mit dem wir den Krieg gewinnen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Selbstverständlich muß gegen jedes Schikanieren unserer braven Leute auf das Schärfste vorgegangen werden. — Beurteilungen von Kräften, die in Landwirtschaft und Industrie dringend gebraucht werden, sollten so weit wie möglich erfolgen. — Die Verköstigung in Kasernen mit eigener Küche ist vorzuziehen. Was die Kantinen anlangt, so müssen die Offiziere dafür sorgen, daß sie nicht zu „Kriegsgewinnern“ werden, daß unsere Leute dort nicht überfordert werden. Die Gesundheitsverhältnisse, besonders unter den jungen Leuten sind vorzüglich. Der Jugendweh sind wir großen Dank schuldig. Im allgemeinen möchte ich sagen: Die Rot und der Ernst dieser Zeit ist für unser Volk eine wunderbare Lehre gewesen. Für Millionen Deutsche ist in diesen Monaten der deutsche Staat zum deutschen Vaterland geworden. (Bravo!)

#### Abg. Dr. Haas (Sp.):

Gegenüber den schärferen Angriffen der Baralong-Rote muß ich mit meinen Erfahrungen sagen: noch nie ist eine Armee höherer Kultur im Felde gestanden als die deutsche Armee. Es zeigt sich diese hohe Kultur in der Behandlung der Verwundeten und in dem Auftreten unserer Krieger in Feindesland. Das deutsche Volk ist in diesem Kriege zu einem politischen Volk geworden. Dadurch, daß Angehörige aller Parteien draußen gemeinsam kämpfen, ist auch ein besseres Verhältnis zwischen den Parteien im Frieden angebahnt. Und wenn die politischen Führer diesen Gedanken der Verständigung nicht verbreiten, die Männer aus den Schützengräben werden in den politischen Parteien dafür sorgen, daß dieser Gedanke der Verständigung, der Annäherung und des gegenseitigen Siebegriffens immer mehr Raum findet, wenn auch natürlich der Kampf der verschiedenen Anschauungen weitergehen wird und muß.

Der Krieg hat weiter gezeigt, daß von einer Dekadenz des deutschen Volkes keine Rede ist. Das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen an der Front ist ein vorzügliches. Alle die Dinge, die mit der Behandlung der Untergebenen zusammenhängen, sind letzten Endes Personenfragen. Auch wenn die Sozialdemokraten alle Kompagnieführer bestimmen würden, würde es gute und schlechte Kompagnieführer geben. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) — Die Liebesgaben sollten mehr der Front als der Etappe zur Verfügung stehen. (Sehr richtig!) — Das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen bei den Ertragbataillonen ist leider nicht so gut, da kommen Klagen über Klagen an uns. (Sehr wahr!) Auf die älteren verbeirateten Leute muß bei der Ausbildung mehr Rücksicht genommen werden. (Sehr richtig!) Viele Klagen würden verstummen, wenn jeder einzelne Mann beim Ertragbataillon weiß, daß er jederzeit seine Liebesgaben formlos beim Kompagnieführer vortragen kann. Freilich können die Leute nur sein, wenn sie gut behandelt werden. Der Geist der Kameradschaftlichkeit muß wie an der Front so auch bei den Ertragbataillonen gepflegt werden. (Bravo!) Ein Mißstand ist weiter, daß nur Leute mit dem Einjährig-Freiwilligen-Bezugs als Offiziersstellvertreter befördert werden. So kann es in der Tat vorkommen, daß Leute, die draußen aus Mangel an höherem Offiziersstellvertreter geworden waren, in der Heimat nicht Offiziersstellvertreter bleiben, auch ohne daß disziplinarische Gründe vorliegen, wie der Kriegsminister neulich meinte. Im allgemeinen ist jeder, der unsere Armee kennen gelernt hat, erfüllt von einem hohen Optimismus, diese Armee erlumpft und den Frieden, den wir brauchen, der zugleich ist der Sieg der europäischen Kultur. (Bravo! bei der Volkspartei.)

#### Abg. Raden (Z.)

bestreitet, daß bei den Ertragtruppen Schimpereien vorkommen; von der obersten bis zur untersten Stelle wird auf angemessene Behandlung gesehen, und die Ausbildung ist lediglich eine für den Krieg, nicht für unnützes Exerzieren. — Dem Wunsch, daß Urlaub





Antwort auf Haase.

Im „Vorwärts“ vom 13. Januar 1916 steht ein Artikel von Haase über mich. Es ist mir ganz unmöglich, mit jemand mich auseinanderzusetzen, der mich in der Art Haases mit Schimpfworten überschüttet. Ich könnte nicht hoffen, mit ihm in dieser Beziehung wetteifern zu können.

Deshalb beschränke ich mich auf folgende Aufklärungen:

1. Die Erklärungen der Fraktion.

Im August und Dezember 1914 gelang es mir nicht, die Kollegen davon zu überzeugen, daß es ein Fehler sei, Haase die Verlesung der Erklärung zu übertragen. Die Kollegen handelten dabei in bester Absicht für Haase und die Partei; daß sie sich irrten, hat der Erfolg ergeben.

Hätten sie geglaubt, daß Haase später behaupten würde, gegen seine bessere Überzeugung vergeblich worden zu sein, so hätte niemand von der Mehrheit dafür die Verantwortung übernommen. „Unhaltbar“ wurde die Lage nicht durch den Beschluß der Übertragung, sondern dadurch, daß Haase den Antrag mit solcher Bestimmtheit annahm. „Unmöglich und unwahrhaftig“ wurde die Stellung Haases zur Fraktion durch sein späteres Treiben gegen die Tendenzen der Fraktion, die er zu führen hatte. Dies und nichts anderes habe ich deutlich gesagt; Haase aber verdreht meine Äußerungen dahin, daß ich der Fraktionsmehrheit die Verantwortung für seine Unwahrhaftigkeit zugeschoben hätte.

2. Die Neudöflner Versammlungen.

Haase hat es leicht, von den Vorgängen in den Neudöflner Versammlungen ein verdrehtes Bild zu geben; er weiß, daß und weshalb ich tatsächlich nicht das wiedergeben kann, was gewisse Anhänger der Minderheit damals in der Diskussion und in Zwischenrufen laut werden lassen, und wozu er geschwiegen hat. Ich habe eine Anzahl Genossen gefragt, und alle haben mir beigegeben, daß es unmöglich ist, diese Vorgänge jetzt zu veröffentlichen. Haase soll nun nicht so tun, als wüßte er nicht, was ich meinte; es steht alles in den Akten des Fraktionsvorstandes.

Aber etwas deutlicher kann ich über die angeblichen „gemeinen Verbalinjurien“ reden, mit denen ich „die Zwischenrufer beschimpft“ haben soll. Nicht ich habe die terroristischen Unterbrechungen herbeigeführt, sondern sie begannen unmittelbar nachdem ich das Wort genommen hatte, und gingen von einer kleinen Gruppe meist jüngerer Leute aus, in beiden Versammlungen von im ganzen denselben Personen. Die massenhaften persönlichen Beschimpfungen gegen mich und die Fraktionsmehrheit habe ich größtenteils ignoriert. Auf den sachlichen Inhalt jedes dieser Zwischenrufe bin ich aber selbstverständlich eingegangen und habe ihre Unvereinbarkeit mit den Grundfäden und der Praxis der Partei nachgewiesen. Einem Diskussionredner habe ich erwidert:

„Wenn vor 20 Jahren ein Redner in einer Parteiversammlung so gesprochen hätte, würde man sofort den Verdacht geäußert haben, er wäre ein Lachspiel; ich glaube das nicht, sondern halte den Redner lediglich für einen Hanswurst.“

Das war sehr milde gesagt, traf aber zu. Wer kennt nicht solche Leute? — In anderen Zeiten hätte man den Mann ignorieren können, diesmal ging das aus verschiedenen Gründen nicht. Was der Redner geäußert hatte, kann ich, wie gesagt, nicht wiederholen. Pflicht des anwesenden Vorsitzenden der Partei wäre es gewesen, bestimmt und scharf die Versammlung darüber aufzuklären, daß diese Äußerung gegen die Prinzipien und Ueberlieferungen der Sozialdemokratie verstoße. Dies hat Haase nicht getan. Es ist unklar, daß er im Schlusswort dargelegt habe, worin er sich von diesem Redner und den Zwischenrufern unterschiede. Nicht mit einem Wort ist er darauf eingegangen. Auch bei der Besprechung vor dem Fraktionsvorstande hat er die Pflicht dazu ausdrücklich bestritten, da er „kein Schulmeister“ sei. Dagegen hat Haase die Gelegenheit benutzt, von dem damals herausgehobenen Auftrage des Parteivorstandes „Sozialdemokratie und Frieden“ deutlich abzurücken!

3. Meine „Denunziation“.

Haase behauptet, ich hätte mich auf dem Heimweg von der Versammlung nach diesen Vorgängen kollegial mit ihm unterhalten und ihn trotzdem darauf beim Fraktionsvorstand denunziert. Auch dies ist unklar. Ich bin noch der ersten Versammlung am 22. Juni mit ihm in der Straßenbahn zurückgefahren und habe selbstverständlich dort keinen Streit mit ihm angefangen. Haase hatte damals sein Schlusswort noch nicht gehalten. Am 28. Juni, nach der zweiten Versammlung, in der erst die bedenklichsten Äußerungen gefallen waren und Haase in seinem Schlusswort völlig verlagert hatte, bin ich allein nach Hause gefahren und habe kein Wort mehr mit ihm gesprochen. Am 29. Juni habe ich mich dann verpflichtet gefühlt, die ganzen Vorgänge dem Fraktionsvorstand zu berichten und auf die Gefahr aufmerksam zu machen, daß dank dem Schweigen ihres Vorsitzenden die Partei und die Fraktion dafür verantwortlich gemacht werden könnten. Wenn Haase das eine „Denunziation“ nennen will, so beweist er damit selbst, wie un bequem es ihm war, über sein zwiespältiges Spiel Rede stehen zu müssen.

4. Die angebliche Veröffentlichung von inneren Vorgängen der Fraktion.

Ich weiß nicht, worauf Haase anspielt und wer sein Gewissensmann ist; jedenfalls wirkt dieser Eifer sehr lächerlich bei dem Freund und Schildhalter Liebknecht, der ein ganzes Buch über Fraktionsführungen hat drucken lassen. Wirklich vertrauliche Vorgänge aus Fraktionsführungen gebe ich nicht preis, wie Liebknecht und andere es getan haben. Andererseits fühle ich keine Verpflichtung, einen Gegenstand, den die Minderheitsleute in die Welt hinaus schreiben, dritten gegenüber zu verschweigen. In Reden und Publikationen stellt man uns vor aller Welt an den Pranger, als hätten wir die Grundfäden des Sozialismus und die Ideen der Kultur verraten und beschimpft uns mit den niedrigsten Unterstellungen. Wenn wir dann aber einmal sagen, was wir über die Haltung unserer Angreifer denken, dann ist das „Preisgabe von Parteinternat“. Liebknecht ruft im Reichstag, er sei stolz darauf, von der Fraktion nicht zum Redner bestimmt worden zu sein, und ich soll nicht das Recht haben, auch Nichtparteiengenossen zu sagen, daß ich mit diesem Mitbürger nichts zu tun haben will!

Bei dem Vorfall, den Haase zum Vergleich heranzieht, handelte es sich nicht um Mitteilung von inneren Vorgängen der Fraktion, sondern um viel ernstere Dinge. Ströbel hatte in einer früheren Versammlung vertrauliche Mitteilungen, die den Reichstagsabgeordneten von der Regierung gemacht worden waren, und die er durch seine Anwesenheit in der Fraktionsführung erfahren hatte, öffentlich bekannt gegeben. Kurze Zeit darauf wurde dieselbe Nachricht, selbstverständlich tendenziös entstellt, in der „Verner Tagwacht“ veröffentlicht. Ich habe diese Indiskretion Ströbels dem Fraktionsvorstande mitgeteilt. Ströbel hat sie nicht bestritten, sondern das Recht dazu in Anspruch genommen. Darauf hat die Fraktion mit großer Mehrheit den Ausschluß Ströbels von den Fraktionsführungen beschlossen. Haase nimmt sich natürlich auch in dieser Beziehung Ströbels an und macht mir aus meinem Eintreten für die im Interesse Deutschlands gebotene Verzichtnahme einen Vorwurf. Auch das charakterisiert diesen „Parteiführer“.

5. Mein „Dogmenfanatismus“.

Warum soll ich es nicht sagen? — Es handelt sich um die Grundlegung des Stuttgarter Internationalen Sozialistenkongresses für das Recht jeder Nation, im Kriegsfall für ihr Vaterland einzutreten, und um die dort allgemein ausgesprochene Anerkennung

der Bedeutung der Nation für die Arbeiterschaft. Ich persönlich habe mich für diese Grundfäden so oft ausgesprochen, und sie sind mir so selbstverständlich, daß ich wahrhaftig nicht erst ein von dem Kongress aufgestelltes Dogma brauchte. Aber sehr wichtig war es, die Genossen, die der Minderheit anhängen, darauf hinzuweisen, daß die Auffassung der Fraktionsmehrheit von den Pflichten gegen die eigene Nation nicht, wie sie behaupteten, eine Abkehr von den Grundfäden der Partei bedeutete, sondern daß im Gegenteil die Haaseleute und die Schreier in den Versammlungen durch ihre Stellung zur Verteidigung des Vaterlandes mit diesen Prinzipien und Traditionen gebrochen hatten. Haase will niemals daran gedacht haben, das Vaterland wehrlos zu machen. Es kommt nicht darauf an, woran er nicht gedacht hat. Ich frage: hat er wirklich daran gedacht, das Vaterland nicht wehrlos, vielmehr wehrfähig zu machen? Das wäre doch in dieser ungeheuren Gefahr, die Deutschland bedroht hat und noch bedroht, Pflicht jedes Sozialdemokraten und Arbeitervertreters! — Mit dieser Pflicht ist die Ablehnung der Kriegskredite und sind die Treibereien gegen die Geschlossenheit der Abwehr des deutschen Volkes unvereinbar.

Meine Stellung zu diesen Dingen ist immer klar gewesen und folgerichtig geblieben. Welchen Charakter die Wirksamkeit Haases gehabt hat, ist bekannt. Die Leser mögen selber entscheiden, wer mehr Glauben auch in Tatfragen verdient.

Berlin, 14. Januar 1916. Wolfgang Heine.

Meine Schlussbemerkungen.

Von Hugo Haase.

Die Striche, die etwa noch zur Vervollständigung des Heineschen Bildes fehlten, hat Heine selbst in seiner Antwort vom 14. Januar geliefert.

Ich kann mich deshalb kurz fassen: 1. Die Vorgänge vom 4. August sind so dargestellt, daß jedes weitere Wort überflüssig ist. Keinem Leser kann die Verrenkung der Logik entgehen, in der Heine sich übt, seitdem er den Tatsachen nicht mehr Gewalt anzutun vermag.

2. Soweit es sich um sein Auftreten in den Neudöflner Versammlungen handelt, bestätigt er nicht nur alles, was ich gesagt habe, sondern ergänzt es noch. Erzählt er doch selbst mit Genugtuung, daß er einen Parteigenossen einen Hanswurst genannt hat, und er findet das noch jetzt bei kühlem Blut „sehr milde“. Das genügt, um ihn zu kennzeichnen. Mit Ausdrücken gleichen Kalibers warf er mehrfach um sich, und weil ich ihn in dieser tohen Tonart nicht unterließ, habe ich in seinen Augen „verlagert“. Inwieweit, in dieser Beziehung habe ich ganz verlagert. Die von ihm beschimpften nochmals von oben herab anmaßlich abzulanzeln, habe ich selbstverständlich abgelehnt, und in diesem Sinne habe ich ihm gesagt, ich sei „kein Schulmeister“.

3. Endlich gibt Heine zu verstehen, wozu seine dunklen Andeutungen zielen. Er brauchte wirklich nicht gar so sehr geheimnisvoll zu tun. Aber freilich, sonst hätte er nicht den Glauben hervorgerufen können, als ob die Enthüllung des Geheimnisses mich fürchterlich belassen würde. Das ganze Geine ist lächerlich und der Ausfluß der schwärzesten Verleumdung.

Was ist denn geschehen? In Neudöfln haben mehrere Versammlungsteilnehmer in Anlehnung an das kommunistische Manifest Ansichten geäußert, die durch die Entwicklung überholt sind und nicht die Ansichten der Gesamtpartei sind. Seit Kriegsausbruch habe ich vor Tausenden von Zuhörern meinen entgegengesetzten Standpunkt vertreten. Mehrere Parteiblätter und auch einige bürgerliche Zeitungen haben über meine Ausführungen Versammlungsberichte gebracht. Heine kennt sie ganz genau und hat sie in Neudöfln nochmals aus meinem Munde vernommen.

Da er, um gegen mich Stimmung zu machen, immer wieder, so neulich in einer Zusammenkunft von Vertrauenspersonen der Partei hinter meinem Rücken, eine gefälschte Darstellung über meine Haltung in der Neudöflner Versammlung gegeben hat, so teile ich hiermit die Disposition meines dort gehaltenen Referats mit:

A. Auf den internationalen Kongress ist es stets abgelehnt worden, zur Verhinderung eines Kriegs die Mittel des Streiks oder der Dienstverweigerung anzuwenden. Noch kurz vor Ausbruch des Weltkriegs habe ich bei Vorbereitung des für den August 1914 geplanten Wiener Kongresses in gleicher Weise mich gegenüber meinem Korreferenten ausgesprochen. Die Erfüllung der Dienstpflicht ergibt sich schon daraus mit Notwendigkeit.

B. Heimatliebe ist an keine Partei und an keine Parteieliquidation gebunden. Jedes Spintisieren hört auf, wenn Haus und Herd, Frau und Kind durch feindliche Invasion bedroht werden. Hier führt das unmittelbare Gefühl die Entscheidung herbei.

C. Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften jedes Landes haben ein Interesse daran, daß ihr Land nicht zerstört wird. Das Staatsgebiet bildet den Rahmen für ihre Organisationen, für ihr Wirken im Interesse des Proletariats und die Fortentwicklung der Menschheit.

D. Alle diese Momente berühren aber nicht den Kern der Streitfrage, nämlich: wie die Sozialdemokratie im Parlament über die Kredite abzustimmen habe.

Dann habe ich im einzelnen die Gründe für meinen Standpunkt entwickelt und die Gründe der Fraktionsmehrheit kritisch beleuchtet. In Anknüpfung an die Gedankengänge meines Referats habe ich endlich im Schlusswort die Einwendungen gewirbt.

So steht das Neudöflner Verbrechen an! Ist es zuviel gesagt, wenn ich die Denunziation Heines — und das ist „alles“ — was „in den Akten des Fraktionsvorstandes steht“ — als ein Dokument der Schande bezeichne? Sein Eifer, mißliebige Parteigenossen zu verfolgen, kann keinesfalls übertroffen werden.

4. Danach fühle ich mich der Aufgabe überhoben, alle Unwahrheiten in seiner Antwort nachzuweisen und die jetzt gegen andere Personen ausgekreuzten denunziatorischen Bemerkungen zurückzuweisen.

Die Spezies jener Politiker, die in der Pose der einzig wahren Patrioten gegen die „vaterlandslosen Gesellen“ vom Leder ziehen, ist uns nicht unbekannt. Früher gedieh sie nur in den Gefilden unserer politischen Gegner. Daß sie jetzt auch in unseren Reihen zu finden ist, ist eine Entwertung des neuen Kurzes. Die Anhänger der alten Anschauungen können ruhig das Urteil des nächsten Parteitagés über diesen Kurs abwarten.

Inzwischen haben sich die Heines selbst gerichtet.

Aus der Partei.

Zur Erklärung der Landtagsfraktion.

Die Landeskommission der Sozialdemokratie Preußens, die am 14. und 15. Januar 1916 tagte, beschloß sich mit der politischen Situation in Preußen und nahm, nachdem ihr die von der Fraktion zur Staatsberatung formulierte Erklärung vorgelegt worden war, mit 25 gegen 5 Stimmen bei einer Enthaltung, folgenden Beschluß an:

„Die Landeskommission, nach dem Statut zur Führung der Parteigeschäfte der Sozialdemokratie Preußens berufen, kann der von der Mehrheit der Landtagsfraktion beschlossenen Erklärung zum Krieg nicht zustimmen. Sie billigt die Haltung und Politik der Reichstagsfraktion, die in der

Erklärung vom 4. August festgelegt ist und spricht die bestimmte Erwartung aus, daß durch die Landtagsfraktion nichts geschieht, was geeignet ist, die Politik der Reichstagsfraktion zu durchkreuzen.“

Nach Annahme dieses Beschlusses trat die Landtagsfraktion zu erneuter Beratung ihrer Erklärung zusammen. Die Fraktion nahm zwar einige Änderungen an ihrer Erklärung vor, berücksichtigte aber wesentliche Wünsche der Landeskommission nicht. Darauf faßte die Landeskommission mit 21 gegen 5 Stimmen folgenden Beschluß:

„Die Landeskommission bedauert, daß die Fraktion des Abgeordnetenhauses den gestrigen mit 25 gegen 6 Stimmen gefaßten Beschluß, wonach die Landeskommission erwartet, daß durch die Landtagsfraktion nichts geschieht, was geeignet ist, die Politik der Reichstagsfraktion zu durchkreuzen, nicht berücksichtigt hat.“

Erklärung.

Die Unterzeichneten können als Nichtschmer für ihre Tätigkeit nur das Parteiprogramm und die Beschlüsse der nationalen und internationalen Parteitage anerkennen; sie bestritten der Landeskommission das Recht, ihr die Politik vorzuschreiben.

Hirsch, Goser, Ad. Hoffmann, Paul Hoffmann, Liebknecht, Ströbel.

Erklärung.

Trotz der Vorgänge, die sich am 21. Dezember im Reichstago abgepielt haben, ist die auf dem Boden der Politik des 4. August stehende Minderheit der preussischen Landtagsfraktion entschlossen, ihrerseits nach wie vor streng die Partei- und Fraktionsdisziplin aufrecht zu erhalten. Ebenso wie die drei anderen der Fraktionsminderheit angehörnden Genossen habe ich deshalb darauf verzichtet, im Abgeordnetenhaus selbst gegen die Erklärung zu protestieren, die Genosse Hirsch im Namen der Fraktionsmehrheit zur Friedensfrage abgegeben hat. Aber ich kann es für meine Person nicht unterlassen, wenigstens in der Presse von dieser Erklärung soweit wie mir möglich abzurufen.

Was die Fraktionsmehrheit — um nur dies eine hervorzuheben — in ihrer Erklärung über die Haltung der deutschen Regierung zur Friedensfrage sagen läßt, ist sachlich ganz unrichtig und dient in keiner Weise der uns allen gleich sehr am Herzen liegenden schnellen Herbeiführung des Friedens. Tatsächlich hat der Reichskanzler, wie schon Genosse Landsberg im Reichstago mit vollem Recht festgestellt hat, sehr deutlich seine Bereitwilligkeit bekundet, in Friedensverhandlungen einzutreten, sobald die Freunde geneigt sind, sich auf eine für Deutschland annehmbare Grundlage für solche Verhandlungen zu stellen. Das aber haben sie bis heute nicht getan. Wenn wir dem Frieden immer noch nicht nähergekommen sind, so tragen also die Regierungen des Vierverbandes die Schuld daran, nicht aber die Regierung des Deutschen Reiches. Wer auch dieser die Verantwortung für die Verlängerung des furchtbaren Gemetzels zuschiebt, schädigt daher, wenn auch gewiß nicht in der Absicht, so doch in der Wirkung — und auf diese allein kommt es in der Politik an — die Interessen unseres Landes und erschwert die Herbeiführung des Friedens.

Wie wenig die nun auch von unserer preussischen Fraktionsmehrheit übernommene Taktik der Parteiopposition geeignet ist, der raschen Herbeiführung des Friedens zu dienen, zeigt auf das deutlichste das Manifest des französischen Sozialistenkongresses. Als deutsches Echo dieses Manifestes muß die Fraktionsmehrheit besonders verhängnisvoll wirken.

Außerdem steht die Erklärung der preussischen Fraktionsmehrheit im schroffen Widerspruch zur Politik der Reichstagsfraktion und zu den Beschlüssen des Parteiausschusses, denen sich auch die preussische Landeskommission erst vor wenigen Tagen ausdrücklich angeschlossen hat. Das Vorgehen der preussischen Fraktionsmehrheit bedeutet daher einen schweren Bruch der heute mehr als je gebotenen Einheitlichkeit unserer politischen Aktion. Auch aus diesem Grunde lehne ich jede Mitverantwortung für die Politik der preussischen Landtagsfraktion und für die Folgen dieser Politik ab.

Konrad Haenisch.

Vom Genossen Liebknecht

erhalten wir folgendes Schreiben:

Berlin, den 17. Januar 1916.

Verte Genossen!

Die gestrige Erklärung des sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes „zur Angelegenheit Liebknecht“ ist in vielen Punkten scharf und sehr unvollständig. Ich wäre kein Bedürfnis, mich näher damit zu befassen. Zur Charakteristik nur dies: Rührlich habe ich nie die Lächerlichkeit gesagt: „Ich sei der Hüter der Parteigrundfäden“, auch nicht: „daß ich mich auch in Zukunft in keiner Weise an die Beschlüsse und die Geschäftsordnung der Fraktion gebunden erachte, sondern Politik auf eigene Faust betreiben wolle“. Ich habe gesagt, daß die gegenwärtige Gesamtpolitik der Fraktionsmehrheit — nicht nur die Kreditbewilligung — den Parteigrundfäden widerspricht, daß die Parteipolitik, dieser Gesamtpolitik innerhalb wie außerhalb des Reichstags unabhängig mit aller Schärfe entgegenzuwirken (nicht nur gelegentliche Kriegskredite abzulehnen), ... daß ich mich einer Fraktionspolitik und Fraktionsbeschlüssen, die den Parteigrundfäden zuwiderlaufen, nicht fügen könne, und daß diese Taktik nur die konsequente Durchführung der endlich am 21. Dezember 1915 auch von einer größeren Zahl anderer Fraktionsmitglieder, freilich nur für einen Einzelfall geübten Taktik sei.

Auf spitzfindige Ergegnen über die beabsichtigte Zweideutigkeit in der Wortfassung des Beschlusses lasse ich mich nicht ein. Sein politischer Sinn ist klar.

Auf schriftliche Anfrage des Reichstagsbüros vom 15. Januar, ob ich im Verzeichnis des Reichstags als Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion geführt zu werden wünsche, habe ich am gleichen Tage geantwortet:

„daß ich in Konsequenz des Beschlusses der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 12. d. M. nicht in das Verzeichnis der Mitglieder dieser Fraktion aufzunehmen bin; ich gehöre danach gegenwärtig keiner Fraktion an.“

Ich bitte Sie, das Vorstehende zu veröffentlichen.

Mit Parteigruß  
K. Liebknecht.

Stellungnahme zur Tagung des Parteiausschusses.

Die Vertreter des Bezirks Leipzig haben zum „Gutachten“ des Parteiausschusses mit 30 gegen eine Stimme die folgende Resolution gefaßt:

„Die Abstimmung des Parteiausschusses am 9. Januar schlichtet die schwebende Streitfrage der Partei nicht, sondern verfrachtet sie, weil der Ausschuß über den Rahmen seiner Zuständigkeit hinaus Urteile gefaßt hat.“

Die Mehrheit der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses will die am 4. August 1914 begonnene Politik ohne Veränd

des veränderten Charakters des Krieges forsetzen, weil sie davon Vorteile für die Arbeiterklasse nach dem Kriege erhoffen.

Die Rinderheit vertritt die durch die Internationalen Kongresse zu Stuttgart und Basel festgelegten Grundzüge. Durch Beschlüsse des Parteiausschusses kann dieser Gegensatz zwischen Zweckmäßigkeit und grundsätzlicher Politik nicht überbrückt werden.

Die Bezirkskonferenz, getragen von der Auffassung, daß die Grundzüge der Partei der Vorkriegszeit für die Politik sein müssen, empfiehlt deshalb den Genossen, überall die grundsätzliche Politik der Partei zu fördern.

Die Schlagkraft der Partei bedingt die Einheit der Partei, die um so größer sein wird, je mehr die Aufklärung eine grundsätzliche, frei von persönlicher Verunglimpfung ist, und im Rahmen der Organisation erfolgt.

In der am 14. Januar 1916 stattgefundenen Bezirksvorstandsversammlung des Bezirks Oldenburg-Ostfriesland erstattete der Genosse Meyer Bericht über die am 7. und 8. Januar in Berlin abgehaltene Parteiausschusssitzung. Nach eingehender Aussprache wurde mit 4 gegen 1 Stimme folgender Beschluß gefaßt:

„Der Vorstand des Bezirks Oldenburg-Ostfriesland begrüßt die entscheidende Stellungnahme des Parteiausschusses zu den Fragen der Parteidisziplin, der Kennzeichnung des Genossen Haase als Vorsitzender der Organisation und die des „Vorwärts“ als Parteiorgan. Er erklärt sich mit der Abstimmung seines Vertreters einverstanden und bedauert, daß die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages nicht möglich ist.“

### „Beschämend naiv...“

In seiner Nr. 1 vom 1. Januar 1916 nimmt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften in einem besonderen Artikel Stellung zur Fraktionsabstimmung im Reichstag am 21. Dezember, wobei es sich über die Erklärung der Fraktionsminderheit u. a. folgende Bemerkung leistet:

„Die Behauptung der Rinderheitsklärung, daß unsere Landesgrenzen und Unabhängigkeit gesichert und daß kein Einbruch feindlicher Heere uns bedrohe, ist geradezu beschämend naiv angesichts der Tatsache, daß Frankreich, England und Rußland bis zu den Zähnen gerüstet uns gegenüberstehen und jeden Gedanken an einen Friedensschluß ablehnen, solange nicht Deutschland am Boden liegt.“

Das Organ der Generalkommission der Gewerkschaften steht ja bekanntlich auf dem Boden der Politik der Fraktionsmehrheit. Nun führt über das Ziel der Sicherung der Fraktionsmehrheitspolitik, Genosse Scheidemann, bei der Begründung der sozialdemokratischen Friedensinterpellation am 9. Dezember laut demselben „Correspondenzblatt“ (Nr. 51 vom 18. Dezember 1915) aus:

„Das Ziel der Sicherung gegen den feindlichen Einbruch ist erreicht. Unsere Truppen stehen in Belgien, Frankreich, Rußland und Serbien. Glauben die Gegner wirklich, daß sie den Krieg noch in unsere Gasse werden tragen können? Glauben sie es noch, nachdem alle ihre mit größter Gewalt unternommen Vorstöße gegen die stählernen Mauern, die unser Land beschützen, mißlungen sind? Es handelt sich jetzt nur noch um die Frage, ob die Gegner zum Frieden bereit sind.“

Die Behauptung der Fraktionsminderheit über die Sicherung der Grenzen deckt sich sonach völlig mit den entsprechenden Ausführungen des Genossen Scheidemann, die das Organ der Generalkommission der Gewerkschaften am 18. Dezember 1915 feindsüchtig angefochten hat. Am 1. Januar 1916 findet es aber die fast gleichlautenden Worte der Rinderheitsklärung „geradezu beschämend naiv“.

Auch ein Schulbeispiel zu dem bekannten Ausspruch: Wenn zwei das selbe tun, so...

### Wieder ein Kämpfer aus der alten Zeit gestorben.

Der Seifenmacher Wilhelm Kramer in Freiburg i. B. ist dem Parteigenossen Ernst Kräuter rasch ins Grab nachgefolgt. In der sozialistengesellschaftlichen Zeit, als die rote Posthalterei im badi-schen Oberlande zäher Mitarbeiter bedurfte, wurde in Freiburg Kramers Name mit jenem Friedrich Sogus viel genannt, beide saßen als Repräsentanten der Freiburger Sozialdemokratie auch auf der Anklagebank des ersten dortigen Sozialistenprozesses und monatelang im Gefängnis. In den letzten Jahrzehnten seines arbeitsreichen Lebens hat sich Kramer aus dem politischen Leben zurückgezogen und trat nur noch als Förderer der Handwerkerbestrebungen in der Innungsorganisation auf. Vor einigen Wochen setzte ein Schlaganfall dem Leben Kramers ein Ziel; er starb am 14. Januar. Seine Arbeit für die Partei in schwerer Zeit soll ihm nicht vergessen sein.

## Soziales.

### Die Kinder der Landwirte in der Unfallversicherung.

Der badische Landtag hatte im Jahre 1912 bei der Beratung des Ausführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung auf Grund deren Bestimmung im § 1094 Abs. 1 verordnet: es habe sich die Unfallversicherung auf die in Baden gelegenen Land- und forstwirtschaftlichen Betriebe zu erstrecken; dabei beziehe sich die Versicherungspflicht des Unternehmers „auch auf seinen im Betrieb tätigen Ehegatten“. Dagegen blieben ausgeschlossen von der Unfallversicherung „die Familienangehörigen unter 12 Jahren, welche in dem Betriebe des Familienhauptes beschäftigt werden“.

Mit dem Ausschluss der Kinder verband diese badische Gesetzgebung, wie der Berichterstatter Wittmann am 22. Dezember 1915 betonte, die Absicht, den sittlichen Zweck zu erreichen, daß die Kinder von ihren Eltern in deren Betrieb nicht zu schweren, für die Gesundheit schädlichen Arbeiten herangezogen werden.

Diese Versicherungsordnung wurde auf ministeriellen Antrag am 10. Juni 1915 durch den Großherzog von Baden auf Grund seines Notverordnungsrechtes (Art. 68 Abs. 2 der bad. Verfassung) aufgehoben, weil der Mangel der Arbeitskräfte zur Kriegszeit eine Verwendung der Kinder im landwirtschaftlichen Betriebe erzwingt, und weil es angesichts dieser Kinderbeschäftigung unrichtig erschiene, die Versicherungspflicht nicht auch auf die kindlichen Mitarbeiter aus der eigenen Familie des Landwirts auszudehnen. Unter Aufhebung jener badischen Ausführungsbestimmung wurde nun im provisorischen Gesetz festgelegt: „Diese Familienangehörigen gelten als der Unfallversicherung unterworfen.“

Einem solchen Notgesetz haben beim Zusammentritt des nächsten Landtages die beiden Kammern beifolgende Fortdauer seiner Gültigkeit ihre Zustimmung zu erteilt. Dies ist nun in jeder Kammer einstimmig erfolgt. In der Zweiten Kammer ergriff bei der Beratung nur der sozialdemokratische Abg. Wötter das Wort. Er begrüßte es, daß auf diesem Wege ein alter Wunsch der sozialdemokratischen Partei, die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Kinder, in Erfüllung geht; notwendig wäre ein noch weiter reichender Schutz bei der Kinderarbeit, die auch in anderen Erwerbszweigen in umfangreicher Weise aufgenommen habe. Nach dem Kriege werde sich ein Arbeitermangel fühlbar machen und deshalb würden die Kinder in umfangreicher Weise zur Arbeit herangezogen werden. Genosse Wötter bittet deshalb die Regierung, das Gesetz auch nach Beendigung des Krieges bis zu dem Zeitpunkt in Geltung zu lassen,

in dem diese Verhältnisse sich wieder geändert haben. Der Minister v. Bodman stellte in Aussicht, daß der Landtag im geeigneten Zeitpunkt wieder mit der Frage beschäftigt werden soll.

### Kriegsausbruch ist kein Entlassungsgrund.

Das Reichsgericht hat, der von uns wiederholt dargelegten Ansicht entsprechend, bereits in einer Entscheidung vom 30. November 1915 ausgesprochen, daß der Kriegsausbruch an sich für den Dienstherrn kein wichtiger Grund im Sinne unserer geltenden Gesetze zur Kündigung eines langfristigen Dienstvertrages ist, selbst wenn der Geschäftsbetrieb des Dienstherrn infolge des Krieges nicht mehr lohnend erscheint. Um so weniger kann sich der Dienstherr auf den Krieg als wichtigen Grund berufen, wenn tatsächlich die Beschäftigung des Angestellten in einem anderen Zweige des Betriebes als dem ursprünglich vorgesehenen und vom Kriege betroffenen recht wohl möglich ist. So entschied das Reichsgericht am 11. d. M.:

Durch Vertrag vom 19. Oktober 1912 hatte die Firma P. in Düsseldorf, eine Zwischenhändlerin in Grobheisen, Motoren usw., den Kaufmann W. auf fünf Jahre als Bureauchef und Prokurist angestellt. In dem Vertrage ist bestimmt: „Tritt einer der beiden Kontrahenten einseitig vom Vertrage zurück, so hat er dem anderen eine sofort fällige Konventionalstrafe von 20 000 M. zu zahlen.“ Am 15. November 1914 hat die Firma den W. ohne Kündigung entlassen; sie meint, hierzu aus einem wichtigen Grunde berechtigt gewesen zu sein. W. sei als kaufmännischer Reisebegleiter ihrer Ingenieure bei Reisen ins Ausland tätig gewesen, sie habe ihre Geschäfte hauptsächlich mit England und Belgien gemacht, durch den Kriegsausbruch sei es ihr deshalb nicht mehr möglich, die Dienste des W. zu verwenden. Der letztere klagte nun gegen die Firma auf Zahlung der vereinbarten Vertragsstrafe von 20 000 M., indem er das Vorliegen eines wichtigen Grundes bestritt; er sei nicht nur für das Auslandsgeschäft tätig gewesen, sondern auch für das Inlandsgeschäft und könne in diesem nach Kriegsausbruch weiter beschäftigt werden.

Das Landgericht und Oberlandesgericht Düsseldorf hielten die Entlassung des Klägers für unberechtigt; während aber das Landgericht die Vertragsstrafe in Anwendung des § 343 B.G.B. auf 10 000 M. herabsetzte, hat das Oberlandesgericht die Beflagte zur Zahlung der vollen Strafe von 20 000 M. verurteilt. In seinen Entscheidungsgründen führt das Oberlandesgericht aus: Nach dem Vertrage war der Kläger bei der Beflagten schlechthin als kaufmännischer Bureauchef und Prokurist angestellt, also ohne Beschränkung auf die Auslandsgeschäfte. Da der schriftliche Vertrag die Vermutung der Vollständigkeit für sich hat, ist davon auszugehen, daß eine solche Beschränkung der Tätigkeit des Klägers tatsächlich nicht getroffen worden ist. Es ist aber auch erwiesen, daß der Kläger in Wirklichkeit nur etwa die Hälfte seiner Zeit auf Reisen im Ausland gewesen ist, im übrigen aber auf dem Bureau der Beflagten beschäftigt war. War aber der Kläger in seiner vertragsmäßigen Stellung auch für Inlandsgeschäfte bestimmt und geeignet, so bestand für die Beflagte keine große Schwierigkeit, nach Kriegsausbruch den Kläger auch im Inlandsgeschäft weiter zu beschäftigen. Da dies möglich war, ergibt sich schon daraus, daß die Beflagte den Kläger nach Kriegsausbruch bis zum 15. November im Inlandsgeschäft beschäftigt hat. Ein wichtiger Grund für die fristlose Entlassung des Klägers im Sinne des § 70 Handelsgesetzbuchs lag deshalb nicht vor. Da die Vertragsstrafe von der Beflagten im Betriebe ihres Handelsgewerbes versprochen ist, kann sie nicht eine Herabsetzung der Strafe nach § 343 B.G.B. verlangen. (§ 343 B.G.B.)

Ohne Erfolg verfuhrte es hiergegen die Beflagte mit dem Rechtsmittel der Revision; das Reichsgericht hat die Revision zurückgewiesen. (Rtzenzeichen III. 383/15.)

### Kontraktbruch und Weihnachtsgeschenk.

Ein Dienstmädchen, welches in einem Pensionat beschäftigt war, hatte seine Stellung ordnungsmäßig zum 31. Dezember gekündigt, aber schon am 29. Dezember ohne Wissen der Arbeitgeberin die Stellung verlassen. Durch Klage beim Gewerbegericht forderte die Arbeitgeberin von dem Mädchen Rückgabe des Weihnachtsgeschenks (Koch und seidene Bluse). Das Mädchen forderte im Wege der Widerklage Zahlung eines Lohnrestes und Schadenersatz wegen Zurückbehaltung des Dienstbuchs und der Invalidenkarte. Das Mädchen rechtfertigte das vorzeitige Verlassen der Stellung damit, daß es von der Arbeitgeberin mit den Schimpfworten Diebstahl, Schwein und Duffel belegt worden sei. Diese Angabe konnte aber vor Gericht nicht bewiesen werden. Nach längerer Verhandlung und Beratung veränderte der Vorsitzende Magistratsrat Schulz den Standpunkt des Gerichts dahin: Die Beflagte ist als Dienstmädchen in einem Pensionat Gewerbegehilfin. Die Bestimmung der Beflagten, wonach Weihnachtsgeschenke zurückgefordert werden können, ist also hier nicht anwendbar, das Geschenk kann daher nicht zurückgefordert werden. Die Beflagte hat von der Klägerin ein Restlohn und Auslagen 10,84 M. zu fordern. Da die Beflagte Kontraktbruch begangen hat, ist die Klägerin berechtigt, für 2 1/2 Tage, welche die Beflagte vor Ablauf des Arbeitsvertrages die Stellung verlassen hat, den ortsüblichen Tagelohn — insgesamt 7,50 M. — als Vertragsbruchstrafe zu fordern. Es bleibt demnach zugunsten der Beflagten ein Betrag von 3,34 M., den sie von der Klägerin zu beanspruchen hat. Schadenersatz wegen Zurückbehaltung der Papiere kann nicht gefordert werden, weil dieselben der Beflagten am 1. Januar zugestellt sind.

Auf Anraten des Gerichts verglichen sich die Parteien dahin, daß die Klägerin der Beflagten 3,34 M. zahlte.

### Eine enttäuschte Kinoschauspielerin.

Der Umstand, daß viele Leute in recht kurzer Zeit einen Veruf erlernen möchten, der ihnen eine auskömmliche Existenz gewähren soll, hat Unterrichts- und Lehranstalten in den verschiedensten Berufszweigen entstehen lassen. Aber so mancher, der solche Anstalt besuchte, sein Lehrgeld zahlte und Vertrauen auf die ihm gemachten Versprechungen setzte, sah sich in seinen Erwartungen getäuscht. So ging es auch einem jungen Mädchen, welches vor dem Gewerbegericht als Klägerin gegen Direktor Sasse, Inhaber einer Kino- und Theaterschule, auftrat.

Die Klägerin hat in dieser Schule gegen Zahlung eines Lehrgeldes von 60 M. einen zwei Monate währenden Kursus durchgemacht, in dem sie als Kinoschauspielerin ausgebildet wurde. Wie die Klägerin unbestritten angab, ist ihr beim Abschluß des Lehrvertrages vom Direktor Sasse versichert worden, sie würde durch ihn nach Ablauf der Lehrzeit dauernd als Filmschauspielerin beschäftigt werden. Am 13. November war die Lehrzeit zu Ende. Von da ab hat die Klägerin bei Kinonaufnahmen mitgewirkt. Sie sollte dafür eine Monatsgage von 50 M. erhalten. Als sie am 13. Dezember die Gage forderte, wurde sie bis zum 15. und an diesem Tage noch weiter vertröstet und am 20. entlassen, ohne ihre Gage bekommen zu haben. Sie forderte dieselbe nun im Klagewege. Die Klägerin ist der Meinung, sie sei deshalb entlassen worden, weil Direktor Sasse das Versprechen dauernder Beschäftigung nicht einlösen konnte oder wollte. Der Vertreter des Beklagten sagte dagegen, die Klägerin sei entlassen worden, weil sie durch die Weigerung, zu spielen, gegen die ihr anerkannte Hausordnung verstoßen habe. Demgegenüber meinte die Klägerin, nachdem sie trotz wiederholter Forderung die rückständige Gage nicht bekommen konnte, sei ihre Stimmung derart herabgedrückt worden, daß es ihr nicht mehr möglich war, zu spielen. Schließlich kam ein Vergleich zustande, wonach der Beklagte der Klägerin 30 M. zahlte.

### Das Prinzip des Unternehmers.

In Nr. 13 des „Vorwärts“ erschien unter obiger Überschrift ein Bericht aus dem Berliner Gewerbegericht, zu dem uns die beklagte Firma Rheinisch-Westfälische Sad-Industrie (Julius Blumenstein) eine längere Zuschrift sendet, um damit angebliche Unstimmigkeiten aus dem erwähnten Bericht zu entfernen. Die Firma legt Wert darauf, daß nur in diesem speziellen Falle Geld keine Rolle bei ihr spiele. Der Klägerin seien denn auch vor Einreichung der Klage Geldmittel zur Befreiung ihrer entstandenen Unkosten und für die Heimreise zur Verfügung gestellt worden. Der in Mannheim der Klägerin überwiesene Vorschuß sei für persönliche Ausgaben bestimmt gewesen, die Reisekosten habe die Firma bezahlt. Daß eine von der Klägerin benannte Zeugin mit Entlassung bedroht wurde, sei un wahr. Diese habe sich im Krankenhaus befunden. Die Klägerin habe hinterher erklärt, daß sie aus eigenem die Klage gegen die Firma nicht eingereicht hätte, jedoch von einem anderen Angestellten dazu „aufgedrängt“ worden sei. Die Angelegenheit sei jetzt vergleichsweise erledigt, indem die Klägerin aus freien Stücken folgende Erklärungen abgegeben habe: 1. Daß sie ihren gesamten Lohn und Kosten für die Rückreise, die sie zu beanspruchen hatte, erhielt, und ihr derselbe vor Klageeinreichung angeboten war. 2. Sie hat die gegen den Prokuristen ausgesprochenen Beschuldigungen reiflich überdacht und als un wahr mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen. 3. Daraufhin wurden ihr 80 M., und zwar in Form eines unbarzinslichen Darlehens ausbezahlt. 4. Die Klägerin hat die Klage beim Gewerbegericht zurückgezogen.

Wir geben die Sätze, auf die es ankommt, vorstehend wieder, ohne damit zuzugeben, daß unter Verzicht ein solcher war. Dieser entsprach nur den mündlichen Verhandlungen, wie sie vor dem Gericht vorgetragen wurden. Was sich vor- und nachher an anderer Stelle ereignete, entzieht sich natürlich unserer Kenntnis und demnach auch unserer Beurteilung.

## Genossenschaftliches.

### Von den schweizerischen Konsumgenossenschaften.

Weder die Entwicklung der schweizerischen Konsumvereine im abgelaufenen Jahre werden in der schweizerischen Presse bereits einige orientierende Angaben gemacht. Danach hat das schweizerische Konsumvereinswesen, trotz der vielen Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Warenvermittlung, weitere erhebliche Fortschritte gemacht. Die Zahl der der Zentralstelle angeschlossenen lokalen Konsumvereine ist auf 408 gestiegen, die in 1915 haben die Bedürfnisse ihrer 277 000 Mitglieder in Nahrung, Kleidung usw. befriedigt. Den Konsumvereinen steht ein Betriebskapital von 30 Millionen Frank zur Verfügung und sie nennen einen Vermögensbestand von 35 Millionen Frank ihr eigen. Durch die Zentralstelle in Basel wurden Waren der verschiedensten Gattung im Werte von rund 50 Millionen Frank vertrieben. Die Verschmelzung der kleinen Konsumvereine wurde im verfloffenen Jahre fortgesetzt und weitere Zusammenfassungen sind eingeleitet.

Das Jahr 1916 scheint eine bedeutungsvolle Neuerung bringen zu wollen. Wie die Tagespresse meldet, soll bereits Ende Januar eine genossenschaftliche Zentralstelle der Milchkonsumenten errichtet werden. Zweck der Genossenschaft ist die Deckung des Bedarfs an frischer Milch für die angeschlossenen Mitglieder, unter möglicher Befolgung der Wirtschaftlichkeit und der Hygiene. Dieser Zweck soll erreicht werden durch Betrieb eigener oder gemieteter Anstalten für gemeinsamen Einkauf und Verwertung von Milch, eventuell durch Beteiligung an Unternehmungen, durch welche die Genossenschaft gefördert wird. Die Mitglieder der in Basel errichteten Genossenschaft sind zum Bezug von frischer Milch durch die Genossenschaft verpflichtet. Es besteht also der Bezugszwang wie bei der Mühlen-genossenschaft in Zürich. Als Mitglieder können aufgenommen werden der Konsumverband und seine lokalen Sektionen sowie Gemeinden, Anstalten und andere juristische Personen, die gesonnen sind, die Zwecke der Genossenschaft zu fördern. Die Zahl der Anteilseiner zu je 1000 Frank, die jedes Mitglied zu übernehmen hat, richtet sich nach dem Umsatz jedes Mitgliedes. An der Spitze der Einkaufsgenossenschaft steht ein Vorstand, bestehend aus 9 Vertretern der verschiedenen Landesgegenden. Mit der Gründung dieser zentralen Milchgenossenschaft wird ein bereits im Jahre 1908 beschlossener Plan verwirklicht; ein Beweis dafür, daß man in der Schweiz genossenschaftliche Neuerungen von größerer Bedeutung nur nach langjähriger Heranreife schafft. Bis jetzt sind circa 80 Prozent der schweizerischen Milchproduzenten organisiert, von den Konsumenten aber höchstens 10 Prozent.

## Gerichtszeitung.

### Eine unbrauchbare Beamtin.

In sehr schnellem Tempo ist die unberechnete Marie Büß, die gestern vor der Strafkammer des Landgerichts I stand, vom Dienstmädchen zu der Würde einer öffentlichen Beamtin emporgestiegen.

Sie war ausüßweise an einem tiefgen Postamt als Vertreterin eines Briefträgers angenommen worden, hat sich aber in dieser Eigenschaft als Postausbeterin recht schlecht bewährt. Sie lieferte Briefe, die ihr zur Verfügung übergeben waren, nicht an die Adressaten ab, sondern sog es vor, den Ofen als bequeme Empfangsstätte für die ihr lästigen Briefschaften zu benutzen und diese dort zu verbrennen. Ihre Wirtin, bei der sie wohnte, fand im Ofen eine ganze Anzahl halb verbrannter Briefe, die ihr sofort die zutreffende Ueberzeugung bebrachte, daß die Angeklagte ihre Amtspflichten in schändlicher Weise vernachlässigte. Da der Angeklagten außer der mechanischen Beschäftigung auch oblag, vorkommenden Fällen Zustellungsurkunden zu besorgen, so mußte sie als Beamtin angehen werden. Der Staatsanwalt beantragte gegen sie sechs Monate, das Gericht erkannte auf drei Monate Gefängnis.

### Ein Denunziant.

Zu einer recht häßlichen falschen Anzeige bei der Polizei hatte sich der Kaufmann Albert Krecher verstanden, der gestern unter der Anklage der Beleidigung vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg sich zu verantworten hatte.

Er hatte — anscheinend in Verfolg einer expressiven Absicht — unter dem Vorgeben, er sei Beamter des Landratsamtes, sich in das Geschäftslokal einer Kaufrau gegeben und allerlei Auffstellungen über den Geschäftsbetrieb verlangt. Er kam jedoch nicht zum Ziele, da der antwortende Ehemann störend dazwischen trat und ihm sein Konzept verbarb. Aus Ärger hierüber erstattete der Angeklagte bei der Polizei Anzeige dahin, daß die Eheleute in ihrer Wohnung polizeilich nicht angemeldete Personen beherbergten. Diese Anzeige hatte für die leichtfertig und ganz grundlos Beschuldigten viele Unbequemlichkeiten und Verdruß zur Folge. Sie mußten wiederholt auf der Polizei erscheinen, mehrmals erschienen auch bei ihnen Polizeibeamte und eines Tages wurden zwei Personen, die aus dem Geschäftslokale der Eheleute herauskamen, polizeilich angehalten und über ihre Personlichkeit befragt. Da es sich um ein von rechtswidriger Bestimmung zeugendes Vorgehen des Angeklagten handelte, verurteilte ihn das Gericht zu drei Monaten Gefängnis. Eine höhere Strafe hätte dem Rechtsgefühl auch nicht widersprochen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Ruh und schneeweis etwas auflockernd, jedoch vorwiegend trüb mit wiederholten, meist geringen Regenfällen.

# Aus dem Ausschuss des Berliner Gewerbegerichts.

## Gutachten über die Lohnregelung Kriegsbeschädigter.

Aus einzelnen bisher in die Öffentlichkeit gelangten Mitteilungen sollen Unternehmer bei der Einstellung von Kriegsbeschädigten die Praxis befolgen, diesen Kriegsbeschädigten, auch wenn sie für ihren früheren Beruf voll leistungsfähig sind, einen geringeren Lohn zu zahlen als dem gesunden Arbeiter. Der Kriegsbeschädigte soll deswegen geringere Bezahlung erhalten, weil er eben Kriegsbeschädigter ist und als solcher von der Militärverwaltung eine Rente bezieht.

Bei der Beratung über die Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Berlin ist von einem sozialdemokratischen Redner in der Stadtverordnetenversammlung auf einen solchen Fall hingewiesen worden. Um einer solchen Tendenz durch die Arbeiterschaft zu begegnen, ist es nicht angebracht, mit der Regelung der Löhne für Kriegsbeschädigte bis zur Beendigung des Krieges zu warten, sondern bereits jetzt Vorkehrungen zu treffen, lohnwürdiger Weise die Kriegsbeschädigten allein an, sondern hat auch vom Standpunkt der Konfurrenz auf dem freien Arbeitsmarkt auch für den gesunden Arbeiter und, volkswirtschaftlich genommen, auch für das Reich, den Staat und die Gemeinden große Bedeutung.

In der Erkenntnis dieser Sachlage hatten 30 Arbeitnehmerbeisitzer des Berliner Gewerbegerichts an den Ausschuss desselben Gerichts (Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter) das Ersuchen gerichtet, sich gutachtlich darüber zu äußern:

„In welcher Weise die Entlohnung der Kriegsbeschädigten unter besonderer Berücksichtigung der Tarifverträge und der Beschäftigung in öffentlichen Betrieben zu regeln ist.“

Die vor kurzem stattgefundene Sitzung des Gewerbegerichtsausschusses hat sich in sehr eingehender Weise mit der Angelegenheit beschäftigt.

Von einem Arbeitnehmervertreter wurde hierbei auf die Mangelhaftigkeit des Mannschaftsversorgungsgesetzes hingewiesen, daß die Rentenfestsetzung für Kriegsbeschädigte nach einem rohen Grundbetrage der militärischen Rangstufe und nicht nach dem Einkommen, das der Kriegsbeschädigte in seinem früheren Beruf gehabt hat, erfolgt. Weil diese Rentenbeträge für industrielle Arbeiter zu gering sind, werde auch die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten im allgemeinen erschwert.

Darüber waren sich indes Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter grundsätzlich einig, daß bei solchen Kriegsbeschädigten, die in ihrem Beruf dieselbe Arbeit wie früher leisten, eine Aufrechnung der Rente, wenn sie eine solche beziehen, unter keinen Umständen stattfinden darf. Wesentlich anders liegt das Verhältnis, wenn es sich um Kriegsbeschädigte handelt, die durch körperliche Beschädigung zum Teil oder wesentlich an ihrer früheren Erwerbsfähigkeit herabgemindert sind. Auch diese können im Arbeitsprozeß nicht zum Lohnträger werden, wenn sie für den Teil der ihnen geliebten Arbeit nicht mehr leistungsfähig sind. Dort, wo der Kriegsbeschädigte Stück- (Arb.) Arbeit verrichtet, macht die Durchführung dieses Prinzips keine besonderen Schwierigkeiten. Auch der Kriegsbeschädigte Metallarbeiter, Schneider, Schuhmacher usw. muß denselben Akkordlohn für das von ihm fertiggestellte Stück erhalten, wie dieses mit seinem Preis zwischen den Organisationen in Tarifverträgen vereinbart ist. Schwieriger gestaltet sich die Regelung bei Kriegsbeschädigten, die im Zeitlohn beschäftigt werden und für solche Kriegsbeschädigte, für deren Gewerbe keine Tarifverträge vorhanden sind. Der Ausschuss des Gewerbegerichts war auch hier einstimmig der Meinung, daß aus den oben angeführten Gründen diese Kreise der Kriegsbeschädigten in den Kreis der geplanten Regelung einbezogen werden müssen.

Der Ausschuss beschloß demgemäß diese beiden Leitsätze:

1. Die Kriegsrente darf gegen die üblichen in den betreffenden Gewerben gezahlten Löhne nicht aufgerechnet werden.
2. mit den in Folge der Kriegsbeschädigung minder leistungsfähigen Arbeitnehmern kann eine von den üblichen Lohnsätzen abweichende Vereinbarung getroffen werden. Den in Tarifverträgen vorgesehene Schlichtungskommissionen oder anderen paritätischen Kommissionen bleibt es vorbehalten, von Fall zu Fall auf Antrag einer Partei die Leistungsfähigkeit bzw. deren Minderung und die darauf gegründete Lohnminderung nachzuprüfen und sodann zu regeln; wo solche Schlichtungskommissionen nicht vorhanden sind, müssen hierfür andere Einrichtungen, wie z. B. Arbeitsgemeinschaften, Überwachungskommissionen oder sonstige geeignete Stellen geschaffen werden.

Dieses Gutachten des Ausschusses des Gewerbegerichts geht zunächst an den Reichsausschuss für Kriegsbeschädigtenfürsorge und ist mit einer eingehenden Begründung versehen. Insbesondere wird in dieser Begründung Wert darauf gelegt, daß diese vom Ausschuss vorgelegenen Abmachungen nicht nur für Privatunternehmungen, sondern auch für öffentliche Betriebe des Reichs, des Staates, der Gemeinden Geltung haben sollen.

Wie den Arbeitnehmervertretern des Ausschusses bekannt ist, werden die vom Ausschuss ausgesprochenen und eigentlich selbstverständlichen Grundätze von einzelnen öffentlichen Betrieben nicht befolgt, obwohl selbst das Kriegsministerium in einer besonderen Verfügung darauf hingewiesen haben soll.

Die Aenderung des Mannschaftsversorgungsgesetzes nach der bereits erwähnten Richtung soll Gegenstand eines besonderen Antrages des Ausschusses an die gesetzgebende Körperschaft sein. Die Notwendigkeit einer Aenderung dieses Gesetzes soll lediglich mit den Erfahrungen der Kriegsbeschädigtenfürsorge, insbesondere im Zusammenhang mit den bestehenden Tarifverträgen der gewerblichen Arbeiterschaft begründet werden.

Ueber diese Verhandlungen wird später berichtet werden.

## Aus Groß-Berlin. Heiratsebbe.

Nach der Flut von Eheschließungen, die im Jahre 1914 mit Ausbruch des Krieges einsetzte, ist im Jahre 1915 die Eheschließungsziffer umso tiefer gesunken. Die Ebbe mußte folgen, weil die Kriegstrawungen viele erst für später geplanten Heiraten vortweggenommen hatten. Dazu kam, daß der Nachwuchs an heiratsfähigen Männern teilweise durch Einberufung zum Heeresdienst ausgekallt wurde. In Berlin, wo im Jahre 1912 noch 22 995, in 1913 aber nur 21 194 Ehen geschlossen worden waren, brachte das Jahr 1914 wieder 22 701 Eheschließungen. Die für 1914 sich ergebende Zunahme gegenüber 1913 war nur den Kriegstrawungen zu danken, sie reichte indes noch nicht einmal aus, die Zahl der Eheschließungen wieder auf die Höhe von 1912 zu steigern. Welches ist nun das Ergebnis des Jahres 1915, das jetzt hinter uns liegt? Die Eheschließungen minderten sich auf nur 16 622, eine ganz ungewöhnlich geringe Zahl, die hinter derjenigen der früheren Jahre weit zurückbleibt. Die zwölf Monate waren beteiligt in 1914 mit 984, 1126, 1808, 2996, 1742, 1209, 1213, 5793 (August), 1570, 1825, 1020, 1420 Eheschließungen. Dagegen lieferten in 1915 die zwölf

Monate 1146, 1219, 1680, 1747, 1407, 1488, 1429, 1115, 1276, 1525, 1194, 1451 Eheschließungen.

## Kriegerfamilienunterstützung und Krankenhauspfege.

Die Lieferungsverbände sollen nach den erlassenen Verordnungen auch für die ärztliche Behandlung und Verpflegung der Kriegerfamilien in Krankheitsfällen sorgen, ohne daß aus diesen Leistungen für die Kriegerfamilie oder für die im Felde stehenden Krieger irgendwelche Nachteile entstehen. In Berlin hat der zuständige Dezernent für das Kriegsunterstützungswesen im Dezernatswege, ohne sich mit der für diese Fragen eingesetzten allgemeinen Kommission ins Benehmen zu setzen, die Verfügung erlassen, wonach bei Aufnahme eines Familienmitgliedes in ein Krankenhaus, soweit es sich um Kriegerfamilien handelt, diese Tatsache der Unterstützungskommission mitzuteilen ist, und daß es der Kommission anheimgestellt bleibt, zu beschließen, ob und für welche Zeit die Fortzahlung der Unterstützung eingestellt werden soll. Nun ist es ja bekannt, daß in vielen Fällen aus der Unterstützung auch noch ein Restbetrag an Rente gezahlt werden muß. Deshalb halten viele Kommissionen es für eine Härte, die Unterstützung sofort abzusetzen, wenn ein Familienmitglied sich einige Wochen im Krankenhaus befindet. Uns sind Kommissionen bekannt, die erst nach Monatsfrist, andere nach zwei Monaten, darüber beraten, ob die Unterstützung fortzusetzen ist. Eine Einheitslichkeit besteht auf diesem Gebiete leider immer noch nicht.

Wie aber in der Praxis verfahren wird, zeigt ein Vorfall, der im Bezirk der Steuerklasse VII b spielt. Diese Steuerklasse hat eine Frau, die ein Kind im Krankenhaus hatte, nicht nur den vollen Unterstützungsbetrag für das Kind während des Krankenhausaufenthalts von der Unterstützung abgezogen, sondern noch darüber hinaus. Ueber den Sachverhalt werden uns folgende Angaben gemacht, die wir nachgeprüft haben: „Im Krankenhaus war das Kind, wie der Entlassungsschein ergibt, vom 10. Oktober bis zum 4. November, das sind 21 Oktobertage und 4 Novembertage. Die Unterstützung des Kindes betrug im Oktober 12 M. für den ganzen Monat oder 40 Pf. für jeden Tag, also für 21 Tage 8,40 M., im November 18,50 M. für den ganzen Monat oder 45 Pf. für jeden Tag, also für 4 Tage 1,80 M., macht zusammen 10,20 M. Will man die Abzüge von der Unterstützung damit rechtfertigen, daß die Mutter für das Kind in den 25 Tagen keine Ausgaben gehabt habe (tatsächlich hat sie in dieser Zeit so manches an Speisen und Erfrischungen in das Krankenhaus mitgenommen), dann darf jedenfalls über 10,20 M. nicht hinausgegangen werden. Bieviel aber hat man der Frau abgezogen? Zu beanspruchen hatte sie für sich und ihre drei Kinder bis einschließend Oktober für den ganzen Monat 60 M., vom November ab für den ganzen Monat 70,50 M. Gezahlt wurden ihr zu Anfang Dezember 28,50 M., zu Mitte Dezember 28,50 M., zu Anfang Januar 29,— M., zu Mitte Januar 34,50 M., während sie jedesmal für den halben Monat 35,20 M. zu beanspruchen hatte. Abgezogen hat man ihr mithin zu Anfang Dezember 6,75 M., zu Mitte Dezember 6,75 M., zu Anfang Januar 6,25 M., zu Mitte Januar 0,75 M., macht zusammen 20,50 M. Das ist um 10,30 M. mehr als der auf den Krankenhausaufenthalt fallende Anteil der Kindesunterstützung. Es versteht sich von selber, daß Abzüge in dieser Höhe unter keinen Umständen berechtigt sind; denn ein Mehrbetrag etwa zur Deckung auch der Auskosten wäre ja ungefällig. Wir raten der Frau, von der Steuerklasse die Rückzahlung mindestens des ihr zuviel abgezogenen Betrages zu fordern. An die Steuerklasse aber muß die Frage gerichtet werden, wie sie ihr Verhalten rechtfertigen will. Hat sie im Auftrage der Armendirektion gehandelt und den Mehrbetrag schon dorthin zur Aufkostendeckung überwiesen, so wird die Steuerklasse sich mit der Armendirektion wegen Schadloshaltung auseinandersetzen müssen. Der Mißgriff ist um so schlimmer, weil die Kriegsfrau sich alle diese Abzüge gefallen lassen mußte zu einer Zeit, wo das Kind schon aus dem Krankenhaus heimgekehrt war. Das Kind brauchte wieder die früheren Unterhaltungskosten, die die Mutter aus der Unterstützung decken sollte, und gewiß bedurfte es noch einer besonderen Pflege. Aber gerade jetzt kürzte man ihr die Unterstützung!“

Der Vorfall ist in der Tat unerhört.

## Vom Preisprüfungsausschuss.

In der letzten Sitzung des Sachausschusses für Hüllensfrüchte, Reis, Grieß, Graupen, Kolonialwaren, Konserven der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin wurde zur Sprache gebracht, daß mehrfach Konserven in den Handel kommen, deren Preis der Menge und Art ihrer Bestandteile in keiner Weise entspricht. Aehnliche Beobachtungen sind bei den sogenannten Liebesgabenartikeln gemacht worden. Mehrere Proben sollen chemisch untersucht und dem Mißstand erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt werden.

Außerdem wurde eine Reihe von Preisprüfungen des illegalen Zwischenhandels, welche auf Grund von Zeitungsanzeigen vorgenommen worden sind, besprochen und beschlossen, sämtliche derartige Angebote zu übermäßig hohen Preisen unverzüglich der Staatsanwaltschaft zur Anzeige zu bringen.

Mit der Gestaltung des Untergrundbahnhofes am Hermannplatz beschäftigte sich gestern im Berliner Rathaus eine gemeinschaftliche Sitzung der Verkehrsdeputationen von Berlin und Rudow. Den Beratungen wohnten Professor Dr. Cauer und ein Vertreter der A.G.S.-Schnellbahn bei. Ueber den Gang und das Ergebnis der Beratungen soll vorläufig Stillschweigen bewahrt werden.

## Sandfahnderei und Heimarbeit.

Die durch die gesamte deutsche Presse gegangene Mitteilung über die Vergebung von Sandfahnderei an Heimarbeitern hat in weiten Kreisen zu der irrthümlichen Auffassung geführt, als ob der Deutsche Wohlfahrtsbund, Abteilung „Kriegsausschuss für Heimarbeit“, Aufträge an Einzelpersonen zu vergeben habe. Das ist nicht der Fall, vielmehr sind alle bezüglichen Anträge nur an die verschiedenen örtlichen Zentralstellen zu richten, welche das Weitere in Verbindung mit dem Kriegsausschuss veranlassen werden.

## Der Lindentunnel.

Die beiden Tunnel unter dem Kaiser-Franz-Joseph-Platz, die die Straßenbahnlinie der städtischen Straßenbahnen und der Großen Berliner Straßenbahn aufnehmen werden, geben ihrer Vervollendung entgegen. Die Verhandlung mit dem Finanzministerium über die Festlegung neuer Fluchtlinien für die Umgebung des Finanzministeriums sind abgeschlossen, so daß nunmehr auch für die Grundstücke in der Dorotheenstrasse die Fluchtlinien abgeändert werden können. Die Dorotheenstrasse soll dort gerade gelegt werden. Von dem städtischen Grundstück Dorotheenstrasse Nr. 1 werden 167 und etwa 50 Quadratmeter, von dem Grundstück des Geh. Kommerzienrats Herz (Nr. 2) etwa 75 Quadratmeter, vom Garten des Finanzministeriums (Nr. 84) etwa 95 Quadratmeter für die Verabfolgung der Dorotheenstrasse (späteren Jubiläumstrasse) beansprucht. Die Verhandlungen wegen des Erwerbes der städtischen Flächen sind noch nicht abgeschlossen. Es handelt sich dabei um den Ankauf des Grundstücks an der Ecke der Dorotheenstrasse Nr. 1 und der Straße Am Kupfergraben, wo ein Platz geschaffen werden soll, der auch zur Aufnahme und Führung von Straßenbahnen in nördlicher Richtung dienen soll.

## Dr. Pape kommt vor das Schwurgericht.

In der Strafsprossache des ehemaligen Weihensteer Gemeindefürsors Dr. Pape, der sich bekanntlich seit drei Monaten in der Berliner städtischen Irrenanstalt Herzberge befindet, ist eine interessante Wendung eingetreten. Selten sind in einer Strafsache, die zur Anweisung der geistigen Gesundheit des Angeklagten führt, so grundverschiedene psychiatrische Gutachten erstattet worden. Fast ein Duzend Psychiater wurden im Laufe von anderthalb Jahren zur Abgabe von Gutachten aufgefordert. Die einen Gutachter sagen, daß Dr. Pape, der wegen Tötung seines Bruders durch einen Revolverkugelschlag gelegentlich eines tückischen Angriffes des Getöteten unter Anklage steht, völlig geistesgesund und daher im strafrechtlichen Sinne verantwortlich ist. Die anderen erklären ihn für unheilbar geisteskrank und nicht verhandlungsfähig, für gemeingefährlich und dauernd internerungsbedürftig. Wieder andere stellen nur starke quersatorische Reigungen fest, die aber die gerichtliche Verhandlungsfähigkeit wegen der zur Anklage stehenden Tötung und wegen Verleumdung deutscher Konsulatsbehörden nicht ausschließen. Endlich wird noch von mehreren Gutachtern behauptet, daß Dr. Pape schon bei Vergebung der Tat an seinem Bruder in Siam unzurechnungsfähig gewesen sei. Selbst die drei Gutachter des brandenburgischen Medizinalkollegiums, auf deren Gesamtgutachten hin Dr. Pape aus der Untersuchungshaft in Moabit für unbestimmte Zeit nach der Irrenanstalt Herzberge übergeführt worden ist, kommen im einzelnen zu verschiedenen Schlüssen und stellen nur das Quersatorische gleichmäßig fest. Drei Irrenärzte der Anstalt Herzberge, der Direktor Professor Dr. Siepmann, Geheimrat Dr. Ditto und Assistenzarzt Dr. Schmidt haben nunmehr nach eingehender Beobachtung und sorgfältigem Altestudium ihr Gutachten dahin abgegeben, daß Dr. Pape verhandlungsfähig ist. Er dürfte also in das Untersuchungsgefängnis zurückgeführt und nach zweijähriger Untersuchungshaft endlich vor das Schwurgericht gestellt werden.

## Die Benutzung der Volksbibliotheken.

Den Volksbibliotheken der Stadt Berlin hat der Krieg, nach den Angaben des letzten Verwaltungsberichtes, keine sehr bedeutende Verringerung der Benutzung gebracht. In dem Verwaltungsjahr 1914 (1. April 1914 bis 31. März 1915), das mit zwei Dritteln in die Kriegszeit fiel, liegen die 28 Volksbibliotheken 1 446 886 Bände aus, gegenüber 1 648 097 Bänden im vorhergehenden Jahr. Der Rückgang beträgt nur 201 261 Bände, das ist noch nicht ein Viertel der Zahl des vorletzten Jahres. Dabei ist aber zu beachten, daß im Laufe des letzten Jahres der Bücherbestand durch Auslieferung veralteter Bücher sich auf 231 826 Bände verringerte, gegenüber 236 179 Bänden im vorletzten Jahr.

Die Beteiligung der einzelnen Bibliotheken an den Ausleihzahlen war wieder, wie alljährlich, sehr ungleich. An der Spitze stand mit 146 064 Bänden die 20. Bibliothek (Mabensstraße), die schon seit einer Reihe von Jahren die meistbenutzte ist. Den Schluß machte mit nur 8596 Bänden die 23. Bibliothek (Olivaer Straße), die gleichfalls schon seit mehreren Jahren die kleinste Benutzungsziffer hat. Sehr ungleich waren für die einzelnen Bibliotheken auch die Aenderungen gegenüber den Benutzungsziffern des vorletzten Jahres. Manche Bibliotheken hatten einen auffallend starken Rückgang, bei anderen war ein Verlust kaum zu merken, noch andere konnten sogar einen Aufschwung verzeichnen. Vom vorletzten zum letzten Jahr verringerte sich die Zahl der entliehenen Bände z. B. bei der 28. Bibliothek (Kottbuser Straße) von 95 190 auf nur 56 981, um zwei Fünftel, bei der 9. Bibliothek (Wilmsstraße) von 102 266 auf nur 76 648, um ein Viertel, dagegen mehrten sich die entliehenen Bände z. B. bei der 12. Bibliothek (Zurmsstraße) von 38 394 auf 49 337, um erheblich mehr als ein Viertel. Auch der Bücherbestand der einzelnen Bibliotheken ist ungleich, aber hier sind die Unterschiede bei weitem nicht so groß. Der Bestand vom 1. April 1915 schwankte zwischen 12 012 Bänden in der 28. Bibliothek und 5411 Bänden in der 23. Bibliothek. (Der Verwaltungsbericht gibt für die 24. Bibliothek sogar 20 853 Bände an, was offenbar ein Druckfehler — statt 10 353 — ist.) Die Menge der entliehenen Bände hängt nur zum Teil von der Stärke des Bücherbestandes ab. Sehr viel größer ist der Einfluß der Betriebsdauer, die jetzt für die ganze Woche bei einigen Bibliotheken 38 Stunden, bei den meisten 20 Stunden, aber bei einigen immer noch nur 6 Stunden beträgt. Auch das spricht mit, in welchem Stadtteil die Bibliothek liegt. Vergleicht man für die einzelnen Bibliotheken den Durchschnitt des Bücherbestandes (genommen aus den Bestandszahlen vom Anfang und vom Ende des Verwaltungsjahres) mit den Entleihszahlen des Jahres, so bemerkt man, wie alljährlich, sehr bedeutende Unterschiede. Die Benutzung war im Verhältnis zum Bestand am stärksten bei der 19. Bibliothek (Sonnenburger Straße), die bei Entleihsung von 106 018 Bänden und einem Bestand von nur 7694 Bänden ziemlich 14 Entleihsungen pro Band hatte. An zweiter Stelle steht bei dieser Berechnung die schon erwähnte 20. Bibliothek mit zwar 146 064 entliehenen Bänden, aber einem Bestand von 12 036 Bänden, was 12 Entleihsungen pro Band ergibt. Andererseits sehen wir die verhältnismäßig schwächste Benutzung bei der 1. Bibliothek (Kobrenstraße), wo bei Entleihsung von nur 34 806 Bänden und einem Bestand von 12 856 Bänden (die Bibliothek hatte am Jahresanfang 14 273, am Jahresfluß aber nur 10 438) noch nicht ganz 3 Entleihsungen auf den Band kamen. Diese Unterschiede zeigen, daß mitunter auch trotz langer Betriebsdauer — sie war bei der 1. Bibliothek 20 Stunden pro Woche — die Benutzung gering sein kann. Eine genügende Benutzung ist namentlich dann schwer zu erreichen, wenn in dem Stadtteil die Bevölkerungszahl immer weiter zurückgeht.

Wie ungleich groß und wie verschieden zusammengesetzt der Leserkreis für die einzelnen Bibliotheken ist, darüber könnte eine Gruppierung der Benutzer nach ihrem Beruf uns belehren. Nachdem diese Angaben, die früher in den Verwaltungsberichten sich fanden, etwa zwei Jahrzehnte hindurch unterblieben waren, bringt sie jetzt wieder zum ersten Male der neueste Verwaltungsbericht. Wir müssen aber annehmen, daß die Zusammenstellung wohl — leider — nicht bei allen Bibliotheken nach denselben Grundätzen ausgeführt worden ist. Als Benutzer sind gezählt für die 1.—27. Bibliothek zusammen 46 068, für die 28. Bibliothek allein 21 849. Dieser offensichtliche Ansturm steht in dem Bericht; er gibt danach auch die Summe für die 1.—28. Bibliothek auf 67 412 an. Bei der 28. Bibliothek sind die Angaben falsch, ganz unverdächtig scheinen sie aber auch bei mancher der anderen Bibliotheken nicht zu sein. Vergleicht man die Benutzerzahlen mit den Entleihsungszahlen, so sieht man Unterschiede, die man nicht für möglich halten kann. Die 26. Bibliothek (Schrenbergstraße) zählte 4630 Benutzer heraus, so daß bei Entleihsung von 32 728 Bänden auf den Benutzer nur 7 Bände im Jahr kamen. Ein Gegenstück ist die 13. Bibliothek (Waldemarstraße) mit nur 839 Benutzungen, aber 79 625 entliehenen Bänden, was im Jahr pro Benutzer 95 Bände gäbe. Auf Wiedergabe der Gruppierung nach Beruf und Geschlecht wollen wir bei solcher Unzuverlässigkeit der Zahlen verzichten. Nur als Kuriosum sei erwähnt, daß gebucht sind für die 28. Bibliothek allein 7829 Frauen, aber für die 1.—27. Bibliothek zusammen nur 8552, davon zum Beispiel für die 19. Bibliothek 1169, für die 13. Bibliothek nur 41. Aehnlich groß sind die Unterschiede für manche der Verufe.

Die Ferien der höheren Lehranstalten Berlin für das Schuljahr 1916 sind in folgender Weise festgesetzt: Osterferien. Schluß des Unterrichts: Dienstag, den 11. April 1916; Beginn des Unterrichts: Mittwoch, den 20. April 1916. Pfingstferien. Schluß des Unterrichts: Freitag, den 9. Juni 1916; Beginn des Unterrichts: Freitag, den 16. Juni 1916. Sommerferien. Schluß des Unterrichts: Freitag, den 7. Juli 1916; Beginn des Unterrichts: Dienstag, den 16. August 1916. Herbstferien. Schluß des Unterrichts: Sonnabend, den 30. September 1916; Beginn des Unterrichts: Mittwoch, den 11. Oktober 1916. Weihnachtsferien. Schluß des Unterrichts: Freitag, den 22. Dezember 1916; Beginn des Unterrichts: Donnerstag, den 4. Januar 1917.

### Ueberfahren und getötet.

Von einem Kraftwagen überfahren und getötet wurde gestern morgen an der Ecke der See- und Müllerstraße eine unbekannte alte Frau. Als man sie auffand, gab die Verunglückte noch schwache Lebenszeichen von sich. Man brachte sie deshalb nach der nächsten Feuerwehrrunde, wo die Samariter ihre Hilfe leisten wollten. Bei der Ankunft war sie aber schon tot. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht. Der Wagen, der das Unheil anrichtete, war davon gefahren. Nach der Beschreibung scheint es ein Fabrikkraftwagen zu sein.

Ein Berliner Kind soll am 16. v. M. in Götting ausgelegt worden sein. Dort fand man ein etwa sechs Wochen altes Mädchen hilflos auf und bei ihm einen Brief ohne Namensunterschrift. Hierin hieß es, das Kind sei am 28. Oktober 1915 in Berlin geboren und noch nicht getauft. Der Vater sei in Rußland gefallen. Die Priesterin beschämte sich als die Mutter des kleinen Mädchens und gab an, daß sie sich das Leben nehmen wolle. Der Kriminalpolizei in Götting in Berlin ist es noch nicht gelungen, die Herkunft der ausgelegten Kleinen zu ermitteln. Das Kind trug ein weißes Hemdchen und ein weißes Wolljäckchen und befand sich in einem roten, weich überzogenen Strohfließ. Um die Gelenke hatte es rote Armbänder. Als Hülsen dienten weiter eine blaugestreifte wollene Bindel, eine blaugestreifte Schürze und eine weiß- und rotgemusterte Tischdecke. Vielleicht geben diese Sachen einen Anhalt zur Ermittlung der Mutter.

Das Gebrüder Herrnsfeld-Theater wartete seinem Stammpublikum am Sonnabend mit einer Neuheit auf. Die beiden Direktoren hatten nach bewährten Mustern wieder etwas zum Lachen zusammengebaut: eine dreifaktige Komödie „Sokrates und Perimutter“. Die tollen Verwickelungen, auf die der Gegenwartskrieg leise Schatten wirft, kommen in einem Heiratbüreau zustande und greifen in eine Rechtsanwaltskanzlei und in das Privatleben einer Großkaufmannsfamilie hinein. Die Fäden der Handlung, die eigentlich zu keinem rechten Abschluß gelangt, greifen nur lose ineinander. Aber eine derb gebaute Situationskomik rettet das Ganze. Auf das Spiel kommt es daher in erster Linie an. Und das war glänzend. Allen voran ging der Anton Herrnsfeld als verliebter Seifenfabrikant Sokrates. Einen fast ebenbürtigen Partner fand seine burleske mimische Kunst in Max Horowitz in der grotesken Rolle des Heiratsvermittlers Jakob Perimutter. Diesen beiden späßigen Figuren des Stückes waren ein paar ernst gehaltene Rollen gegenübergestellt. Auch sie wurden prächtig durchgeführt (Ernst Groß als William Stone, Martha Mayerhofer als Stones Frau und Justine Kleist und Luise Blooden als Töchter der beiden). Das Publikum fand amüsend viel Gefallen an der Neuheit der Herrnsfeld-Bühne; sein reich spendender Beifall, der nach jedem Akt schluß die Darsteller zu wiederholten Malen hervorrief, läßt jedenfalls auf eine lange Lebensdauer der Komödie schließen.

Der Schlosser Paul Hagen, gebürtig aus Strausberg, wohnhaft Berlin-Lichtenberg, Bälischstr. 57, zurzeit Soldat, wünscht bekannt zu geben, daß er mit dem Frauenmörder Paul Hagen (gleichen Alters) nicht identisch ist.

Einsam gestorben ist der 80 Jahre alte Invalide Ernst Dramach, der für sich allein in der Ruppiner Straße 30 wohnte. Der Greis kam seit zwei Tagen nicht mehr zum Vorschein. Als man daraufhin gestern seine Behausung öffnete, fand man ihn tot im Bette liegen.

## Aus den Gemeinden.

### Mangelhafte Verkehrsverhältnisse in Spandau.

Der Verkehr der Straßenbahn in Spandau, der schon immer viel zu wünschen übrig ließ, ist seit Freitag abend dadurch ins Stoden geraten, daß die alten Brückenklappen der Charlottenbrücke, die schon so oft den Verkehr gehemmt haben, nicht mehr funktionieren. Bis zur gründlichen Ausbesserung der Klappen, die etwa 14 Tage in Anspruch nehmen dürfte, ist die Brücke für den gesamten Fahrverkehr gesperrt. Der Straßenbahnverkehr nach dem Hauptbahnhof wird durch Wendelverkehr bis Stresemannplatz bzw. Lindenauer aufrecht erhalten. Mit dem Bahnhof Spandau-West und Ostenseite ist eine direkte Verbindung hergestellt, indem die H-Wagen jetzt nach Spandau-West statt nach dem Hauptbahnhof fahren. Für viele Arbeiter, die die neue Verbindung mit dem Bahnhof Spandau-West benutzen wollen, ist diese Verbindung jedoch wertlos, denn leider ist der Eisenbahntarif Spandau-West-Berlin zum Teil teurer als zwischen Spandau-Hauptbahnhof-Berlin. Während z. B. eine Fahrkarte Spandau-Hauptbahnhof bis Bahnhof Börse 20 Pf. kostet, kostet eine Fahrkarte von Bahnhof Spandau-West bis Bahnhof Börse 30 Pf., eine Arbeiterwochenkarte Spandau-Hauptbahnhof bis Bahnhof Jungfernheide kostet 70 Pf., von Bahnhof Spandau-West aber 90 Pf. Bei dieser Gelegenheit ist es angebracht, darauf hinzuweisen, daß vor etwa drei Jahren die Eisenbahnfahrkarte für die Strecke Spandauer Hauptbahnhof-Bahnhof Börse und Spandau-West-Friedrichstraße über Lehrter Bahnhof von 30 auf 20 Pf. herabgesetzt wurde. Bisher wurde es aber unterlassen, den Preis für die Arbeiterwochenkarte für diese Strecke zu ermäßigen, was dringend erforderlich ist.

Ein Schmerzmittel für die Spandauer Bevölkerung ist ferner die Nonnenbamm-Bahn, die trotz des großen Verkehrs immer noch einseitig betrieben wird. An den beiden Ausweichgleisen, wo sich die Wagen aus entgegengesetzter Richtung kreuzen, müssen die Wagen öfter bis eine halbe Stunde warten. Zu Wohlgefallen führt es auch, daß Schaffner und Fahrer, welche abgelöst werden sollen, an den Kreuzungsstellen auf freier Strecke ihren Wagen mit den Angestellten des Wagens aus entgegengesetzter Richtung austauschen müssen. Es wäre eine Wohltat für Fahrgäste und Straßenbahnpersonal, wenn endlich auf dieser Strecke geordnete Verhältnisse eingeführt würden.

### Stadtverordnetenversammlung in Bernau.

In der ersten in diesem Jahre abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung wurden unter den wieder- und neugewählten Stadtverordneten auch die Genossen Pohl und Giese eingeführt. Die Einführung des Genossen Knöckle, der einberufen ist, wird erst später erfolgen. — Die darauf vorgenommene Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstehers Schmeidel. Als sein Stellvertreter wurde Herr Gruban und als Schriftführer Genosse Helbig gewählt. Alsdann wurde einer Magistratsvorlage zugestimmt, die einen außerordentlichen Betrag von 3556 M. 59 Pf. für Schreibhilfe verlangte. Hierbei begründete der Bürgermeister die Vorlage mit den angeführten hohen Gehaltsforderungen der für Schreibhilfe engagierten jungen Leute, die monatlich 90—100 M. belämen. Genosse Helbig gab seiner Verwunderung Ausdruck, daß man bei den gegenwärtigen hohen Lebensunterhaltungskosten solche Gehälter als hohe bezichtigen könne. Einer weiteren Magistratsvorlage, betreffend die Umwandlung der höheren Knabenschule in ein Realprogymnasium mit der Eröffnung der Sexta zum 1. April 1916, wurde gleichfalls zugestimmt.

Stadttratswahl in Schöneberg. Die gestrige Stadtverordnetenversammlung wählte zu unbesetzten Stadträten die Stadtverordneten...

nellen Schüler, Kow, Fink, Dr. Krieger, Jacob, Mollenhuth und Dr. Kassel. Hierauf fand die Wahl der ständigen und nichtständigen Ausschüsse statt. Damit war die Tagesordnung erledigt.

## Aus aller Welt.

### Die Ueberschwemmungskatastrophe in Holland.

Die neuesten Nachrichten über die durch eine gewaltige Sturmflut verursachten Ueberschwemmungen des Küstengebietes in Holland lassen erkennen, daß das Land einen außerordentlich schweren Schaden erlitten hat. Von Marken, das von der Ueberschwemmung besonders schwer betroffen wurde, wird berichtet, daß die Insel, als die Katastrophe hereinbrach, für einige Zeit vollständig verschwand. Jetzt liegen die Deiche und die höher gelegenen Teile wieder über Wasser, aber die übrige Insel liegt unter Wasser und ist in zwei Teile gespalten, welche durch die flürmische See voneinander getrennt sind. In der Nacht, als die Fluten anschwellen, sollen sich furchtbare Szenen abgespielt haben. Eines der auf Pfählen stehenden Häuser wurde mehrere hundert Meter weit geschleudert, andere wurden weggeweht, ohne daß die Nachbarn in der Finsternis etwas davon sehen konnten. 14 Häuser sind ganz zerstört, nur vier sind unbeschädigt geblieben.

In überfluteten Spakenburg am Süden der Zuidersee wurden die Fischerboote in die Häuser hineingeschleudert. Auch aus Forderlande an der Fem kommen traurige Nachrichten.

Aus Edam wurde Sonntag abend gemeldet, daß das Wasser etwas fällt. Der ganze Polder Furmerland ist jetzt überflutet. Von der Nordsee küste meldet das „Handelsblatt“, daß das Meer zwischen Hoek van Holland und Scheveningen große Verwüstungen angerichtet hat. Der Wassergischt ging über die höchsten Dünen. Das ganze Niveau des Strandes ist merkbar zurückgegangen.

Da das Wasser in den im Norden von Amsterdam gelegenen Ueberschwemmungsgebieten noch steigt, ist die Nieuwendammer Schlei teilweise mit Sand zugeschliffen worden.

Der Postjaner Polder ist jetzt ebenfalls überflutet. Auch der Zustand in dem Anna Paulowna Polder wird immer ernster. Bei Groeningen stehen ungefähr 25 000 Hektar unter Wasser.

Von Amsterdam und anderen Städten werden Rettungsexpeditionen mit Motorbooten, Ruderbooten und Segelschiffen unternommen, um im Ueberschwemmungsgebiete Zurückgebliebenen, die in ihren Häusern eingeschlossen sind, abzuholen.

Der Brand in Bergen wurde Sonntag früh um 8 Uhr eingedämmt. Etwa 400 meist sehr wertvolle und zentral gelegene Gebäude sind niedergebrannt. Der Gesamtschaden beziffert sich auf etwa 100 Millionen Kronen. Ein Mann, der während des Brandes Quetschungen erlitten hatte, ist am Sonntag gestorben. Mehrere Personen wurden leicht verletzt. Etwa 3000 Menschen sind obdachlos. Die Regierung hat Pioniere zur Errichtung von Notbaracken zur Verfügung gestellt. Die Gemeindevertretung hat den Rotleidenden eine Anleihe bewilligt. Aus dem ganzen Lande sind Angebote der Hilfe eingelaufen. Aus Stabanger kam eine Hilfeexpedition an. Aus Kristiania wurden am Sonntag nachmittag Kleider und Wolldecken gesandt. Das Panzerschiff „Edsvold“ ist von Christiansund mit Kleidern und Nahrungsmitteln nach Bergen abgegangen. Es liegt kein Grund vor, zu befürchten, daß Rot eintreten könnte, da sich in Bergen bedeutende Vorräte von Korn und Mehl befinden. Die dem Staat gehörenden Vorräte an Zucker und Mehl in Bergen sollen an die Verunglückten verteilt werden. Die Ursache des Brandes, der der größte ist, der jemals Norwegen heimsuchte, ist noch nicht aufgeklärt; sie wird auf einen Orkan zurückgeführt, der in der Nacht zum Sonntag an der nordwestlichen Küste raste und auch im südlichen Skandinavien große Zerstörungen anrichtete.

### Ein Bauernproh.

Begen Bergehens gegen die Bundesratsverordnung über das Verfüttern von Brotgetreide an Pferde war der Landwirt Schwarz in Ramsdorf bei Borna schon zweimal mit 130 M. Markt bestraft worden. Wie damals Lokalblätter berichteten, haben diese Strafen auf den Bauern nur geringen Eindruck gemacht; er soll geäußert haben, er liebe trotz dem noch der reiche Bauer Schwarz in Ramsdorf. Er soll allein aus Kohlenanteilen jährlich 9000 M. Einkommen beziehen. Da nun Schwarz zum drittenmal vor Gericht erschien, belegte das Schöffengericht in Borna ihn endlich mit einer Woche Gefängnis. In der Urteilsbegründung führte es aus, daß der Angeklagte Gemeinderatsmitglied, Ehrenvorstandsmitglied und Inhaber anderer Ehrenämter sei, der verpflichtet gewesen wäre, mit gutem Beispiel in der Gemeinde voranzugehen. Die Gefängnisstrafe sei auch schon deshalb am Platze gewesen, weil andernfalls leicht der Vorwurf der Klassenjustiz erhoben werden könnte. Das Landgericht in Leipzig, an das sich der verurteilte Bauer mit seiner

Verufung wandte, ließ das Schöffengerichtsurteil bestehen, weil der Angeklagte durch seine Handlungsweise befunden habe, daß er sich durchaus nicht dem Befehl fügen wollte. Bei der amtlichen Kontrolle seiner Getreidevorräte hat er sogar falsche Gewichte und eine untaugliche Waage zur Verfügung gestellt. Das Landgericht erklärte, daß bei dieser Sachlage die Gefängnisstrafe mit Recht ausgeworfen worden sei.

Anfere des Hofens beauftragte Auffassung, daß Geldstrafen Leute vom Schlage des Ramsdorfer Bauern nicht befehren werden, ist durch diesen Fall wieder einmal bestätigt worden. Die beiden Gerichte haben daraus eine Lehre gezogen und diesmal auf eine Gefängnisstrafe erkannt. Vielleicht werden sie durch den Starrsinn des Bauernprohen gezwungen, ein andermal noch etwas stärker zuzugreifen, wenn sie dem Rechtsempfinden des Volkes Rechnung tragen wollen.

Explosion in einer norwegischen Militärwerkstatt. Am Sonnabend fand in der neuen Militärwerkstatt in Marvik am Christiansund eine schreckliche Explosion statt. Die Werkstatt und das Minenmagazin sind völlig zerstört. Das Unglück ist wahrscheinlich durch Entzündung von Minen hervorgerufen. Glücklicherweise wurde im Augenblick des Unfalles nicht im Betrieb gearbeitet. Zwei Biogefeldwägel waren im Gebäude; ihre schrecklich zerrissenen Leichname sind gefunden worden.

Auf eine Mine gelaufen. „Lloyds“ meldet: Der spanische Dampfer „Baho“ ist auf der Fahrt von Quelba nach Lappallice auf eine treibende Mine gelaufen und 40 Meilen von Lappallice gesunken. 25 Mann sind ertrunken, einer wurde gerettet.

Zum Untergang des amerikanischen U-Bootes. „New York Herald“ erfährt aus New York: Zwölf Mann der Besatzung des U-Bootes „E 2“ sind noch in dem den Rettungsmannschaften unzugänglichen Teile des Schiffsrummpfes.

Eisenbahnunfälle. Auf dem an der Strecke Berlin-Hamburg liegenden Bahnhof Karstädt wurde Sonntag vormittag das Milchfuhrwerk des Güterpächters Franz Kahler aus Booy von einem einfahrenden Zuge überfahren. Der Kutcher des Fuhrwerks und der Schrankenwärter wurden verletzt, die Pferde getötet. Das Unglück geschah infolge nicht rechtzeitigen Schließens der Schranken. — Auf dem Bahnhof in Lissa wurden von einer rangierenden Lokomotive der Lokomotivführer Boettcher getötet und der Oberbahnassistent Holz schwer verletzt.

Sturm auf dem Bodensee. Auf dem Bodensee ist durch das Auftreten orkanartiger Stürme der Dampfschiffverkehr fast unmöglich gemacht. Der Seepegel stieg auf über 3 1/2 Meter. Nach bagelangen Schneestürmen liegt der Schnee im Schwarzwald teilweise zwei Meter hoch.

Bereiteter Goldschmuggel. Der „Post“ wird aus Ofen (Ungarn) berichtet: Der hiesige Advokat Dr. Julius Markbreit, früherer Reichstagsabgeordneter, kaufte für 400 000 Kronen Goldgeld auf und wollte dies in Holland verwerthen. Zu diesem Zweck reiste er mit seiner Geschäftspartnerin Frau Szokol über Deutschland. An der deutschen Grenze wurde der Inhalt des Koffers für verdächtig angesehen. Markbreit nahm seinen Weg über Berlin und wurde in Hannover samt seiner Begleiterin verhaftet.

Eine alte italienische Kirche eingedöhert. Aus Lugano wird berichtet: Die berühmte Kathedrale von Suora Santa Restituta, die heilige Beschützerin der Stadt Suva, ist am Sonntag durch eine fürchterliche Feuersbrunst zerstört worden. Nur die nackten Mauern sind stehen geblieben. Man vermutet Brandstiftung.

Der Mann mit den zwei Herzen. Aus Budapest wird berichtet: Vor der Rufprüfungskommission in Szeged ist ein einundzwanzigjähriger junger Mann namens Oskar Boclovics erschienen, bei dem konstatiert worden sein soll, daß er zwei normal funktionierende Herzen habe. Die beiden Herzen stehen linksseitig nebeneinander.

## Jugendveranstaltungen.

Friedrichshagen. Mittwoch, den 19. Januar, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Schrammestr. 59: Vortrag des Herrn Nawrocki. Die Jugendlichen werden erucht, pünktlich zu erscheinen. Jugendfreunde sind als Gäste mitzubringen.

## Eingegangene Druckschriften.

Polnische Blätter. Heft 11. Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben. Monatlich 8 Hefte. Viertelj. 3,50 M. Selbstverlag, Charlottenburg, Schillerstr. 28.  
Die Kriegskostenbedeckung und ihre Quellen. Von A. Landsburgh. 2 M. Bank-Verlag, Berlin W. 57.  
Die Glode. Sozialistische Halbmonatsschrift, herausgegeben von Garbus. Heft 10. 25 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft, München.  
Geschäftstheater oder Kulturtheater? Von Rechtsanwalt Dr. L. Seelig. 48 S. Herausgegeben von der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen in Berlin.  
Der Krieg 1914/15. in Wort und Bild. Heft 57—59. Jede Woche ein Heft, 30 Pf. Bong u. Co., Berlin W. 57.

**Danksegung.**  
Für die steten Beweise herzlichster Teilnahme und Transzenden bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes und Vaters, des Gastwirts  
**Wilhelm Schumann**  
lagen wir hierdurch allen Teilnehmern, besonders den Kollegen des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte, sowie dem Herrn Esler für seine trostreichen Worte am Targe des Entschlafenen unseren tiefgefühlten Dank.  
11294  
**Witwe Amalie Schumann**  
nebst Töchtern u. Verwandten.

**Allgemeine Orts-Krankenkasse Berlin-Friedenau.**  
**Bekanntmachung.**  
Dem vom Vorstand auf Grund des § 1 Absatz 2 des Gesetzes betreffend Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen vom 4. August 1914 gestellten Antrage, vom 1. Januar 1916 ab die sachungsmäßigen Regelleistungen mit Ausnahme der im § 20 Nummer 2 der Satzung bezeichneten Bestimmungen zu gemähren, ist vom Verwaltungsrat des Kreisverbandes der Krankenkassen des Reiches Teilweise die Genehmigung erteilt.  
266/5  
**Der Vorstand.**  
Bauer, Vorsitzender. Ullrich, Schriftführer.

**Gaden Sie Fußbeschwerden?**  
empfehle nach Maß passend gearbeitete Stützsohlen (sowie Bruchbandagen aller Art, Reibbinden, Stützvorsetz u. m., Artikel zur Gesundheit u. Krankenpflege.)  
**Pollmann, Bandagist,**  
Berlin N, Lothringer Str. 60,  
Lieferant für Krankenkassen.  
**Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer,**  
Inh.: P. Goletz  
Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 348  
Schleuder, Schäfte, Leisten, Kähle, Schöneberg, Bahnhofsstr. 43.  
Inseratenteil veranm.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Borntrichs Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

**Schwere Arbeit**  
in der Fabrik bedingt oft einen Mangel an frischer Luft. Kleine Metall- oder Glas-Telchen sehen sich im Halse fest und führen zu Reizerscheinungen oder Erkältungen.  
**Wöllbind TABLETTEN**  
schmeden angenehm lösend und durstlösend, ihre wertvollen Bestandteile bewirken erhöhten Speichelfluss und somit eine natürliche Reinigung, die zugleich vor Ansteckungsgefahr schützt.  
Schachtel mit 400 Tabletten in allen Apotheken und Drogerien M. 1.—. Warnung vor Nachahmungen! — Verlangen sie stets „Wöbert“.

